BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 11 Köln, 25. November 1959 **Preis DM 1,50**

Vierter Jahrgang – Postverlagsort Köln

Inhalt:

- *Prof. Dr. Walter Hagemann, „Der kalte Krieg ging verloren"* S. 907
- *Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, „Ist die Vansittart-Doktrin das letzte Wort?"* S. 916
- *Dr. Achim v. Borries, „Die neue Achse: Bonn—Madrid"* S. 924
- *Dr. Ernst Schwarz, „‚Die Sowjetunion ist schuld'"* S. 932
- *Hans Moritz v. Frankenberg-Proschlitz, „Aufrüstung statt Beitrag zur Abrüstung"* S. 936
- *Prof. Gerhard Gollwitzer, „Soll die Vergangenheit nicht bewältigt werden?"* S. 942
- *Dr. Josef Peters, „Über Korruption und ähnliches"* S. 945
- *Dr. Werner Gerth, „Das evangelische Gemeindehaus blieb verschlossen"* S. 949
- *Dr. Wolf Donner, „Marokko sucht neue Kontakte"* S. 950
- **** „Zum Fall Dibelius"* S. 956
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Der Friede wird nicht geschenkt"* S. 959
- *Dieter Großherr, „Das ‚Hinterhofkind' der Außenpolitik"* S. 968
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 982

Unter Mitarbeit von

Franz Beyer - Reimar von Bonin
Ulrich W. Doering - Helmut Dörr
Josef Emonds - Hermann Etzel
Georg Groeninger - Walter Hagemann
Johannes Hessen - Hans Iwand
Yasushi Nishiwaki
Manfred Pahl-Rugenstein - Rudolf Pikola
Hermann Rauschning - Hans Rheinfelder
Renate Riemeck - Franz Paul Schneider
Ernst Schwarz - Katharina Seibert
Hermann Strathmann - Leo Weismantel
Johannes Weidenheim
Karl Graf von Westphalen - Hans Wirtz
und anderen

Prof. Dr. Walter Hagemann

Der kalte Krieg ging verloren

Atemberaubend ist das Tempo, in dem sich das Gesicht der Welt in den verflossenen zwölf Monaten verwandelt hat. Die alten Fronten sind in voller Auflösung begriffen, neue Fronten bilden sich, und die meisten Schlachtrufe des Kalten Krieges sind zu leeren Formeln erstarrt. Als im November letzten Jahres der sowjetische Ministerpräsident seine Berlinvorschläge bekannt gab, stand man sich noch im Stellungskrieg gegenüber, hielt Dulles noch die Zügel der westlichen Militärkoalition in der Hand. Als Chrustschow einige Wochen später seinen Friedensvertragsentwurf veröffentlichte, da herrschten in der west-

lichen Front bereits Unruhe und Unsicherheit. Kurz darauf starb mit Dulles der erbarmungslose Einpeitscher des Kalten Krieges, der Staatsmänner wie Marionetten bewegt hatte. Im März schloß Macmillan mit Chrustschow seinen Waffenstillstand, getragen von der lebhaften Zustimmung einer realistisch denkenden Nation. Mittlerweile war auch das sowjetisch-amerikanische Gespräch in Gang gekommen, das mit Mikojans USA-Besuch begann und in Nixons Ostreise gipfelte. Und während sich auf der Genfer Konferenz die Außenminister der vier Großmächte zehn Wochen lang mit der Wiederaufnahme des Abrüstungsgespräches und einem durch Bonn beharrlich sabotierten Kompromiß in der Deutschlandfrage abquälten, entschloß sich der amerikanische Präsident, in den Fußstapfen Macmillans wandelnd, zum Waffenstillstandsangebot im Kalten Krieg. In Camp David einigten sich die Chefs der beiden Weltmächte auf die Forderungen nach Abrüstung, Gewaltverzicht und „Liquidierung der Reste des letzten Krieges". Unmittelbar vorher hatte der Sprecher der derzeit stärksten Militärmacht der Welt vor der UN seinen Plan einer völligen und kontrollierten Abrüstung verkündet; es war die tröstliche Begleitmusik zu einem amerikanischen Verzichtfrieden.

Verzichtfrieden! Als 1945 die Waffen schwiegen, standen die USA auf der Höhe ihrer Macht, im Besitz der absoluten Waffe und einer intakten Wirtschaft unbestreitbarer Weltschiedsrichter. Die einzige Macht, die der amerikanischen Weltherrschaft noch in den Weg treten konnte, die Sowjetunion, war ausgeblutet, verwüstet und erschöpft aus dem Krieg hervorgegangen. Die Leute um Truman hielten es für ein leichtes, diesen letzten totalitären Staat ohne Waffengewalt, in einem „Kalten Krieg", durch die bloße Drohung mit dem atomaren Übergewicht, der strategischen Einkreisung, der wirtschaftlichen Aushungerung in die Knie zu zwingen. Aber es kam anders. Der erhoffte sowjetische Zusammenbruch blieb aus, das sowjetische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem festigte sich sogar, die ideologische Expansion setzte sich fort, das atomare Remis wurde erreicht, und seit der Sputniks war es den Eingeweihten, seit den Luniks sogar den Laien klar, daß die Sowjetunion hinsichtlich des Transportes der neuen Teufelswaffen die USA weit hinter sich gelassen hatte. Raketentechnisch war es den Sowjets möglich geworden, alle amerikanischen Großstädte durch einen Druckknopfkrieg von wenigen Stunden auszulöschen, während der Gegenschlag bei der Perfektion der sowjetischen Abwehr nur partielle Wirkungen versprach. Es war der General, nicht der Zivilist Eisenhower, der versicherte, daß es „keine Alternative zum Frieden mehr gäbe", der sich aus der Verantwortung vor seinem Volk entschloß, dem Sowjetchef eine Beendigung des Kalten Krieges anzubieten. Chrustschow hatte lange auf diese Stunde gewartet. Er nutzte sie, um das zu tun, was die Amerikaner in ihrer großen Stunde versäumt hatten: Ein Weltabkommen über Frieden und Abrüstung vorzuschlagen.

Das war eine weltpolitische Wendung um 180 °, die alle Staatsmänner der Welt zur Überprüfung ihrer Positionen zwang. Das galt vor allem für die Mitglieder der westlichen Koalition, soweit sie im Schutze des amerikanischen „Atomschwertes" Vorkämpfer des Kalten Krieges gewesen waren. Der französische Staatspräsident de Gaulle, der auf der Kriegsakademie noch den Geist des 19. Jahrhunderts und Richelieus Maximen in sich aufgenommen hatte, begriff ziemlich spät, daß auch er seinen Ausgleich mit Moskau braucht, wenn er nicht die Existenz seines Landes und Regimes gefährden will. Er hat Chrustschow für Mitte März zum Gegenbesuch in Paris — nach 15 Jahren! — eingeladen und ihm bereits einige „Gastgeschenke" entgegengeschickt. Das besiegte Italien war ebenso wie Japan vorsichtig genug gewesen, sich im Kalten Krieg nicht allzu stark zu exponieren; Österreich hat sogar rechtzeitig den Weg der Neutralität

gewählt und Frieden mit West und Ost geschlossen. Die DDR kann sich darauf berufen, daß sie von Anfang an stumm und fleißig die Lasten der deutschen Niederlage abgetragen hat. Anders die Bundesrepublik. Sie war von Anfang an der gehorsamste Schildknappe der Nato und der lauteste Rufer im Streit gegen den Weltbolschewismus. Nun ist sie der eigentliche Verlierer des Kalten Krieges und wird wahrscheinlich die Hauptlast seiner Kosten zu tragen haben.

Mit der gleichen Starrheit, mit der Konrad Adenauer an der historisch gewordenen Vorstellung festhält, daß die deutsch-französische Freundschaft der Angelpunkt des Weltfriedens sei, hat er seit 1945 die These verkündet und wohl auch geglaubt, daß ein Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion mit Sicherheit kommen werde und daß es für Deutschland entscheidend wichtig sei, in diesem kommenden Krieg auf der richtigen Seite dabei zu sein. Darum hat Adenauer mit der ihm eigenen Zähigkeit alles getan, um für diesen Fall X die richtigen Positionen zu beziehen: Die Gründung des Weststaates, die konventionelle und atomare Aufrüstung, die bedingungslose Unterstützung der Nato und der Dulles-Politik, die Ablehnung normaler Beziehungen zu den Oststaaten, die Anheizung des Kalten Krieges mit allen Mitteln der psychologischen Kriegsführung; andererseits die bedingungslose Gefolgschaft gegenüber den Organisatoren und Managern des Kalten Krieges, den Dulles, Acheson, Spaak, Norstad. Für seine Person einseitig westlich und kleineuropäisch orientiert, konnte Adenauer den noch übrig gebliebenen nationalen Kreisen gegenüber geltend machen, daß in einem Kreuzzug gegen den Osten alle Ostfragen wie die Wiedervereinigung, die Grenzrevision, die Zukunft Berlins auf einen Schlag gelöst werden könnten. Bis dahin erschien angesichts der wachsenden sowjetischen Machtentfaltung die Konservierung des Status quo die optimale Lösung. Freilich hat der „Alptraum von Jalta" den Kanzler nie verlassen, die Furcht, es könnten sich die Verbündeten des zweiten Weltkrieges doch noch eines Tages wieder zusammenfinden und durchführen, was ihnen damals vorschwebte: Die Entwaffnung, Aufteilung und wirtschaftliche Entmachtung der unruhigen Deutschen. Adenauers Alptraum beginnt Wirklichkeit zu werden. Die Mächte von Jalta haben ihren Waffenstillstand im Kalten Krieg geschlossen und bemühen sich ernstlich um einen Friedensschluß. Die Präliminarien sind bereits im Gange, und es bedeutet allenfalls einen Zeitverlust, daß die kontinentalen Bundesgenossen noch auf eigene Faust den Kampf fortzusetzen suchen. Auch sie werden das Feuer einstellen und am Verhandlungstisch erscheinen müssen. Bei diesen Verhandlungen wird man Bilanz ziehen und eine Gewinn- und Verlustrechnung aufmachen, die den Westdeutschen präsentiert wird. Für sie heißt es nun bezahlen für zwei verlorene Kriege, für Hitlers Krieg und für den Kalten Krieg, den die Bundesregierung zehn Jahre lang geführt hat. Da helfen keine Dementis und keine Selbsttäuschungen. Es ist auch ein schlechter Trost, wenn man uns jetzt einreden will, daß wir im Interesse des Weltfriedens tapfer unseren Friedensbeitrag zu leisten hätten. Wir werden teuer bezahlen müssen, mehr als die anderen, denn „den letzten beißen die Hunde".

Was sagt die westdeutsche Bevölkerung, die westdeutsche Presse zu dieser bestürzenden Entwicklung? Vorläufig sagen sie nichts. Anders als im November 1918 oder nach dem Zusammenbruch von 1945 ziehen keine zerlumpten und hungrigen Menschen durch die Straßen, sondern unsere Wirtschaftswunderbürger sind wohlgekleidet und wohlgenährt, und aus den Trümmern von damals sind Millionen von Eigenheimen mit Fernsehtruhen, Kühlschränken und Garagen emporgewachsen. Nur der aufmerksame Zeitungsleser wundert sich gelegentlich über beunruhigende Auslandsberichte, zuckt die Achseln und — geht weiter seiner Arbeit und seinem Vergnügen nach. Und was sagen die berufenen Vertreter

des souveränen Volkes, die Abgeordneten des Bundestages? 18 Monate haben sie geschwiegen, während die Weltereignisse einschließlich der deutschen Frage in den Volksvertretungen von Washington, London und Paris dutzendemale erörtert wurden. Als dann endlich eine außenpolitische Debatte nicht mehr zu umgehen war, da sorgte eine weise Regie für einen möglichst störungsfreien Ablauf und verhinderte wohlweislich, daß der interessierte Staatsbürger am Lautsprecher oder gar am Fernsehschirm — jenen Geschenken der modernen Technik —, Zeuge des Schattenboxens der Volksvertreter werden konnte. Als dann die Debatte die vorgezeichnete Bahn verließ und als ernsthafte Angriffe und Enthüllungen drohten, da stoppte eine unsichtbare, überparteiliche Regie die weitere Debatte, ehe die wirklich entscheidenden Fragen zur Sprache gekommen waren. Mit Unrecht macht man dem Kanzler den Vorwurf eines Contempt of Parlament. Man durfte schwerlich erwarten, daß der Feldherr eines verlorenen Krieges sich danach drängen würde, vor dem Bundestag einen politischen Offenbarungseid abzulegen. Handelte man etwa aus Schonung, aus Rücksichtnahme? In einer so ernsten Lage ist Rücksichtnahme ein unverzeihlicher Verstoß gegen die Interessen der Nation. Wann hätte Herr Adenauer auch jemals Rücksicht auf andere genommen, als er auf der Straße seiner Pyrrhus-Siege einem imaginären Ziel entgegenmarschierte?

So konnte es geschehen, daß Außenminister von Brentano ein wohlvorbereitetes Manuskript von gespenstischer Wirklichkeitsfremdheit herunterlas, dessen Inhaltlosigkeit nur noch von seiner Eintönigkeit überboten wurde. In einem Moment der Umwertung aller politischen Werte wollte der Außenminister seine Hörer glauben machen, daß für die deutsche Außenpolitik die Grundprobleme unverändert die gleichen geblieben seien. Weder teilte er den Abgeordneten mit, mit welchen Instruktionen die deutschen Delegierten auf die verflossenen Konferenzen entsandt wurden, noch gar mit welchen Vorstellungen die Bundesregierung in die künftigen Konferenzen hineingehe. Nach allem, was in diesen zwölf Monaten geschehen ist, brachte er es fertig, für die Wiedervereinigung das alte Zaubermittel freier Wahlen zu empfehlen, und trotz aller bekannt gewordenen Differenzen im westlichen Lager mutete er seinen Zuhörern die groteske Behauptung zu, daß zwischen den Westmächten weiterhin volles politisches Einvernehmen bestände. Weiterhin weigerte er sich, mit „weisungsgebundenen Funktionären der Zone über die Auslegung absoluter Begriffe" wie Freiheit und Selbstbestimmung zu verhandeln oder die diplomatischen Beziehungen zu den kommunistischen Staaten des Ostblocks aufzunehmen. Umso lauter verkündete er als Aufgabe der Bundesrepublik, „die freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung in den Teilen Deutschlands wiederherzustellen, in denen sie unterdrückt ist". Wie immer, wenn sich Regierungssprecher zur Außenpolitik vernehmen lassen, verwechselte Brentano Ansprüche und Doktrinen mit realistischen Analysen und Konzeptionen. Es ist bezeichnend, daß Brentano nur einmal in seiner eintönigen Vorlesung warm wurde, als er die angeblichen Fortschritte im Aufbau der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft pries und ihren überwiegend politischen Charakter gegenüber der englischen Kritik hervorhob: Das Kleineuropa der Abendländer als Ersatz für alle Verluste und Verzichte, mit denen wir die einseitige Politik der Westintegration bezahlen mußten, ein Ersatz, der weder die Kreuzzügler noch die vaterlandsliebenden Friedensfreunde überzeugen kann.

Dieses wirklichkeitsfremde Plädoyer für eine gescheiterte Politik, das durch den Sprecher der CDU, Prof. Furler, um keine neue Nuance bereichert wurde, hätte der Opposition wahre Breitseiten für den Angriff dargeboten. Aber es zeigte sich, daß die Spitzensprecher der Opposition nicht bereit sind, ebenso schonungslos zuzustoßen, wie es sonst der Bundeskanzler zu tun pflegt, sondern

mit stumpfen Waffen angreifen. Vielleicht geschieht es deshalb, weil die außenpolitischen Kritiker gewöhnlich auf halbem Wege stehen bleiben und sich dadurch selber Blößen geben. Sie scheuen davor zurück, für direkte gesamtdeutsche Gespräche, für eine vernünftige Grenzregelung mit den Polen, für eine Revision des Westberliner Status einzutreten. Vielleicht geschieht dies mit Rücksicht auf die gefürchtete Reaktion der Wählerschaft. Dabei dürfte feststehen, daß angesichts der politischen Gesamtentwicklung eine Durchbrechung der Tabus vom Volk erwartet wird und mehr Glaubwürdigkeit und Gefolgschaft für die weitere Zukunft gewährleistet als halbherzige Kompromisse mit dem gescheiterten Kurs der Bundesregierung. So beschränkten sich die Redner der Opposition auf Kritik an Einzelheiten und rückten jenes Thema in den Vordergrund, das Brentano im Sinne seines Meisters nur am Rande erwähnt hatte: Die Vorschläge Chrustschows zu einer vollständigen und kontrollierten Abrüstung. Mit Recht hoben O l l e n h a u e r und E r l e r hervor, daß die platonischen Erklärungen der Bundesregierung zur Abrüstung im Grunde eine Ablehnung darstellten und daß es jetzt Sache der Bundesregierung sei, endlich die Initiative zu einem freiwilligen Abrüstungsbeitrag zu ergreifen. Auch in dieser Frage ist die Bundesregierung, die sich bisher nicht genug tuen konnte in der Betonung einer umfassenden kontrollierten Abrüstung, in den „diplomatischen Sitzstreik" getreten. Sie hat sich damit um die Aussicht gebracht, freiwillig anzubieten, was ihr eines Tages wahrscheinlich auferlegt werden wird, ohne daß sich dann daraus noch Erleichterungen in der deutschen Frage gewinnen lassen.

In der Debatte hat der Sprecher der FDP, Dr. M e n d e erklärt: „Was können wir Deutschen noch vor der Gipfelkonferenz tun? Welche Initiative können wir noch zur Bewegung des kleinen Rädchens beitragen, an dem wir sitzen, um das Unglück zu verhindern, daß man sich in Zukunft nicht mehr mit uns, sondern über unsere Köpfe hinweg auf unsere Kosten arrangiert?" Das ist die Kernfrage. Viele Zeichen deuten darauf hin, daß der Bundeskanzler entschlossen ist, selbst dieses kleine Rädchen zum Stillstand zu bringen, in der Hoffnung, vielleicht doch noch das gewaltige Rad der Geschichte aufzuhalten. Darum bemühte er sich, die Deutsche Frage von der kommenden Gipfelkonferenz zu verbannen und den Zeitpunkt dieser Konferenz im Interesse „sorgfältiger Vorbereitungen" soweit wie möglich hinauszuschieben. Adenauer hat von Anfang an auf Zeitgewinn gespielt, erst in der Erwartung, nur aus einer Politik der Stärke mit Moskau zu verhandeln; als dann diese Aussicht entschwunden war, in der Hoffnung, daß irgendein glücklicher Zufall, ein Konflikt, ein Todesfall oder ein Umsturz vielleicht doch den Friedensschluß im Kalten Krieg aufhalten würde. Für den Fall aber, daß dies nicht geschieht, will er sich für die kommenden Verhandlungen Freunde schaffen. Daher war er bemüht, in London um gut Wetter zu bitten, obgleich sein Mißtrauen gegen die britische Politik und seine persönliche Abneigung gegen den britischen Ministerpräsidenten in den vergangenen Monaten alle Grenzen der Klugheit außer acht ließ. So wie die englische Öffentlichkeit seine früheren Unterstellungen mit grimmigem Humor zur Kenntnis genommen hat, so steht sie heute kühl und realistisch seinem neuen Liebeswerben gegenüber, zufrieden damit, daß ihr Premierminister mit seiner Moskaupolitik als erster einen vernünftigen Weg zur internationalen Entspannung gewiesen hat. London wurde dadurch der Angelpunkt des Spieles zwischen den Großen Drei und den Achsenmächten. Die britischen Verhandlungspläne, die den britischen Außenminister nach Paris geführt haben und nach Washington führen werden, dürften sich schwerlich durch Bonner Verzögerungsmanöver aufhalten lassen.

Adenauers nächste Reisestation Paris ist noch ein politisch heiß umkämpfter Boden. Eine geschickte Schaukelpolitik zwischen den beiden neuen Lagern er-

möglicht es de Gaulle, für seine Stimme wahre Wucherpreise zu verlangen. Der französische Staatspräsident hat seine Zustimmung zur Gipfelkonferenz bei Adenauer durch ihre Hinauszögerung, bei Chrustschow gegen einen Staatsbesuch und bei den Angelsachsen gegen deren Wohlverhalten in der Atombombenfrage verkauft. Er hat sich mit seinen Erklärungen zur Oder-Neiße-Linie ein öffentliches Lob in Warschau und Moskau und eine heimliche Zustimmung in London und Washington und vielleicht sogar in Bonn erworben, und er wird in der Frage der Wiedervereinigung so lange die Sphinx spielen, wie er aus dieser Unklarheit von beiden Seiten Nutzen ziehen kann. Man wird den Bundeskanzler, der Frankreich seit jeher beharrlich umwirbt und der de Gaulle als einen Gesinnungs- und Artverwandten hoch schätzt, schwer davon überzeugen können, daß die Bundesrepublik in dem Spiel de Gaulles um die Wiederherstellung der französischen Größe nichts als eine Trumpfkarte ist, die man nach Bedarf ausspielt. In Bonn hat man beide Augen zugedrückt vor den Werbern der französischen Fremdenlegion, vor der Verlegung der französischen Nato-Einheiten nach Algier, vor den Umtrieben der „Roten Hand" auf westdeutschem Boden, noch jüngst ließ man es bei dem Piratenstreich auf den Dampfer „Bilbao" bei einem formalen Protest bewenden. Daß das Europäertum de Gaulles und seine unerschütterliche Nato-Treue nur in der Phantasie des Bundeskanzlers existieren und von dem Evangelium des nationalen Egoismus ständig verdrängt werden, das hat der französische Staatspräsident oft genug deutlich gemacht, noch kürzlich in seiner Rede gegen die militärische Integration in die Nato. Mit ernster Sorge müssen wir seinem Zwiegespräch mit Chrustschow entgegensehen.

Anfang Dezember wird Eisenhower auf seine zweite Besuchsreise gehen, nachdem ihn die erste nach Bonn, London und Paris geführt hat. Man muß sich die Stationen und den Zeitpunkt dieser Reise genau ansehen, um zu wissen, daß sie das Gegenteil der früheren Dulles'schen Weltreisen erstrebt. Dulles reiste ruhelos durch die Welt, um den Ring gegen die Sowjetunion mit Hilfe von Stützpunkten, Bündnissen und Krediten fester zu schmieden. Der Ausbau der Nato, der Zento, der Seato sind sein Werk. Nach Camp David muß es Eisenhowers Ziel sein, Amerikas Beziehungen zu diesen Ländern auf eine breitere Grundlage der freiwilligen politischen und wirtschaftlichen Partnerschaft zu stellen, entsprechend der Aufforderung Chrustschows, statt des militärischen Wettrüstens einen friedlichen wirtschaftlichen und ideologischen Wettlauf zu veranstalten. Es wird Zeit, daß Amerika jene Weisungen lockert, die es in der Zeit des Wettrüstens, der Stützpunkte und der bloßen Zweckgemeinschaften der halben Welt zum Nachteil dauerhafter Freundschaft auferlegt hat.

Auf dieser Reise besucht Eisenhower die drei Zento-Diktaturen Persien, die Türkei und Pakistan, bisher Hauptstützpunkte gegen die Sowjetunion. Hier wird der Präsident nicht wie sein verstorbener Staatssekretär als Trommler der westlichen Blockpolitik, sondern als Vermittler in Erscheinung treten. Er wird vor allem bemüht sein, verlorenes Terrain in Neu Delhi zurückzugewinnen, das Chrustschows Freundschaftsbesuch und Dulles' provokatorische Angriffe gegen den „unmoralischen Neutralismus" verloren gehen ließen. — Wichtiger als diese goodwill-Reise ist naturgemäß die westliche Gipfelkonferenz, die Mitte Dezember in Paris stattfinden soll. Eine Konferenz ohne Chrustschow, aber mit Adenauer, so wie es seit Jahren üblich war. Aber diese Konferenz soll nach dem Willen Eisenhowers und Macmillans Lösungen vorbereiten, nicht verhindern, und das setzt voraus, daß man mit den beiden Achsenmächten Bonn-Paris Einmütigkeit in einigen wichtigen Fragen erzielt.

Wird das gelingen? Die beiden Kontinentalmächte sind nicht so stark, wie sie zu sein vorgeben, sie treiben eine Art politischer und militärischer Hochstapelei,

und das weiß man auch im Weißen Hause. Walter Lippman hat warnend darauf hingewiesen, daß es unklug wäre, wenn Bonn und Paris ihren eigenen Weg zu gehen suchten. „Wir würden", so schreibt das außenpolitische Orakel des State Department, „in solchem Falle die Lasten nicht tragen, und wir sind dabei, sie zu überprüfen und zu revidieren." Tatsächlich ist die amerikanische Regierung damit beschäftigt, die Auslandsdienste und Verteidigungsausgaben für Übersee herabzusetzen, und man spricht bereits von der Zurücknahme zweier Divisionen in die Heimat. Das läge in der Richtung des von Chrustschow vorgeschlagenen Abbaues der überseeischen Stützpunkte und ist wahrscheinlich zwischen den beiden Großen in Camp David abgesprochen worden. Umbesetzungen im amerikanischen Außenamt und im Pentagon weisen in die gleiche Richtung. Auch Chrustschow dokumentiert seit seiner Amerikareise die Bereitschaft, mit dem Waffenstillstand von Camp David ernst zu machen. Das zeigen seine Friedensrede vor dem Parteikongreß, die „Friedensparade" des 7. November und Chrustschows Vermittlungsversuche im indo-chinesischen Konflikt. Auch bei der überraschenden Absage des Berliner Flaggenstreits scheint Chrustschow die Hand im Spiele gehabt zu haben. Selbst bei der Genfer Atomstopkonferenz hat der sowjetische Delegierte seinen harten Widerstand in der Frage der unterirdischen Explosionen aufgegeben, was wiederum von Eisenhower mit der Erklärung honoriert wurde, daß die USA das Explosions-Moratorium weiter verlängern werden. In der Tat, es herrscht viel goodwill im Vorfeld der bevorstehenden Friedensvertragsverhandlungen.

Aber die potentiellen Kriegsverbrecher — um ein Wort von Bundesminister Strauß auf seinen Wortsinn zurückzuführen — sind keineswegs bereit, sich die Instrumente des heißen Krieges kampflos aus den Händen nehmen zu lassen. Nach Chrustschows Amerikareise reagierten die Rüstungswerte an den Geldbörsen zunächst mit starken Kurseinbrüchen. Aber sehr schnell hatten sich die Rüstungsgewaltigen gefangen und ließen ihre Machtmittel spielen: Die industrieabhängige Presse und Rundfunkpublizistik, Militärexperten und Untergrundagenten in aller Welt setzten zu neuer Aktivität an. Bereits das sowjetisch-amerikanische Friedenstreffen erfolgte gegen eine starke Opposition im amerikanischen Kongreß und im Pentagon, gegen die Fanfaren großer Zeitungen und Organisationen, gegen das Anathema streitbarer Kirchenfürsten, gegen die bezahlte Hetzpropaganda der osteuropäischen Emigrantenverbände. Für sie alle war der Tod von Dulles, jenes selbstgerechten Manichäers, der durch „das einkalkulierte Risiko des großen Atomkrieges" das Prinzip des Bösen zu vernichten versprach, ein schwerer Verlust. Nun warten sie darauf, daß Eisenhower im kommenden Herbst von der politischen Bühne abtritt, bevor der Friede zwischen Ost und West den materiellen und ideellen Konfliktschancen ein Ende setzt. Eben jetzt steigt das amerikanische Rüstungskapital mit Milliardenbeträgen in die deutsche Schwerindustrie ein, um die Bundesrepublik politisch bei der Stange zu halten und nötigenfalls einen Schwerpunkt ihrer Produktion in das rüstungsfreudige Westdeutschland zu verlagern. Wenige Tage nach Camp David versammelten sich bereits die Kalten Krieger beider amerikanischen Kongreßparteien, die Acheson, Mc Cloy, Lucius Clay, die bei der westdeutschen Aufrüstung und der Gründung des Bonner Separatstaates die entscheidende Rolle gespielt haben, mit deutschen Teilnehmern in Bad Godesberg, um „die wahre Stimme Amerikas" zur Geltung zu bringen. Für diese Leute gibt es keinen Waffenstillstand im Kalten Krieg und keine sowjetischen Abrüstungsvorschläge. Wir sind nicht bereit, so erklärten sie, von unserer vordersten Linie an Elbe und Werra einen Fußbreit preiszugeben. Sie verlangten noch mehr und noch stärkere Waffen und Unnachgiebigkeit gegenüber jeder Politik der Aufweichung. Herr

Schlamm aber reist durch die Lande und schürt den deutschen Größenwahn, den Bolschewistenhaß und die „Bereitschaft zu den letzten Konsequenzen", unterstützt von westdeutschen Hetzblättern und von den Orakelsprüchen der Weinstein und Kissinger.

Die braven Staatsbürger, die sich über die internationale Entspannung freuen und auf weitere zehn fette Jahre des Friedens und des Wohlergehens hoffen, sind überwiegend der Meinung, niemand könne so wahnwitzig sein, an Gewaltstreiche zu denken. Inzwischen verbreiten vor ihren Augen die Hetzapostel des Kalten Krieges in den Millionenreihen der Vertriebenen ihre explosiven Parolen vom Selbstbestimmungsrecht, das niemand so brutal wie Hitler mit Füßen getreten hat. Inzwischen probt man in der Bundeswehr den Einsatz von „taktischen" Atombomben und hämmert den jungen Menschen ein, daß ihnen jeder amerikanische Soldat näher stehe als ein uniformierter Landsmann aus der Zone. Inzwischen preist Minister Strauß die Hetzschrift des Herrn Schlamm und fordert beschleunigte militärische Anstrengungen angesichts der Möglichkeit, „daß wir uns eines Tages ohne die Amerikaner verteidigen müssen." Nachdrücklich wird von allen Seiten bestritten, daß an Mittel der Gewalt gedacht sei. Das Ausland aber erinnert sich daran, daß mit gleichen Versicherungen nicht gespart wurde, bevor Hitler den Weg der Gewalt einschlug.

Auch moralische Bremsklötze sind auf dem Wege zu einer Gewaltlösung hinweggeräumt worden. Die Abneigung gegen jede Art von diplomatischen Beziehungen und völkerrechtlichen Festlegungen, selbst von Nichtangriffspakten ist im Ausland dahin verstanden worden, daß sich die Bundesrepublik die Hände für alle Eventualitäten freihalten wolle. Wenn Bischof Dibelius, der verantwortliche Sprecher der gesamtdeutschen evangelischen Kirche, die Gehorsamspflicht gegenüber dem „Gewaltregime der Zone" leugnet, so leistet er damit, ob gewollt oder nicht, revolutionären Gewaltakten Vorschub. Der Berliner katholische Kardinal Döpfner hat seinem evangelischen Amtsbruder sekundiert, nachdem die militanten Sprecher der katholischen Kirche bereits im Fuldaer Manifest, in dem Gutachten der sieben Moraltheologen, in Kanzelverkündigungen und nicht zuletzt durch den Mund des Beraters Pius' XII., Pater Gundlach, deutlich genug zu erkennen gegeben haben, daß sie den Einsatz von Atombomben gegen den bolschewistischen Weltfeind nicht als unchristlich, ja unter Umständen sogar als ein Gott wohlgefälliges Werk betrachten. Man sieht, auch die ideologische Kampffront gegen den Osten steht bereit. Es fehlt eigentlich nur der äußere Anlaß irgendeines akuten Konfliktes, damit der „Verteidigungsfall" gegeben ist.

Diese Kreise sind durch die jüngste Entwicklung aus der Welt ihrer Illusionen gerissen worden. Sie beginnen zu begreifen, daß ihre Politik der Stärke weder gegenüber „Pankow" noch weniger gegenüber Moskau Erfolg verspricht. Nun stehen sie vor der Alternative, entweder die von Adenauer angekündigten Friedensopfer auf sich zu nehmen oder trotz alledem zu Mitteln der Gewalt zu greifen. Diese Kreise sind so lange mit Argumenten der militärischen und politischen Überheblichkeit im Geiste Hitlers gefüttert worden, daß sie den Aberwitz einer etwaigen Auflehnung gegen die stärkste Militärmacht der Welt in ihrer ganzen Bedeutung nicht zu begreifen scheinen. Insgeheim hoffen sie, daß Moskau Gewehr bei Fuß stehen wird, wenn die Kreuzzügler zur Befreiung des deutschen Ostens antreten. Für den Fall des sowjetischen Eingreifens aber versprechen ihnen die Kalten Krieger von jenseits des Ozeans die atomare Schützenhilfe nach der Parole „Amerikas Freiheit wird an der Elbe verteidigt".

Eisenhower und Chrustschow dürften die Stärke und Entschlossenheit der Gegner kennen, die sich ihren Entspannungsbestrebungen in den Weg stellen.

Es wird einer wahren Sisyphus-Arbeit bedürfen, alle jene Anomalien und Reibungsflächen zu beseitigen, die in einem vierzehnjährigen Kalten Krieg konserviert oder geschaffen worden sind. Mit Sorge muß alle Einsichtigen vor allem die Aufgabe erfüllen, eine weltumfassende Abrüstung nicht nur zu proklamieren, sondern sie Schritt um Schritt in die Wirklichkeit umzusetzen. Allein um die Sicherung und Kontrolle des Atomversuchsstops ringen die Genfer Delegierten der drei Großmächte seit mehr als einem Jahr; die Verhandlungen über die Verhinderung von Überraschungsangriffen stocken seit langem. Nur in Etappen und auf Teilgebieten werden Abrüstungserfolge zu erreichen sein, unter ständiger Bedrohung durch neue Konfliktsgefahren, durch planmäßige Sabotage von Abrüstungsdelegierten in Uniform und Zivil, durch Personenwechsel infolge Tod oder Ablösung. Sehr lang ist die Liste der Agenda, die vor der im Januar zusammentretenden Zehnerkommission ausgebreitet sein wird: Abbau der großen und kleinen Atomwaffen, Abbau der ausländischen Stützpunkte und Besatzungszonen, Abbau der stehenden Heere und Heereseinrichtungen und nicht zuletzt der Abbau der Rüstungsindustrie und der Rüstungsetats; andererseits der Aufbau eines wirksamen internationalen Friedenssystems und einer nationalen und internationalen Polizei. All das muß begleitet werden von der planmäßigen Einführung einer weltumspannenden Kontrolle, auf der alle Partner nachdrücklich bestehen.

Dies Programm ist so umfassend und verwickelt, daß es eine Serie von Konferenzen und Jahre brauchen wird, bis man ans Ziel gelangt, wenn nicht neue Entwicklungen jeden Fortschritt überhaupt blockieren. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die von Selvyn Lloyd und Chrustschow entwickelten begrenzten Abrüstungsvorschläge in den Vordergrund rücken, die sich auf bestimmte Waffenkategorien und Regionen beschränken sollen. Damit erlangen Disengagement und militärische Verdünnung, also die Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki, neue Aktualität und werden ohne Zweifel auf den Gipfelkonferenzen eine wichtige Rolle spielen. Hier ergibt sich für die Bundesregierung die Möglichkeit, ja die Verpflichtung, eigene Vorschläge und Vorstellungen zu entwickeln. Es gibt keinen anderen Weg, um durch eine Entspannung in Mitteleuropa die akute Kriegsgefahr zu bannen und die deutsche Frage im Gespräch zu halten, die sonst mit dem Leichentuch des Status quo zugedeckt werden wird. Einiges dazu haben die Abgeordneten Erler und Schmidt im Bundestag vorgetragen.

„Wer den deutschen Bürgerkrieg nicht will, der eines Tages kommen wird, wenn sich die Lage weiter zuspitzen sollte, wer nicht will, daß wir . . . zu einem Atombombenversuchsfeld beider Parteien in einem großen Krieg werden . . . wer wirklich Frieden und Entspannung in der Welt will, der muß in Europa die Zeitbombe der Zweiteilung Deutschlands entschärfen." (Dr. Mende im Bundestag.)

Dazu ist ein deutscher Beitrag unerläßlich durch freiwilligen Atomverzicht, durch Schaffung einer europäischen Sicherheitszone und durch Anbahnung von gesamtdeutschen Gesprächen. Die derzeitige Bonner Regierung will das alles nicht, sie ist bisher nicht bereit, der neuen Weltlage und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Rechnung zu tragen. Entweder sie zieht die Folgerungen aus dieser Haltung und ihrer Niederlage, oder die Bundesrepublik wird in absehbarer Zeit von der Entwicklung überrannt werden.

Die Zeit drängt. Das Kaiserliche Deutschland hat seinen Waffenstillstand im ersten Weltkrieg fünf Minuten vor zwölf geschlossen und dadurch die Substanz des Reiches gerettet. Hitler hat bis fünf Minuten nach zwölf gekämpft und da-

durch die Substanz furchtbar dezimiert. Es gilt heute in dieser jetzigen Weltminute Schluß zu machen mit unserer falschen Politik, bevor eine neue Katastrophe über uns hereinbricht.

Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning

Ist die Vansittart-Doktrin das letzte Wort?

Vom Ausland her hat man den Eindruck, daß sich in der Bundesrepublik ob der Möglichkeit einer Verständigung zwischen USA und UdSSR der führenden Kreise eine Panik bemächtigt hätte. Panik und Unwille über einen politischen Salto mortale der USA, der das bisher umworbene deutsche Volk im Kalten und Dunklen läßt und ihm plötzlich den so lange prolongierten Wechsel des verlorenen Krieges zur Zahlung oder Zwangsbeitreibung präsentiert. Nur wer sich bisher in einer Welt als Wunsch und Illusion statt als Wille und Wirklichkeit bewegte, wird über die Entwicklung überrascht sein oder gar von einer Preisgabe Deutschlands durch den Westen raunen (nach dem alten Muster „Perfides Albion").

Wir haben seit Jahren versucht, den doktrinären oder gefühlsgebundenen deutschen Politikern klar zu machen, daß in den westlichen Gemeinwesen die Politik meist mit mehreren, parallel nebeneinader herlaufenden Konzeptionen arbeitet und daß neben einer im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehenden Politik andere Konzepte, wohl durchgearbeitet, in den Hinterstuben der Planung zum Einsatz im erforderlichen Augenblick bereit liegen und ohne parteipolitische Krise durch schroffen Kurswechsel das alte politische Konzept durchwachsen können. Wer sich der leichten Mühe der von keinem Wunschdenken getrübten Erforschung der politischen Willensbildung im Westen über die Fortsetzung des Kalten Krieges im allgemeinen und der deutschen Probleme macht, dem konnte es schon seit Jahren nicht verborgen geblieben sein, daß neben der offiziellen Eingrenzungs- und Rückrollpolitik des Westens die politische Möglichkeit der Beilegung des Kalten Krieges auf der Grundlage des Status quo erwogen wurde und daß dabei die deutsche Wiedervereinigung unter den Tisch fallen würde, aber auch das politische Gewicht Deutschlands, das zum Ärger vieler seiner unversöhnlichen Feinde so verhältnismäßig schnell ein schwerwiegendes geworden war, empfindliche Einbußen erleiden müßte. Die deutsche Einheit war ohnedies nur mit Widerstreben und um den Deutschen bei der Stange zu halten, von den Westmächten zum Programmpunkt erhoben. Von einer Revision der Ostgrenze war niemals, es sei denn bei unbedeutenden Außenseitern ernstlich die Rede gewesen. Niemanden konnte verborgen geblieben sein, daß der Westen zwar unter Umständen ein vereintes Deutschland hinnehmen würde, jedoch nur ein solches mit eingebauten Kontrollen und nur dann, wenn der Westen dadurch einen bedingungslosen Zuwachs seines europäischen Potentials erreichen würde. Daher war auch niemals ernstlich die Möglichkeit erörtert worden, dem deutschen Volk in Respektierung seines fundamentalen Anspruches auf Einheit zu seiner Wiedervereinigung ohne Bindungen an den Westen zu verhelfen.

Nichts wäre indessen verfehlter, als sich in der gegenwärtigen Lage als den Gekränkten und Enttäuschten zu geben und die Verständigung durch Protest- und Winkelzüge erschweren oder gar hintertreiben zu wollen. Was der Deutsche mit schnell wiederhergestelltem Selbstbewußtsein und nicht immer taktvollen Geltungsbedürfnis als die wieder einmal erwiesene Unentbehrlichkeit Deutschlands im Spiel der Mächte aufgefaßt hatte, war in Wirklichkeit eine besonders günstige Konstellation für Deutschland, die von vornherein von den deutschen Politikern nur als eine vorübergehende einmalige Chance hätte aufgefaßt und nach beiden Seiten hin in der Wahrung des eigenen Lebensinteresses elastisch ausgenutzt werden müssen. Die bundesdeutsche Politik hat es versäumt, zu einem Zeitpunkt, in dem sie noch ein bedeutendes Gewicht sowohl in der Schale des Westens wie des Ostens zu legen hatte, ihren mit dem Westen nicht kongruenten Interessen in geeigneter Weise Geltung zu verschaffen.

Wenn es zutrifft, daß der Bundeskanzler das Wort vom Diktatfrieden, den er nicht unterzeichnen werde, gesprochen haben sollte, so wäre das eine arge Verkennung der Lage. Denn es gilt nicht einen Diktatfriedensvertrag zu unterzeichnen, das heißt Bedingungen zuzustimmen, die nunmehr durchzuführen sein würden, sondern es gilt eine tatsächlich bestehende Lage, die nur noch durch Anwendung von Gewalt geändert werden könnte, als zu Recht bestehend anzuerkennen. Eine Lage, an deren Herbeiführung der Bundeskanzler und seine Politiker trotz Warnungen über die unvermeidlichen Folgen seitens einer allerdings kleinen Minderheit einen entscheidenden Anteil hatte. Der Bundeskanzler ist aber auch als Person der am wenigsten Geeignete, um nunmehr gegen die Folgen seiner Politik zu protestieren. Denn im Westen gilt seine Person als der Garant einer Art neuen deutschen „Erfüllungspolitik" den Westmächten gegenüber. Er gilt, mit dem Wort eines amerikanischen Politikers — und dies durchaus positiv als Anerkennung seiner Funktion und Bedeutung — als „the man who delivers the good", der Mann, der die Ware liefert. Die Ware: ein folgsames deutsches Volk, das sich ohne zu fragen in den ihm vom Westen gesteckten Lebensrahmen fügt. Die führenden Politiker der Bundesrepublik haben offenbar eine wesentliche Seite der Deutschlandpolitik der Westmächte übersehen, nämlich langwierige Friedensverhandlungen nach dem Muster der Pariser Verhandlungen im Abschluß des ersten Weltkrieges zu vermeiden und statt dessen faits accomplis zu schaffen, die nicht mehr diskutiert werden können, auf solche Weise das Odium eines Diktatfriedens von vornherein vermeidend, insbesondere, wenn es dabei gelang, das deutsche Volk mit der Mitverantwortung für diese Politik der faits accomplis zu belasten. Der Fehler in dieser Rechnung war, daß auch die Gegenseite eine solche Politik sich zu eigen machen konnte und somit im Ende ein Zustand erreicht wurde, der keine Seite befriedigt, aber nun nicht anders mehr als durch Gewaltanwendung zu ändern ist.

Das deutsche Volk steht demnach fünfzehn Jahre nach Kriegsende nicht endlich möglich gewordenen Friedensverhandlungen und einem Vertragsentwurf gegenüber, der ihm eine Entscheidung über Annahme oder Ablehnung gewährt. Es sieht sich vielmehr mit einer mindestens zur Zeit unabänderlichen tatsächlichen Lage konfrontiert, die ihm nur die Alternative gewährt, sie entweder anzuerkennen, um von ihr als Ausgangspunkt eine neue Kausalreihe zu beginnen, oder den Weiterbestand eines vertragslosen Quasikriegszustandes mit allen Nachteilen eines solchen auf sich zu nehmen. Die Möglichkeit, vielmehr die hohe Wahrscheinlichkeit einer im Ende zwangsläufigen Entwicklung zu einer solchen, vor allem für die Deutschen schwer hinzunehmenden Lage, war bereits

mit der Gründung der Bundesrepublik das politische Grundproblem des deutschen Volkes. Die Zwangsläufigkeit der Entwicklung hätte nur gebrochen werden können, wenn Bonn, statt in unmittelbarer Nachfolge Hitler'scher Politik sich zu einem weltanschaulich begründeten Antibolschewismus zu bekennen, sich rechtzeitig dem Osten politisch genähert hätte, nämlich bevor auch dem Westen nichts anderes übrigblieb, als nach einer Verständigung zu suchen.

Die Frage, mit der jede Betrachtung der gegenwärtigen Lage endet, geht somit dahin, ob der Spielraum selbständiger Entscheidungen einer deutschen Politik nunmehr so eng begrenzt ist, daß dem deutschen Volk nichts anderes übrig bleibt, als sich in Unvermeidliches zu fügen oder fruchtlos zu protestieren. Heben sich nicht vielmehr für eine einfallreiche, elastische Führung auch neue politische Möglichkeiten mit der Anerkennung des status quo ab? Gewährt er nicht die Chance selbständiger politischer Initiative? Entscheidend ist dabei allerdings, was man unter Anerkennung des status quo zu verstehen habe. Das Ende bisheriger sich als vergeblich und allseitig schädigend erwiesener politischer Bemühungen, um den Weg für eine neue politische Evolution frei zu machen? Oder die endgültige Abriegelung jeder weiteren Evolution in den politischen Problemen, für die die Anerkennung des status quo vereinbart wird? Bedeutet das in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands die endgültige finis Germaniae, oder schließt es nur weitere Bemühungen in den bisherigen Linien aus? Bedeutet es die dauernde Teilung Europas in zwei Einflußzonen oder schließt es nicht vielmehr nur eine Verbindung europäischer Nationen im Zusammenhang mit den bisherigen militär-politischen Zielen aus?

Uns erreicht die Nachricht, daß der allerdings ohnedies nicht sonderlich bedeutungsvolle American Council for the re-unification of Germany seine Arbeit mit der Begründung eingestellt habe, daß angesichts der aussichtslosen Lage jede weitere Bemühung, den Gedanken der deutschen Einheit in den USA zu fördern, Zeitverschwendung sei. Wäre es nicht vielmehr richtiger gewesen, statt dessen darauf hinzuweisen, daß zwar die bisher in USA mit einer Wiedervereinigung verknüpften machtpolitischen Ziele nicht zu verwirklichen seien, und daß die bisherigen Vorstellungen über die Art und Weise der Wiederherstellung der deutschen Einheit hinfällig wären, daß aber trotzdem ein, wenn auch auf andere Weise wieder zu vereinigendes Deutschland im wohlverstandenen Interesse Amerikas und eines dauerhaften Friedens läge!! Diese an sich belanglose Entscheidung, weitere Bemühungen um die deutsche Einheit aufzugeben, dürfte typisch für die Haltung weiter Kreise der bundesdeutschen Bürger und ihrer politischen Führer sein. Zweifellos wird von bestimmten Mächten und Machtgruppen eine west-östliche Verständigung über die Anerkennung des status quo als Grundlage des Friedensschlusses im Kalten Kriege so aufgefaßt werden, daß damit eine endgültige politische Kraftlinie festgelegt und vertraglich festgelegt werden solle. In der Frage der deutschen Wiedervereinigung bedeute dies, daß somit alle weiteren Bemühungen um die Verwirklichung der deutschen Einheit zu unterbinden wären. Mit anderen Worten: die Anerkennung des status quo setze einen endgültigen Zustand fest. Weitere Einigungsbestrebungen begegnen einem, dem früheren Anschlußverbot Österreichs ähnlichen Einspruch der Vertragsmächte.

Demgegenüber scheint es uns gerade die Aufgabe deutscher politischer Initiative zu sein, die Auffassung zu vertreten, daß sowohl in der Frage der deutschen Einheit wie in der einer Verbindung europäischer Nationen über die bisherigen Kampflinien des Kalten Krieges hinweg eine neue Evolution nicht verhindert werden darf noch überhaupt verhindert werden kann, weil die Anerkennung des status quo sich gar nicht anders auswirken wird als in der Frei-

setzung neuer politischer Entwicklungen. Mit dieser Anerkennung wird zwar ein erstes Nachkriegskapitel abgeschlossen, zugleich aber auch ein neues begonnen. Endgültige Regelungen sind in einer Zeit so unaufhaltsamer Umgestaltungen aller Ordnungselemente in der Gegenwart noch weniger möglich als sonst im Strom der Geschichte. Die Anerkennung des status quo legt nicht ein definitives Machtverhältnis fest und erklärt es für zu Recht bestehend. Das ist legalistisches Denken, über das die tatsächliche Entwicklung hinweggeht. Es schließt indessen bestimmte Arten und Weisen der Änderung der Machtlage aus.

Es besteht kaum große Aussicht, daß sich die bisherige bundesdeutsche Führung zu der Auffassung durchringt, daß das, was sie angesichts der Verständigungbemühungen der Großmächte preizugeben hat, ihre Doktrin des Antibolschewismus sei, nämlich dasjenige, was im Endeffekt die Wiedervereinigung am wirkungsvollsten verhindert hatte, — nicht aber das realpolitische Ziel der deutschen Einheit, das nunmehr auf andere als die bisher für richtig gehaltene Weise zu erreichen versucht werden müsse. Sie wird sich im Gegenteil in ihrer antibolschewistischen Haltung noch weiter versteifen und lieber die Doppelstaatlichkeit als endgültig hinnehmen wollen, statt nach neuen Wegen der Verbindung über die bisherigen ideologischen und politischen Trennungslinien hinweg zu suchen. Sie wird damit weiterhin wie bisher die Geschäfte der eigentlichen Feinde Deutschlands besorgen, nicht aber im Interesse Deutschlands, der europäischen Einheit und eines dauerhaften Friedens handeln. Sie wird weiterhin das Opfer einer politischen Verführung bleiben, das gewesen zu sein das eigentliche Charakteristikum dieser äußerlich so glänzenden, innerlich so tragisch irrenden ersten Nachkriegsperiode gewesen ist.

2.

Es ist in diesem Zusammenhang nützlich, sich noch einmal der Hintergründe und Ursprünge der politischen Konzeption der Teilung Deutschlands und der Hinzuziehung des deutschen Volkes selbst als Exekutor dieser Teilung zu erinnern. Ob bewußt oder unbewußt und ohne unmittelbare Beziehung: es ist die Doktrin des späteren Lord Vansittart, die hinter den Bestrebungen der Mächte steht, Deutschland endgültig aufzuteilen und jede Art Wiedervereinigung zu verhindern. Die Doktrin, daß das verläßlichste und billigste Mittel, mit den Deutschen fertig zu werden, sei, sie aufzuspalten und sich wechselseitig im Schach halten zu lassen. Der Deutsche sei in seiner konfusen und ziellosen Geschichte am nachhaltigsten immer nur durch sich selbst besiegt und in seiner Vitalität gelähmt worden. Es komme darauf an, die latenten Gegensätze im deutschen Volk jeweils in geeigneter Weise zu unterstützen und gegeneinander auszuspielen, konfessionelle Gegensätze, landschaftliche, ideologische, parteibedingte. Der Verfasser dieses Artikels wurde mit dieser Konzeption bekannt, als er selbst im Ausgleich der Freien Stadt Danzig in ihren Spannungen mit Polen eine neue Linie in der Außenpolitik zu verfolgen versuchte und sich der überraschenden Haltung britischer Kreise gegenübersah, die dem Nationlsozialismus gewisse Förderungen zuteil werden ließen. In dem damals noch von informierten Fachleuten, erfahrenen Männern des diplomatischen Metiers betreuten Amt in der Wilhelmstraße lagen Nachrichten vor, daß der Grund dafür nicht etwa der naheliegende war, ein erstarktes Deutschland als Gegengewicht gegen das unaufhaltsam aufsteigende und sich innerlich festigende bolschewistische Rußland zur Verfügung zu haben, sondern daß gewisse Kreise Englands besorgt über die Konsolidierung Deutschlands unter der vorsichtigen aber weitschauenden Führung des Reichskanzlers Brüning und die unausbleiblichen wirtschaftlichen und machtpolitischen Folgen einer solchen

Evolution waren. Diese Kreise waren zu dem Schluß gelangt, daß ein sozial fortschrittliches und zugleich konservatives Deutschland schlechterdings unwiderstehlich in seiner Anziehungskraft auf zentral- und westeuropäische Staaten sei und zu der entscheidenden europäischen Kontinentalmacht aufsteigen würde. Auf die Dauer sei einem solchen Deutschland kein Hindernis auf seinem Aufstieg in den Weg zu legen; es sei denn, es gelänge, die inneren deutschen Gegensätze gegeneinander auszuspielen und Deutschland von innen zu lähmen. Es bedürfe dazu einer klug eingefädelten „politischen Verführung". Zur damaligen Zeit bestanden noch nicht die Konzeptionen des political warfare und einer psychologischen Kriegführung vor und während des Krieges. Als ein solches spaltendes Element bot sich, in Verkennung seines Dynamismus und seiner außenpolitischen Gefährlichkeit damals der Nationalsozialismu an, der die Koalition besonnener, gemäßigter und fortschrittlicher Elemente zu paralysieren begonnen hatte. In der damals von einem „nicht arischen", aber temperamentvollen Dirigenten geleiteten Ostabteilung im Auswärtigen Amt wurde dem Verfasser diese Konzeption, die Deutschen durch sich selbst für die übrige Welt unschädlich zu machen, unter dem Namen Vansittart, des damaligen Permanent Undersecretary und späteren Chief Advisor im englischen Foreign Office, mit dem er durch einen Mittelsmann in Danziger Angelegenheiten schon in Beziehung gekommen war, als Erklärung für die englische Haltung präsentiert. Sie erschien wenig glaubhaft. Erst als der Verfasser später selbst persönlich Sir Robert begegnete und wiederholt sein Wochenendgast auf seinem Landsitz war, mußte er erkennen, daß in der Tat diese Konzeption bestand, und daß bei ihr dem, was Vansittart die „political seduction" nannte, die politische Verführung des deutschen Volkes, sich selbst zu dem Exekutor des politischen Willens seiner Gegner zu machen, eine Hauptbedeutung zukam. Er mußte sich überzeugen, daß der schon in dem ersten Kriegsjahr ventilierte Plan der Zerschlagung Preußens als eigentlicher Willenskern Deutschlands und einer andersartigen Föderation der deutschen Länder von dem noch weiterreichenden einer Aufteilung Deutschlands in mehrere souveräne Staaten als Radikalmittel gegen jeden Wiederaufstieg des deutschen Volkes verdrängt wurde.

Keineswegs unwidersprochen; denn zur gleichen Zeit war, wie hier ausdrücklich hinzugefügt werden muß, die Bereitwilligkeit, die eigentlichen Ursachen und Beweggründe der Entstehung des Nationalsozialismus im Versailler Friedensvertrag, in der sozialen Entwurzelung des kleinen Mittelstandes durch die Inflation und sogar in der Beseitigung der Monarchie anzuerkennen, weit verbreitet. In geistig führenden Kreisen war der Wille, den neuen Krieg nicht etwa durch ein Superversailles beenden zu wollen, in den ersten Jahren des Krieges noch allgemein. Erst die Gewaltakte Hitlers, die manche der im ersten Weltkrieg als Greuelpropaganda erwiesene angebliche deutsche Schandtaten nunmehr zur furchtbaren Wirklichkeit machten, setzten diesen Bestrebungen ein Ende.

Weiter zu verfolgen, wie die Vansittart'sche Doktrin sich in verschiedenen Ländern durchgesetzt und die Nachkriegspolitik beeinflußt hat, muß dem Historiker überlassen bleiben. Die beiden Motive der Benutzung vorhandener deutscher Gegensätze und der politischen Verführung des deutschen Volkes, sich selbst als Feind zu behandeln, begegnet man in den verschiedensten Einkleidungen. Die bekannten Sätze Winston Churchills über die Zukunft Deutschlands, Teile des deutschen Reiches in neue Zusammenschlüsse einzugliedern und ihre bisherigen Loyalitäten zu ändern, besagt nichts anderes als eine intellektuell gewähltere Artikulation der Vansittartdoktrin. Uns kommt es bei dieser politischen Erinnerung auf die Frage an, ob die Vansittart-Doktrin in der Tat das letzte Wort — sowohl was die Teilung als die politische Verführung anbetrifft — haben

soll, und ob ihr nicht schon bei ihrer Konzeption eine geradezu tragische Täuschung unterlaufen sei, die sie als einen verwerflichen politischen Behelf erweist. Uns kommt es auch darauf an, den Machinationen im voraus zu begegnen, als ob die Idee der Teilung Deutschlands und das Scheitern der bisherigen Einigungsbestrebungen allein auf das Konto der Sowjetunion zu schreiben sei, um solcherweise die Flamme des „weltanschaulich untermauerten" Anti-Bolschewismus weiter zu schüren.

Soll die Vansittart-Doktrin das letzte Wort im Friedensschluß mit Deutschland haben? Kann sie es haben? Kann eine immerhin große und alte geschichtsbewußte Nation auf die Dauer so irregeführt und korrumpiert werden, daß sie sich selbst endgültig ihrer Einheit und Identität begibt, daß sie nicht vielmehr eines Tages zur Erkenntnis der wirklichen, echten Rangordnung ihrer Lebensfragen gelangt, um in der Umkehr des Pendelschlages nun um so ausschließlicher seine Einheit durchzusetzen? Die Vansittartdoktrin hatte sich im Beginn ihrer Formulierung als irrig erwiesen. Sie irrte sich in der Begrenzbarkeit des nationalsozialistischen Aufbruches. Er blieb nicht das erwartete Gegengewicht anderer politischer Kräfte; er wurde zu der beherrschenden Macht, die gerade das zuwege brachte, was durch das politische Spiel mit ihm verhindert werden sollte, den Zusammenschluß aller deutschen politischen Elemente unter einer rigorosen Disziplinierung. Müßte nicht Ähnliches wiederum die Folge eines Sieges der Vansittart'schen Konzeption sein? Würde nicht wiederum dadurch gerade das herbeigeführt werden, was durch die endgültige Teilung Deutschlands und das Ausspielen der Teile gegeneinander erreicht werden soll? Kann auf diese Weise Deutschland für seine Nachbarn und die Großmächte „unschädlich" gemacht werden? Ein korrumpiertes Volk ist eine ständige Gefahr für seine Nachbarn. So ist es ein in seinem nationalen Lebensanspruch bis in die Wurzel verletztes Volk. Die Vansittart-Doktrin, die zur endgültigen Teilung und dauernden Korrumpierung des deutschen Volkes führt, begründet eine sehr kurzsichtige Politik, eine Politik von sehr kurzer Dauer; so wie es sehr kurzsichtig und von kurzer Dauer war, einem Hitler die politischen Zugeständnisse zu machen, die rechtzeitig einem Brüning gewährt, wahrscheinlich das Unheil hätten abwenden und eine langfristige Beruhigung der Entwicklung herbeiführen können.

Es ist hier noch einmal im Zusammenhang mit einer verhängnisvollen Doktrin ausführlicher auf die Frage der deutschen Einheit eingegangen, als es denjenigen notwendig erscheinen könnte, die vielmehr nach möglichen Einzelregelungen fragen. Es scheint, daß damit bei den Deutschen nur offene Türen eingerannt werden. Denn wer bekennt sich etwa nicht zur deutschen Einheit als dem wünschenswerten Ziel. Wir sind indessen der Meinung, daß die Sicherung eines Ansatzes zu einer neuen Evolution in der Richtung auf die deutsche Einheit geradezu die entscheidende Maßnahme sei. Die conditio sine qua non einer Entspannung in Zentraleuropa. Ohne sie sind alle sonstigen Vorschläge nicht das Papier wert, auf dem sie gemacht werden. Wir sind ferner der Meinung, daß der Wille, überhaupt nach einem solchen Ansatz einer allmählichen Verbindung der deutschen Staatsgebilde bereits durch das gelähmt wird, was hier als wesentlicher Bestandteil der Vansittart-Doktrin, als politische Verführung gekennzeichnet wurde. Nicht der Wunsch ist etwas wert, sondern der Wille, sich auch mit widrigen, mit scheinbar unmöglichen Bedingungen der deutschen Einheit abzufinden. Es ist dem Bürger der Bundesrepublik zuerst bedeutet worden, daß es der Ausfluß seines schuldhaften Nationalismus sei, die eigene Einheit überhaupt zu begehren, anstatt zuvor erst die Verbindung mit dem entstehenden westeuropäischen Gemeinwesen zu sichern. Es ist ihm dann gesagt worden, daß er sein Leben

und seine wirtschaftliche Existenz nur sichern könne, wenn er fest und treu in der neuen Loyalität zu seinen Bundesgenossen statt zu seinen Volksgenossen stünde. Es ist sicher, daß ihm künftig vorgehalten werden wird, jede auch noch so oberflächliche Verbindung mit dem nun nicht mehr als nicht existent beiseite zu schiebenden zweiten deutschen Staat berge tödliche Gefahren für die Bundesrepublik in sich. Die Gefahr politischer Ansteckung, der Unterwanderung subversiver Elemente und schließlich und endlich die Überrumpelung der Zwangsbolschewisierung. Es wird ihm suggeriert werden, daß je schärfer und kompromißloser der Trennungsstrich zu dem anderen Gemeinwesen gezogen werden wird, es um so besser um sein Heil bestellt sein werde. Es liegt in der bisherigen politischen Linie Bonns, der political seduction des Lord Vansittart mit dem Ausspielen der deutschen Gegensätze bis zu ihrem logischen Ende zu folgen und die Doppelstaatlichkeit des deutschen Volkes — streng genommen eine Dreiteilung — als das geringere Übel zu begrüßen, um sich mit verdoppeltem Eifer der Verwirklichung der Idee eines westeuropäischen Gemeinwesens zu widmen. Es ist des Bundeskanzlers Lieblingsidee. Er wird sich gewiß nicht für die Möglichkeit der Verbindung von Nationen beider Ordnungssysteme zu einem größeren Gemeinwesen Europa erwärmen, die mit einem Friedensschluß im Kalten Kriege als Möglichkeit sichtbar wird, weil sie dieselbe Schwierigkeit der Kooperation in sich birgt, die er in einer Verbindung mit der Deutschen Demokratischen Republik scheut. Er wird seine Politik hartnäckig weiter verfolgen, bis er sich eines Tages in seinen Bemühungen um ein westliches Kleineuropa durch seinen Partner Frankreich im Stich gelassen sehen wird, das, wenn nicht alle Zeichen trügen, die Chance für eine große neue Politik des Zusammenschlusses im östlichen Zentraleuropa zu sehen beginnt.

Worauf es im Gegensatz dazu uns vor allem zunächst ankommt, ist, auf die Möglichkeit einer selbständigeren deutschen Politik als dies bisher der Fall war, als Folge einer Entspannung hinzuweisen. Für eine geschickte schöpferische Politik besteht die Möglichkeit, die deutsche Doppelstaatlichkeit aus einem politischen Negativum in ein Positivum zu wandeln, die Möglichkeit, durch doppelseitige Verbindungen und Bindungen, durch Querverbindungen ein engmaschiges Netz von Beziehungen über die politischen Grenzen und Gegensätze der Ordnungssysteme zu knüpfen und einen wachsenden Raum organisierter Kooperation zu schaffen. Die deutsche Politik deutscher Teilstaaten muß und könnte einer durch die amerikanisch-russische Verständigung drohenden Isolierung durch eine großzügige eigene Verständigungspolitik mit Polen, der Tschechoslowakei und anderen ost-zentraleuropäischen Staaten begegnen, noch vorhandene Konfliktstoffe beseitigen, Ressentiments aus der Welt schaffen und den Kern eines wirklichen europäischen Gemeinwesens bilden helfen. Sie könnte im Verzicht auf nicht mehr erreichbare Grenzrevisionen Erleichterungen für die noch in der alten Heimat verbliebenen Deutschen und die Anerkennung eines Heimatrechtes und Rückwanderungsanspruches der Geflüchteten und Vertriebenen zu erreichen versuchen. Es ist angesichts des allgemeinen Verfallens des politischen Denkens schwerlich anzunehmen, daß die Väter des künftigen Friedens wie die Peacemakers nach dem ersten Weltkriege sich die Mühe machen werden, rechtliche Regelungen, die das Zusammenleben verschiedener Völker auf demselben Boden erleichtern können, zu durchdenken oder gar in ihre Verträge mitaufzunehmen, wie es mit den Minderheitsschutzverträgen von 1919 geschehen ist. Solche Regelungen werden Verträgen der einzelnen Staaten unter sich überlassen bleiben, Nationen, die wie Deutschland und seine slawischen Nachbarn jahrhundertelang ihren Siedlungsraum zu einem großen Teil miteinander hatten teilen müssen und nicht nur den Nationalitätenkampf kennen, sondern auch Erfahrungen im fried-

lichen Nebeneinander und Miteinander verschiedener Völker auf demselben Boden besitzen.

Die Widerstände gegen die deutsche Einheit werden erst dann zu überwinden sein, wenn sich nicht nur die Ordnungsgegensätze nicht mehr als absolute Hindernisse einer Kooperation erweisen, sondern wenn die deutsche Wiedervereinigung die logische und unvermeidliche Konsequenz einer gelungenen Politik der Verbindung von Nationen im Raum rund um das deutsche Volk ist, einer Verbindung, die im Kern nicht mehr militärischer Natur sein darf, wie es die bisherigen Beziehungen zu den Nato-Staaten waren, und daher selbst bei den Verbündeten nur das alte Mißtrauen und Widerstreben gegen ein geeintes und blühendes Deutschland verstärkt haben, sondern wenn sie auf der breiten Grundlage einer politischen, wirtschaftlichen, geistigen Verständigung erfolgt und sich die Aufgabe stellt, vorhandene Konfliktstoffe zu beseitigen.

Erst damit wird die Chance und die Funktion einer neuen deutschen Politik der Verständigung in das richtige Licht gerückt. Von Anhängern der bisherigen Politik der Militärbündnisse und der Aufrüstung wird immer wieder darauf hingewiesen, daß die Alternative totaler Krieg oder totaler Friede eine falsche sei. Wir stimmen dem bei, und nicht wir sind es, die aus der Zerstörungsgewalt der Atom- und anderer Massenvernichtungswaffen die Notwendigkeit und Möglichkeit eines totalen Friedensschlusses von heute auf morgen folgerten. Aber wer daraus den Schluß zieht, es komme vornehmlich darauf an, gegen begrenzte Kriege und andere örtliche Gewaltaktionen gerüstet zu sein, verkennt die Dynamik der gegenwärtigen gigantischen Umgestaltungen aller Ordnungselemente. Die Theorie des begrenzten Krieges geht an dem eigentlichen Problem vorbei. Militärische Maßnahmen können allein nicht verhindern, daß die unaufhaltsamen ständigen Verschiebungen im Machtgefüge der Nationen akute Konflikte zur Folge haben. Weder durch Verträge noch durch ein ständig neu wiederhergestelltes militärisches Gleichgewicht ist der gegenwärtige Besitzstand der Mächte gegenseitig zu garantieren. Wer etwa im Westen glaubt, durch die Verständigung mit Sowjetrußland eine endgültige Teilung der Welt in Macht- und Einflußzonen erreichen zu können, wird enttäuscht werden. Eine solche Vorstellung ist naiv. So etwas zu garantieren wäre die Sowjetunion beim besten Willen nicht imstande, weil der Druck der ständigen Veränderungen in der politischen Gesamtlage jeden Versuch eines stationären Zustandes sprengt. Das eigentliche Problem eines realistischen Friedens ist es vielmehr, Zonen auszugliedern, in denen Konfliktstoffe vorsorglich durch Vereinbarungen beseitigt werden können, ehe sie den Anlaß zu begrenzten Kriegen geben oder eine solche Zuspitzung erfahren, daß sie die Großmächte aus Selbsterhaltung zum Einschreiten zwingen. Es gilt die unaufhaltsame Evolution aller Ordnungselemente sich so vollziehen zu lassen, daß daraus keine Gewaltaktionen entstehen, weder als totaler noch als begrenzter Krieg.

Deshalb kommt besonderen Zonen des Ausgleichs, der Verständigung und regionalen Verbindung, Zonen der Pufferung zwischen den Weltgroßmächten künftig eine überragende Bedeutung zu. Nicht Teilung, sondern Gliederung der Welt in verschiedene Ausgleichszonen, regionale Subförderationen der Vereinigten Nationen gilt es zu schaffen. Die Bedeutung und unentbehrliche Funktion mittlerer und vermittelnder Zonen zwischen den Großmächten ist bisher in der Politik nicht gewürdigt worden. Das schablonenhafte Denken und die unsorgfältige Hast, mit der Politiker und politische Berichterstatter sich zu orientieren und zu berichten pflegen, haben die Versuche und Vorstöße in dieser Richtung bisher unter die diffamierende Rubrik Neutralisten oder unfruchtbare Spekulationen über eine „Dritte Macht" gebracht und damit dem Mißverständnis aus-

geliefert. Unter dem Druck einer Verständigung und Beilegung des Kalten Krieges, die nichts weniger als schon ein „totaler Friede" sein kann, muß die Bedeutung regionaler Friedenszonen, in denen nicht allein die militärischen Rüstungen beschränkt werden müssen und die atomwaffenfrei zu halten wären, sondern in denen besondere Institutionen zur Beilegung und vorsorglichen Beseitigung von Konflikten und Konfliktstoffen zu schaffen wären, größere Aufmerksamkeit finden. In der Mitwirkung an der Bildung einer solchen Zone in Zentraleuropa erwachsen einer neuen deutschen Politik Möglichkeiten einer fruchtbaren Evolution in der doppelten Richtung auf ein wiedervereintes eigenes Gemeinwesen wie auf einen europäischen Zusammenschluß.

Diese allgemeinen Bemerkungen über die Richtung, in der künftig die Linien und Einzelmaßnahmen einer neuen deutschen Politik und Initiative gesucht werden müssen, waren hier vorauszuschicken, ehe nähere Vorschläge ohne Mißverstehen, das heute im deutschen Raum üblich zu sein scheint, gemacht werden können. Es bleibt, bis sich bestätigt hat, daß eine Gipfelkonferenz den Grund einer tatsächlichen Verständigung legen wird, vorläufig noch einmal zu betonen, daß der Schlüsselpunkt einer neuen Politik die Befreiung von der Vansittart-Doktrin mit ihrer politischen Verführung ist, unter der das deutsche Volk seine eigene Lage mißverstand. Das schließt nunmehr die Anerkenung der tatsächlichen Lage ein, die Tatsache der Doppelstaatlichkeit. Aber diese Anerkennung ist nicht die eines definitiven Endes, sondern die eines neuen Ausgangspunktes für die Wiedergewinnung der Einheit im Rahmen eines europäischen Ausgleichs — und Sicherungszusammenschlusses. Die Grundvoraussetzung ist dabei die endgültige Liquidation des Hitler'schen Erbes, der antibolschewistischen Doktrin, die der bisherigen bundesdeutschen Politik zu Grunde lag und mit deren Übernahme sich die Bundesrepublik in eine gefährliche Nähe Hitler'scher Illusionen und Visionen eines unvermeidlichen Zusammenstoßes zwischen Westen und Osten zum Schaden des deutschen Volkes begeben hat.

Dr. Achim v. Borries

Die neue Achse: Bonn — Madrid

Mehrere Tage hielt sich Mitte November der spanische Außenminister Castiella in Bonn auf. Es handelte sich nicht um einen der üblichen diplomatischen Routine-Besuche, sondern um ein deutsch-spanisches Treffen von außerordentlicher politischer Bedeutung. Die Reise Castiellas in die Bundeshauptstadt diente der Vorbereitung der Aufnahme Spaniens in die NATO und gleichzeitig wirtschaftspolitischen Besprechungen. Termin und Begleitumstände dieses Besuches waren aufschlußreich. Gerade in den Tagen, da sich Herr Castiella mit der Bundesregierung besprach, wurde in Washington bekanntgegeben, Präsident Eisenhower werde auf seiner politischen Weltreise im Dezember auch in Madrid Station machen. Eine neue Phase der politischen Aufwertung des Franco-Regimes durch die NATO-Mächte hat be-

gonnen. Und die westdeutsche Bundesregierung spielt dabei eine besonders aktive Rolle.

Im Jahre 1953 war es General Franco gelungen, dank der ideologischen und militärpolitischen Konjunktur des ‚Kalten Krieges' aus der ihm bis dahin auch von den Westmächten auferlegten politisch-moralischen Isolierung herauszutreten. Ohne daß sich an dem faschistischen Charakter seines Regimes das Mindeste geändert hätte (das noch 1946 von den UN und den Westmächten ausdrücklich als Diktatur angeprangert worden war), wurde Franco durch den Hilfs- und Verteidigungs-Vertrag vom 26. September 1953 von den USA offiziell als neuer militärpolitischer Verbündeter anerkannt. Der Ausbau Spaniens zum amerikanischen Flugzeugträger begann. Er führte zu beträchtlichen amerikanischen Kapital-Investitionen[1]). Und er bedeutete bereits eine mittelbare Sicherung des Franco-Regimes. Nachdem er sich so den Westmächten als „antikommunistischer", stützungs-bedürftiger Partner empfohlen hatte, erreichte der spanische Diktator Ende 1955 auch die Aufnahme in die UN. H e u t e nun bemüht er sich um eine Verstärkung der militärischen und wirtschaftlichen Bindungen Spaniens an den Westen — um den Westen in einem Augenblick noch enger als bisher an s e i n, an das faschistische Spanien zu binden, da die innenpolitische Bilanz des Regimes katastrophaler denn je ist! Mit anderen Worten: Franco sucht heute außenpolitische Garantien für die Aufrechterhaltung seines innenpolitisch vor dem absoluten Fiasko stehenden autoritären Systems. Darum das Interesse an der NATO-Bindung, darum der mit einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel verbundene Eintritt Spaniens in die OEEC am 20. Juli 1959, darum der Besuch Castiellas in Bonn und das Bemühen um deutsches Kapital. Nachdem Franco-Spanien bereits am 4. Juli 1957 dem Europäischen Kulturabkommen hatte beitreten können, versucht es nunmehr auch im Straßburger Europa-Rat Fuß zu fassen. Es wird dabei von den „Christlichen Demokraten" nahezu aller im Europa-Rat vertretenen Länder unterstützt, während die Sozialisten durchweg entschieden opponieren. Der Eintritt Spaniens in die NATO aber wird heute von den USA und von Großbritannien (gegen den Widerstand der skandinavischen NATO-Mitglieder) befürwortet — obgleich die Prinzipien und die Wirklichkeit des spanischen Systems den in der NATO-Präambel fixierten Prinzipien der ‚Freien Welt' Hohn sprechen! — obgleich dieses System politisch und wirtschaftlich Bankerott gemacht hat! — und obgleich eine militärpolitische Entspannung gerade heute auf der Tagesordnung der internationalen Diplomatie an erster Stelle steht! Der spanische Diktator ist auf dem besten Wege, politisch und militärisch gleichberechtigtes Mitglied des Bündnisses zu werden, das die Freiheit der westlichen Völker schützen soll. Das Bündnis wird damit faktisch zum machtpolitischen Instrument in seiner Hand, mit dem er in letzter Minute noch einmal sein faschistisches System vor dem absoluten Zusammenbruch zu retten, die absolute Un-Freiheit des spanischen Volkes abermals zu verlängern versucht!

In B o n n „h e r z l i c h w i l l k o m m e n"

Die Regierungen in Washington und London plädieren für die Aufnahme Franco-Spaniens in die NATO, aber sie hüten sich, schon mit Rücksicht auf die keineswegs begeisterte öffentliche Meinung in ihren Ländern, sich mit dem faschistischen Regime politisch und ideologisch zu identifizieren. Sie versuchen,

---

[1]) Der Vertrag gab den USA das Recht zum Aufbau dreier großer Luftbasen auf spanischem Gebiet. Der Luftstützpunkt Torrejon in der Nähe von Madrid gilt als die größte Base der US-Luftstreitkräfte außerhalb der USA. Bis 1958 haben die USA mehr als 1 Million Dollar beim Aufbau dieser Luftstützpunkte in Spanien investiert.

den de-facto-Verrat der Grundprinzipien der ‚Freien Welt' als Sache eines militärpolitischen und wirtschaftspolitischen Realismus zu rechtfertigen. Man wußte, daß Bonn ebenfalls seit langem schon für eine NATO-Mitgliedschaft Spaniens eintritt und es war auch bekannt, daß gewisse Kreise in der Bundeshauptstadt mit dem spanischen System längst mehr liebäugeln, als ihrem demokratischen Renommé gut tut. So durfte man gespannt sein auf die Begleitmusik anläßlich des Besuches des spanischen Außenministers, war von ihr doch einiger Aufschluß über die grundsätzliche politische Gesinnung der Bundesregierung zu erwarten. Und sie hat es denn auch an der wünschenswerten Deutlichkeit in dieser Hinsicht nicht fehlen lassen. Herr Castiella, der Abgesandte eines prinzipiell anti-demokratischen Systems[2]), wurde in Bonn mit demonstrativer Herzlichkeit begrüßt und mit noch größerer Herzlichkeit verabschiedet. In einem Empfangsartikel im ‚Bulletin' der Bundesregierung war zu lesen, diese trete dafür ein, daß Franco-Spanien „ohne Vorbehalte" in die NATO aufgenommen werde. „Deutschland" und „Spanien" seien durch keinerlei Interessengegensätze getrennt. Nach diesem so offenherzigen wie verräterischen „Herzlich willkommen" konferierte der Außenminister Francos vor allem mit Herrn von Brentano und Herrn Erhard. Er wurde von Bundespräsident Lübke und Bundeskanzler Adenauer, dem er eine Einladung nach Madrid übermittelte, empfangen. Das nach dem Abschluß der Besprechungen veröffentlichte Communique sprach ausdrücklich von der „sehr herzlichen Atmosphäre" und erklärte, die „traditionelle Freundschaft" zwischen beiden Ländern sei „bekräftigt und vertieft" worden. Schlimm genug, daß man in diesem Falle der sonst meist nichtssagenden diplomatischen Phraseologie wird Glauben schenken müssen. Denn so wenig die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem unterdrückten spanischen Volke mit der politischen Kameraderie der Bundesregierung und des Unterdrückers Spaniens zu tun, ja so sehr gerade diese „Freundschaft" eine Pervertierung der auch diesmal in Bonn wieder im üblichen „abendländischen" Jargon beschworenen „Kulturwerte" ist — an der Tatsache des Zusammenspiels und der grundsätzlichen Einigkeit dieser beiden Regierungen wird man nicht mehr zweifeln können. Wie sicher Herr Castiella seiner Sache nach den Besprechungen in Bonn war, wie sehr er sich dort offenbar unter seinesgleichen hatte fühlen können, erhellt seine Äußerung am 12. November in Westberlin, Berlin sei „der Alcazar Europas!"

---

[2]) Herr Castiella erscheint für diese Bonner Mission ganz besonders prädestiniert, ist er doch nicht nur eine Personifikation der taktischen Beweglichkeit und grundsätzlichen Unveränderlichkeit des autoritär-konservativen spanischen Regimes, sondern auch gewissermaßen Fachmann in dem, was er unter „deutsch-spanischer Freundschaft" versteht. Der ‚Rheinische Merkur' stellte am 6. November den Gast Bonns vor: 1907 geboren, wurde er zunächst Redakteur der katholisch-nationalistischen Zeitung El Debate, hatte dann als „gläubiger und militanter Katholik" (Rh. M.) ausgesprochen falangistisch-faschistische Neigungen und avancierte zum Professor für Internationales Recht in Madrid. 1941 wurde er Soldat der spanischen „Blauen Division", die an der „Ostfront" zusammen mit der Hitler-Armee gegen die Sowjetunion kämpfte. Ausgezeichnet mit dem „Eisernen Kreuz" kehrte er nach Spanien zurück und wurde Leiter des ‚Instituts für politische Studien' in Madrid, „dessen einziger Zweck die wissenschaftliche Festigung der herrschenden politischen Doktrin sein sollte" (Rh. M.). Er wurde ausgesprochen katholisch-konservativ. Seit 1948 Botschafter in Lima sollte er 1955 Botschafter in London werden, doch lehnte die britische Regierung es ab, ihm das Argreement zu erteilen. Bis 1957 war Castiella Botschafter am Vatikan. 1957 wurde er Außenminister. — Anderen Presseberichten war zu entnehmen, daß seine Frau, die ihn nach Bonn begleitete, in der ‚Katholischen Aktion' tätig ist.

Nachdem die Konjunktur des Kalten Krieges, der militärpolitische Antikommunismus um jeden Preis zu einer außenpolitischen Rehabilitierung Francos durch die Westmächte geführt hat und nachdem Franco heute vor den Toren der NATO steht, proklamiert Bonn, weit über eine solche politisch-militärische Allianz hinaus, nunmehr bereits eine offene Gesinnungs-Gemeinschaft mit dem spanischen Regime. Die jetzt so demonstrativ betonte „grundsätzliche" Übereinstimmung zwischen Bonn und Madrid erweist sich als Übereinstimmung nicht etwa in freiheitlich-demokratischen Prinzipen, sondern in autoritär-konservativer, katholisch-klerikaler Gesinnung — mit dem militanten „Antikommunismus" als Alibi!! Aus all dem, was man in diesen Wochen von ihr vernommen hat, gewinnt man den Eindruck, daß der Eintritt Spaniens, des anti-demokratischen Franco-Spaniens in die NATO für die Bundesregierung nicht etwa nur Sache einer gewissen „Realpolitik" ist, sondern sozusagen — Idealpolitik! Wir werden sehen, warum.

Wenn die Regierungen in Washington und London, deren Spanien-Politik in der Sache kaum weniger fragwürdig ist, in der Form doch noch immer eine gewisse Rücksicht auf den Teil der „Öffentlichen Meinung" nehmen müssen, der nicht vergessen hat, daß Franco ein Diktator reinsten Wassers ist, so wird man eine solche gewisse Zurückhaltung, zumindest in der Form, bei der Bundesregierung vergeblich suchen. Sie hat niemals ein Hehl aus ihrer Sympathie für Franco gemacht und sie scheut sich heute nicht mehr, sich im Namen eines die Freiheit verratenden, das Christentum pervertierenden „christlichen Antikommunismus" mit dem spanischen Diktator zu verbrüdern. Einer Rücksichtnahme auf die „Öffentliche Meinung" in der Bundesrepublik fühlt sie sich ohnehin enthoben. Diese „Öffentliche Meinung" hat es ihr diesmal aber auch besonders leicht gemacht. Denn sie hat, von einigen wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen[3]), angesichts der peinlichen Szenen in Bonn und Westberlin entweder — sei es feige, sei es resigniert — geschwiegen, oder aber, schlimmer noch, sich einmal mehr in der fatalen Kunst opportunistischer Anpassung an ein gouvernementales fait accompli geübt — durch fadenscheinige „realpolitische" Rechtfertigung desselben. Und es haben sich bei der Praktizierung dieses keineswegs auf den „Fall Franco" beschränkten Gesinnungs-Opportunismus wieder einmal gerade jene ‚liberalen' Blätter hervorgetan, die ansonsten nicht müde werden, sich als die wahren Anwälte der „Freiheit" aufzuspielen[4]).

---

[3]) Wir erwähnen hier neben der kleinen Gruppe mutiger sozialistischer Studenten, die angesichts des Castiella-Besuches in Bonn gegen die Unterdrückung des spanischen Volkes protestierten, vor allem die Süddeutsche Zeitung und die Frankfurter Rundschau, der der „Freundschafts-Spuk" denn doch zu weit ging und die sich mit Nachdruck gegen das wandte, was sie mit Recht „heiße Bruderküsse" nannte! (12. 11. 59).

[4]) In der Frankfurter Allgemeinen wurde schon am 12. Oktober in einem Leitartikel von Bruno Deschamps für den von Bonn gewünschten Eintritt Spaniens in die NATO Propaganda gemacht. Gewiß sei Spaniens heutige politische Ordnung mit den Postulaten der NATO-Präambel nicht zu vereinbaren — aber man solle „keine alten Ressentiments" erneuern und „Realpolitik" treiben... Das Votum zugunsten der NATO-Mitgliedschaft Franco's versucht der Verfasser durch die These zu rechtfertigen, gerade dadurch werde in Spanien eine „Evolution" zum „Liberalen" hin gefördert. — Als ob für den spanischen Diktator die Bindung an die NATO und die wirtschaftspolitische Flucht nach vorn nicht gerade den Sinn hatte, eine politische Liberalisierung ebenso wie die notwendigen grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen zu hintertreiben, sein eigenes politisch diktatorisches, geistig autoritäres und gesellschaftlich in erster Linie feudalistisches System noch einmal mit Hilfe fremden Kapitals zu retten... Die FAZ ließ einen Monat später keinen Zweifel mehr an ihrer unverhohlenen Befriedigung über den für die westdeutsche Wirtschaft, nicht aber für die Freiheit des spanischen Volkes einträglichen Besuch Casti-

Von der CDU/CSU war ohnehin nichts anderes als ausdrückliche Zustimmung zu den Plänen und zum Verhalten der Regierung zu erwarten. Das ging offensichtlich selbst dem Bonner Korrespondenten der sonst ausgesprochen Adenauertreuen Neuen Zürcher Zeitung zu weit, der am 11. November in seinem Blatte schrieb: „Die Bedenken gegen Franco als Partner im Kampf um die Erhaltung der Freiheit werden nur bei der Sozialdemokratie noch offen geäußert; in den anderen Lagern scheint man sich kaum mehr Gedanken darüber zu machen, ob in dieser Frage nicht neben dem machtpolitischen ‚Realismus' auch die Frage der demokratischen Legitimation noch eine Rolle in dieser Entscheidung spielen sollte." Jedenfalls ist diese Kapitulation nahezu der gesamten westdeutschen Öffentlichkeit angesichts der Verbrüderung Bonn's mit Franco nicht weniger beschämend und als Politikum nicht minder aufschlußreich als die Spanien-Politik der Bundesregierung selbst.

Unter Brüdern . . .

Es ist kein Zufall, daß sich gerade Bonn und Madrid heute zu einer Zusammenarbeit auf breiter Front verbinden. Sie wissen, was sie tun und warum sie es tun. Es handelt sich hier um eine außenpolitische und wirtschaftspolitische Kooperation auf der Grundlage einer unverhohlenen innenpolitisch-ideologischen Affinität. Hier wie dort herrschen ausgesprochen sozial-konservative, autoritär-klerikale, von der katholischen Kirche unterstützte und sie fördernde Kreise, denen jedes Mittel zur Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen und politischen Verhältnisse recht ist. Spanien ist noch immer die letzte Bastion und Hoffnung des internationalen Faschismus. Hitler und Mussolini waren die Geburtshelfer des Systems, mit dem Bonn sich heute offen verbündet. Madrid ist aber in den letzten Jahren auch zum Mekka und zum Aktionszentrum des europäischen Konservativismus, abendländisch-autoritärer Observanz geworden, der in den Kreisen der CDU/CSU beträchtliche Sympathien genießt[5]). Das ist die Basis. Aber darüber hinaus gibt es ganz konkrete gemeinsame Interessen. Das spanische Regime ist ebenso wie die Bundesregierung in besonderem Maße an einer Fortsetzung des „Kalten Krieges" interessiert, verdanken doch beide allein ihm ihre heutige Position im Westen. Franco muß eine allgemeine Abrüstung, wie sie heute bereits diskutiert wird, ferner auch darum ganz besonders fürchten, weil er seine Herrschaft im eigenen Lande einzig und allein noch auf die riesige Armee stützen kann, die er unterhält und die Millionen von Pesetas verschlingt (während überall in Spanien katastrophale wirtschaftliche und soziale Zustände herrschen)[6]). Wenn die Bonner

---

ella's, dessen Ergebnis sie einen „weithin leuchtenden Schlußstrich unter der positiven Bilanz der jüngsten diplomatischen Erfolge Spaniens" nannte, nicht ohne gleichzeitig die Bonner Demonstranten gegen Franco zu schmähen. — Die ebenfalls vor allem an dem sich nun anbahnenden Spanien-Geschäft gewisser westdeutscher Wirtschaftskreise interessierte Deutsche Zeitung kommentierte den Castiella-Besuch am 12. November ähnlich.

[5]) Es ist hier vor allem auf die jährlichen Tagungen des sog. Europäischen Dokumentations-Zentrums in Spanien hinzuweisen, dem als prominente westdeutsche Mitglieder Bundestagsvizepräsident Dr. Jäger und Bundesminister von Merkatz angehören. In diesem Jahr sprach ausgerechnet der Westberliner stellvertretende Bürgermeister Amrehn vor diesem feudalistisch-klerikalen Konsortium . . .

[6]) Es hat solche Hintergründe, was auf den ersten Blick eher grotesk anmutet: „Der Spanier Felix de Lequerica, der den Sowjetplan für eine totale Abrüstung kritisierte, warnte, wie einige Lateinamerikaner es getan hatten, vor dem Verzicht auf Armeen, die ‚Schulen der Ehre und des Opferwillens' seien und ‚Rückgratlosigkeit' verhinderten . . ." Aus einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung über die Abrüstungsdebatte in den UN. (1. November 1959.)

Regierung für die Aufnahme Spaniens in die NATO eintritt, dann aus militärpolitischen und aus politischen Gründen. Sie wünscht — nach Frankreich — eine weitere Macht im NATO-Rat, die aus ureigenstem Interesse auch dort den harten Bonner Kurs, die Ablehnung jeder Abrüstung und Entspannung, mit vertritt. In dieser Hinsicht weiß sie sich der Unterstützung durch Franco absolut sicher. Außerdem aber verspricht sie sich von dem Eintritt des autoritären Spanien in die NATO eine weitere Stärkung der autoritären und sozial-konservativen Kräfte sowie des Klerikalismus in Westeuropa. Franco seinerseits witterte in dieser Hinsicht bereits Morgenluft, als General de Gaulle in Frankreich die Macht übernahm. Die Zusammenarbeit zwischen dem Frankreich de Gaulles und dem Spanien Francos ist denn auch bereits intensiv. Und auch sie beruht vor allem auf außenpolitischer Interessengemeinschaft und auf innenpolitischer Sympathie.

Der Besuch des spanischen Außenministers in Bonn galt aber nicht zuletzt auch wirtschaftspolitischen Besprechungen. Die wirtschaftliche Bilanz des Franco-Regimes ist nach zwei Jahrzehnten einer dirigistisch-monopolistischen Autarkie-Politik katastrophal. Die in einem gewissen Maße geförderte Industrialisierung des Landes hat dem Staate und den von ihm monopolisierten Großbanken und industriellen Großunternehmungen hohe Gewinne eingebracht, auf Kosten der breiten Massen, deren Lebensstandard heute noch immer unter dem Niveau von 1936 liegt, das schon für damalige europäische Verhältnisse beispiellos niedrig war. Bereits bis Ende 1957 war der Lebenshaltungskosten-Index von 100 im Jahre 1936 über 642 im Jahre 1955 auf 792 gestiegen, und diese Tendenz nach oben hält seither an. Die Inflation wuchert[7]). Das Verkehrswesen des Landes ist noch immer absolut unterentwickelt und zudem in verheerendem Zustand. Die riesige Armee aber verschlingt nach wie vor Millionen von Pesetas. Und diese Armee dient nicht in erster Linie dem Schutz des Landes gegen eine nicht existierende äußere Bedrohung, sondern dem Schutz des Systems vor Haß und Empörung des politisch unterdrückten, wirtschaftlich ausgebeuteten, geistig vom Klerus terrorisierten spanischen Volkes. Franco ist dem Gesetz treu geblieben, nach dem er 1936 angetreten. Die spanische Republik wurde damals durch den Militärputsch von rechts zerstört — nicht etwa weil der „internationale Bolschewismus" Spanien bedroht hätte, sondern weil die bei den Parlamentswahlen siegreiche republikanische Linke (Sozialisten und Anarchisten waren damals weit stärker als die Kommunisten) auf Grund ihres demokratischen Mandates begann, ein Programm struktureller wirtschaftlicher und sozialer Reformen zugunsten der sozialen Emanzipation des Bauern- und Industrieproletariats durchzuführen. Franco war der Führer der Kräfte, die sich diesen Reformen widersetzten, das heißt einer Koalition von Falange, Feudalen, Klerus und einem Teil der Armee. Das autoritäre Regime in Spanien erfüllt seit Ende des Bürgerkrieges nur eine einzige Aufgabe: die Aufrechterhaltung des traditionellen feudalistisch-klerikalen und des neugeschaffenen teils staats-, teils privatkapitalistischen Privilegien-Systems um jeden Preis. An diesem System krankt Spanien seit Jahrzehnten. Denn durch die von ihm Begünstig-

[7]) In einer umfassenden Analyse der wirtschaftlichen Situation Spaniens in der Neuen Zürcher Zeitung vom 21. November 1959 heißt es dazu: „Merkwürdigerweise ist diese verhängnisvolle Entwicklung durch die amerikanische Hilfe, die auf Grund des im September 1953 zustandegekommenen Abkommens einsetzte und dank der Spanien bisher insgesamt über 1,1 Milliarden Dollar beziehen konnte, noch gefördert worden, da der dadurch in Aussicht gestellte Dollarstrom bei den Leitern der spanischen Wirtschaftspolitik jede Rücksicht auf die Begrenztheit der verfügbaren Mittel behoben und somit der Inflation einen neuen und überaus starken Auftrieb gegeben hat."

ten wird die geistige, soziale und politische Emanzipation des spanischen Volkes ebenso wie die planmäßige wirtschaftliche Erschließung des Landes heute wie gestern gewaltsam gehemmt. Völlig ungelöst, wirtschafts- und sozialpolitisch, ist nach wie vor die Agrarfrage, eines der Grundprobleme Spaniens. Das Franco-System schützt den ungeheuren Agrar-Feudalismus, der, wirtschaftlich völlig unproduktiv, ein Millionenheer von proletarisierten Kleinbauern und Landarbeitern geschaffen hat. Not und Elend der spanischen Landbevölkerung spotten jeder Beschreibung[8]). Nur eine strukturelle Reform der Eigentums- und der Bewirtschaftungs-Verhältnisse könnte diese Zustände (vergleichbar nur denen in Süditalien und Sizilien), ändern, aber gerade eine solche zu verhindern war und ist das Ziel des Systems. Eine freie Gewerkschaftsbewegung existiert in Spanien nicht. Um so größer aber ist von Jahr zu Jahr die Unzufriedenheit und Empörung der Arbeiterschaft geworden, wie die zahlreichen großen Streikbewegungen in den großen Industriezentren des Landes zeigen. Und diese Entwicklung hat je länger desto mehr auch zu einem Abfall eines Teiles der früheren Anhängerschaft Francos, zum Zerfall der Bürgerkriegs-Koalition geführt. Der spanische Diktator hat sich heute nicht allein der Unruhe unter den breiten Massen und einer noch immer sehr aktiven republikanischen Exil-Opposition, sondern auch einer wachsenden Gegnerschaft im eigenen Lager zu erwehren. Ein Teil des Klerus und der Konservativen fürchtet, daß die absolute Unterdrückung der politischen und sozialen Freiheit des spanischen Volkes eines Tages in einen revolutionären Radikalismus umschlägt, der das gesamte Privilegiensystem hinwegfegen würde, das auch sie aufrecht zu erhalten wünschen, ohne heute noch die Mittel, deren sich Franco zu diesem Zwecke bedient, für opportun zu halten.

In dieser Situation entschloß sich Franco zu einem radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, zu einer innenpolitisch motivierten Flucht nach vorn — zur Rettung seines Regimes mit ausländischer Hilfe. Im Juli dieses Jahres dekretierte die spanische Regierung ein neues Gesetz über die Beteiligung ausländischen Kapitals an spanischen Unternehmungen. Die bis dahin auf 25 Prozent festgesetzte Maximalquote wurde nunmehr auf 50 Prozent erhöht. Gleichzeitig trat Spanien in die OEEC ein. Das Regime versucht jetzt, ausländisches Kapital für Investitionen zu gewinnen, die einen gewissen Pseudo-Wohlstand schaffen, die absolute Unzufriedenheit des Volkes mildern und das System der sozialen Ungerechtigkeit und politischen Ungerechtigkeit noch einmal stabilisieren sollen. Das heißt aber, es zieht heute den Ausverkauf Spaniens, vor allem dessen ständig zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA, den grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen vor, die allein das spanische Volk zu wirtschaftlicher Selbständigkeit und politischer Freiheit führen können. Und nicht zuletzt versucht Franco auf diese Weise auch politisch dieses ausländische Kapital an sich, an sein eigenes Regime zu binden, indem

---

[8]) Über die Agrarfrage berichtete der schon zitierte Artikel der NZZ: „Obwohl in der Landwirtschaft nahezu die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung beschäftigt wird, ist sie mit nur einem Viertel am Sozialprodukt beteiligt ... Die landwirtschaftliche Produktion hat sich seit 1931—35 indexmäßig nur um 6 bis 8 Prozent erhöht, obwohl die Bevölkerung in dieser Zeitspanne um gut 25 Prozent gewachsen ist. Die Folge davon ist, daß in diesem Zeitraum die Agrarproduktion pro Einwohner um etwa 15 Prozent gesunken ist ... Die Verhältnisse in der Landwirtschaft haben sich seit 1930 insofern verschlechtert, als die Zahl der Berufstätigen in diesem Wirtschaftszweig um nahezu eine Milion auf etwa 4,8 Mill. gestiegen ist, während die Erzeugung nur unwesentlich zunahm. Man wird daraus zu schließen haben, daß die Agrarbevölkerung unter einer strukturellen Unterbeschäftigung zu leiden hat."

er ihm eine außerordentliche Gewinnchance gibt — auf Kosten des spanischen Volkes. Von irgendeiner Änderung auch nur des politischen Systems kann nicht die Rede sein. Die Selbsterhaltung des Regimes allein ist das Ziel.

Es gibt heute in Spanien weder politische noch geistige Freiheit, wohl aber ein ungeheures System von Privilegien und himmelschreiender sozialer Ungerechtigkeit. Armut, Elend, Unfreiheit, ein die geistigen Kräfte des Volkes an ihrer freien Entfaltung hinderndes und völlig unterentwickeltes, von der Kirche beherrschtes Bildungswesen, eine so unproduktive wie korrupte Bürokratie, ein riesiger Polizeiapparat und eine noch größere Armee bestimmen das Bild dieses Landes. Das Franco-System ist mit dieser Wirklichkeit identisch. Es heute, sei es politisch, sei es wirtschaftlich stabilisieren helfen, heißt faktisch die furchtbare Misere des spanischen Volkes stabilisieren, in einem Augenblick, da das Regime mehr denn je wankt, freiheitliche und fortschrittliche Kräfte sich immer stärker regen. Franko klammert sich darum gerade jetzt an die NATO und an das ausländische Kapital. Bonn aber klammert sich, aus außenpolitischen und aus ideologischen Gründen, ganz offen an Franco, an das System der Unterdrückung und Ausbeutung Spaniens. Und dies alles im Namen der „Freiheit" und des „christlichen Abendlandes" . . .

Kurz vor Redaktionsschluß übersandte uns der Verfasser noch folgenden Anhang. D. Red.

Aus: Akten zur Deutschen auswärtigen Politik 1918—45, Serie D (1937—45), Band III, Deutschland und der Spanische Bürgerkrieg 1936—39. Baden-Baden 1951.

1. Der deutsche Gesandtschaftsrat Schwendemann, Madrid, an das Auswärtige Amt 25. Juli 1936 (kurz nach Eröffnung des Bürgerkrieges durch Franco. A. v. B.):

„. . . Das im Vortelegramm gekennzeichnete geistig-moralische und propagandistische Kräfteverhältnis der Gegner hat sich ebenfalls zugunsten (der republikanischen) Regierung entwickelt. Diese verfügt über ein die breiten Volksmassen fesselndes Programm. Verteidigung Republik, Freiheit, Fortschritt, Abwehr politischer und sozialer Reaktion. . . Ihre Gegner (Franco etc.) sind Generale, die weder diese Künste (der Propaganda) verstehen, noch ein klares und zugkräftiges Programm besitzen, außer etwa der Losung der Bekämpfung des Kommunismus. Dieses propagandistische Kräfteverhältnis wirkt sich auch militärisch aus. Die roten Milizen sind von einem fanatischen Kampfgeist erfüllt und schlagen sich mit außerordentlicher Bravour, bei entsprechenden Verlusten. Diese sind jedoch aus den Volksmassen leicht zu ersetzen, während Aufständischen, die nur über Kontingente ihrer Truppenteile verfügen, solche Reserven im allgemeinen fehlen . . ." (S. 13)

2. Aus einem Bericht des Admirals Raeder über die Lage in Spanien Mitte August 1936:

„. . . Auf seiten der Militärgruppe kämpfen verschiedene politische Parteien mit verschiedenen politischen Zielen. Darunter auch Parteien, z. B. Klerikale, Monarchisten usw., die keineswegs als Faschisten angesprochen werden können.

Da Militärgruppe infolgedessen in militärischen Machtmitteln begrenzt ist, zumal der größte Teil der Flugstreitkräfte und der Seestreitkräfte auf seiten der Regierung kämpft, ist nicht damit zu rechnen, daß die Regierung Franco sich ohne großzügige Unterstützung von außen selbst nach äußeren Erfolgen auf die Dauer halten kann.

Die zur Zeit noch offiziell anerkannte Madrider Regierung setzt sich politisch nicht nur aus den radikal linksstehenden Parteien, sondern auch aus den Kreisen des liberalen Bürgertums und aus den Gegnern der Parteien, die zur Zeit auf

Seiten Francos kämpfen, zum Beispiel den Anti-Klerikalen und den Anti-Monarchisten zusammen. Auf Seiten der Regierung kämpfen ferner die an sich durchaus nicht kommunistisch eingestellten Separatisten Spaniens, z. B. die Katalanen und die Basken. Zweifellos hat zur Zeit der kommunistische und radikale Flügel das Übergewicht innerhalb der Regierungsfront erhalten. Auf der anderen Seite ist es aber z. Zt. jedenfalls noch nicht gesagt, daß die Regierung als solche als kommunistisch angesprochen werden kann. . ." (45).

3. Botschaftsrat Völckers, Alicante, an Gesandten Woermann, Auswärtiges Amt, 23. September 1936:

„. . . Die gewaltige Kraftanstrengung, die die Regierung trotz mancher Krisen durch Aufstellung eines freiwilligen Volksheeres mit Hilfe der gut organisierten Gewerkschaften fertig gebracht hat, verdient jede Anerkennung und zeigt gleichzeitig, wie ungeheuer groß das soziale Problem ist, das, durch jahrhundertealte Sünden seitens Landadel und Kirche aufgestaut, jetzt zur Entscheidung drängt. Die Regelung der sozialen Frage in Spanien müßte der wichtigste Programmpunkt einer weißen Regierung sein, wenn im Falle des Sieges Francos etwas wirklich Dauerndes aufgebaut werden soll. . ." (81)

4. Der deutsche Gesandte in Lissabon über die Mission des deutschen Gesandtschaftsrates du Moulin bei Franco. Bericht an das Auswärtige Amt, 8. Oktober 1936:

„. . . General Franco ausdrückte tiefempfundenen Dank Geste Führers und vollständige Bewunderung für ihn und neues Deutschland. Aussprach Hoffnung, seine Fahne baldigst neben Fahne Zivilisation hissen zu können, die Führer aufgepflanzt. Auftrag Dank für wertvolle bisher geleistete moralische und materielle Hilfe. . . " (89)

Dr. Ernst Schwarz

„Die Sowjetunion ist schuld"

Zur außenpolitischen Debatte im Bundestag am 6. November

Die außenpolitische Debatte im Bundestag am 6. 11. 1959 war wieder ein Beispiel deutscher Gründlichkeit und Kümmelspalterei, aber auch deutscher Starrsinnigkeit und Zielblindheit. Die Regierung sah sich jetzt, da der kalte Krieg seinem Ende zuneigt, in einer ähnlichen Lage wie Hitler, als sein Krieg zu Ende ging — sie hofft in stiller Verbissenheit auf ein Wunder, sie hofft, daß die unter dem Zwang der Entwicklung gegebenen Erklärungen Eisenhowers oder de Gaulles sich eines Tages als bloße Redensarten erweisen könnten; der Realitäten entschlägt sie sich wie Hitler. Einstweilen kaut man also weiterhin das Stroh der alten Argumente wider und tut so, als könnte schon ein lautes Wort der geheimnisvollen Konzeption des Kanzlers schaden. Zutreffen mag allerdings, daß jetzt ein Hauch das Kartenhaus dieser Politik umwerfen kann.

Ein Schweizer Blatt hat geschrieben, Herr v. Brentano habe die Regierungserklärung mit dem Elan einer Blindschleiche vorgetragen. Vielleicht kann man sagen, daß das Verhalten der Regierung und ihrer Anhänger überhaupt etwas Schlangenhaftes hatte. Es war ein enges Geringel um die kluge alte Schlange in der Mitte, die regungslos dalag. Geduldig wie Schlangen auf die Beute warten,

so warten sie auf die große Wende, die ihre Politik rechtfertigen soll, nicht wissend oder sich verschweigend, daß die Prärie schon brennt.

Einen Teil der SPD widerte es an, vergeblich Schlangen zu beschwören, und so stimmten sie mit für den Abschluß der Debatte, statt doch noch den Brand unter den Gegner zu schleudern. Daß man immer noch an ihrem Deutschlandplan herumnörgelte, machte sie rebellisch und lenkte sie mit Erfolg vom eigentlichen Kernpunkt ab.

Es ging ja im wesentlichen nicht darum, daß der Bundeskanzler mehr oder weniger gewundene Erklärungen zu den Briefen von Eisenhower, Chrustschow oder de Gaulle hätte abgeben sollen. Es liegt bei dem Verhalten des Kanzlers auf der Hand, daß das Dinge sein müssen, die ihm nicht ins Konzept passen. Die Spatzen pfeifen doch von den Dächern, worum die Diplomatie einstweilen noch Eiertänze aufführt. Da der Bundeskanzler sich so zurückhielt, hätte die Opposition den Spieß umdrehen und mal ganz radikal, wenn auch nur hypothetisch, die Schlüsse aus der Lage ziehen können, so wie sie die große internationale Presse ohnehin darstellt; falls sie etwa die Lage falsch interpretiert habe, möge es der Herr Bundeskanzler berichtigen. Dann wären sicherlich nicht sie zuletzt die Dummen gewesen. Der Bundestag war aber am 6. 11. vor allem ein Forum dafür, um — ganz gleich, was in den erwähnten Briefen gestanden haben mag oder was der Bundeskanzler zugegeben oder umgangen hätte — zu einem Zeitpunkt, da wesentliche Schritte in der internationalen Entspannung gemacht worden sind, vor den Deutschen und vor aller Welt eine in den Zwangsläufigkeiten eines destruktiven und unfruchtbaren Machtdenkens erstarrte Politik an einem Knoten, wo er am gefährlichsten geschürzt ist, noch gründlicher zu entlarven und stattdessen eine konstruktive Politik aus einem noch unverfälschten Friedensbegriff zu entwickeln und zu fordern. Die Opposition hat wohl in zwei ausgezeichneten Referaten (von Erler und Schmidt-Hamburg) die Vorzüge eines militärischen Auseinanderrückens dargelegt, aber es ging hier weniger um ein so minutiöses Argumentieren, als darum, den Gegner, der dafür ohnehin nur ein schlechter Zuhörer war, ganz gehörig aufzuscheuchen (Dr. Mende kam dem einigermaßen nahe). Es fehlte das Pathos einer Leidenschaft zur Entspannung, diktiert geradezu durch die Lage in der Welt und in Deutschland im besonderen. Es geht heute schon nicht mehr um Gründe und Gegengründe, die doch ins Leere fallen, sondern um elementare Gesinnungsfragen jenseits von Ideologien und nationalen Grenzen.

Die großen, „realistisch" denkenden Politiker hohnlächeln zwar über die kleinen naiven Geister, die einer Verbindung zwischen Politik und Moral das Wort reden, und das mag für die zurückliegende Zeit gewiß nicht unberechtigt sein. Aber es sind — für die großen Politiker mit ihren „anachronistischen Gehirnen" (Wright Mills) offenbar noch nicht sichtbar — zwei entscheidende Veränderungen durch die Technik in der Welt eingetreten, welche die bisherige engstirnige Politikasterei unmöglich machen: die Bildung einer wirklichen Weltöffentlichkeit mit einem wenn auch noch etwas zaghaften Weltgewissen und die Entwicklung von „totalen" Waffen, welche eine ebenfalls totale, weltweite Verantwortung erzwingen.

Wieder einmal zeigte sich, daß außenpolitisch der Bewegungsraum für die Opposition von vorneweg zu eng ist, weil jede oppositionelle These naturnotwendig an die russische These herankommen muß und man damit der SPD östlichen Zungenschlag nachsagen kann. Nur wenn sie diese ihre Zwangslage mit einer überzeugenden und mutigen Darlegung dieses Zusammenhanges durchbrechen würde, könnte sie sich aus den Daumenschrauben ihrer Gegner befreien. Es ginge dann darum, zu zeigen, daß jeder außenpolitische Schritt der Bundes-

republik allein nach Westen uns notwendig vom östlichen Deutschland entfernen muß. Wir können deshalb, wenn überhaupt eine Chance für die deutsche Einheit ernsthaft wahrgenommen werden soll, nur jeweils einen Schritt nach Westen und nach Osten tun. Die Bundesregierung möchte wohl das östliche Deutschland aus den Händen der Sowjets entgegennehmen, aber diese Hände sind ihr zu schmutzig für einen Handschlag. Der alte Widersinn: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.

Die Bundesregierung verlautbart: Die Sowjetunion ist schuld daran, daß wir in bezug auf die Wiedervereinigung nichts erreichen konnten — eine allzubillige Behauptung. Die Bundesregierung und ihre Anhänger scheinen sich der zweiten „sophistischen Maxime" — si fecisti, nega — zu bedienen, die Kant in seiner großartigen Schrift „Zum ewigen Frieden" erwähnt. Es ist richtig: die Russen wollen nicht — aber, so müssen wir billigerweise sofort fragen — warum wollen sie nicht? Haben nicht wir selbst einiges dazu getan? Waren und sind wir bereit, den Preis für die Wiedervereinigung zu zahlen, so wie wir ja auch den Preis zahlen für die Sicherheit, die uns geboten wird? Der Sinn einer Politik der Stärke konnte doch nur sein, daß nicht wir die Zahlenden sind, sondern daß wir die Russen unter Druck setzen und von ihnen kassieren, was wir zu beanspruchen ein Recht haben. Heute müßte nun endgültig klar sein, daß das nicht anschlug, daß aber auch die an die Russen gerichtete Forderung nach Selbstbestimmung (die auch in dieser Debatte von allen Seiten erhoben wurde) genau so wie die nach freien Wahlen (deren Verallgemeinerung sie darstellt) nur ein kraftloses Gerede ist und keine Politik. Es ist richtig, die Russen wollen aus leicht erkennbaren und verständlichen Gründen, und zwar einer Politik, deren Machtgrundsätze ja auch die unseren sind, die deutsche Einheit im westlichen Sinne nicht, aber selbst der Westen, voran die USA, will die Voraussetzungen dazu nicht, wie in geradezu verblüffender Weise aus den Erklärungen von General Gavin anläßlich des deutsch-amerikanischen Gesprächs (vom 1.—4. 10. 1959 in Bad Godesberg) hervorgeht, die Dr. Mende in der Debatte erwähnt hat. Nach den jüngsten Äußerungen de Gaulles und nach dem Besuch Selwin Lloyds in Paris muß man sogar feststellen, daß die Möglichkeiten für ein Disengagement, das die Zustimmung der Russen für die Wiedervereinigung finden könnte, ganz erheblich geschrumpft sind.

Die Bundesregierung unterschlägt, daß wir Züge auf dem Schachbrett der Weltpolitik getan haben, welche die Sowjetunion mit Gegenzügen beantwortet. Die Sprecher der Bundesregierung bzw. der Regierungsparteien nehmen den Mund voll mit antisowjetischen Phrasen, die wir von Hitler schon besser gehört haben, statt die Realität der Sowjetunion in der Weltpolitik und ganz besonders in Europa einmal genauestens in Rechnung zu stellen. Hätte man dies beizeiten getan, statt den eitlen Versuch zu machen, mit der temporären Stärke des Westens (auch eine Art Glaube an Wunderwaffen) die Ostzone herauszupauken, hätte man also echte Politik gemacht, statt im kalten Krieg Chancen zu wähnen und Verluste zu riskieren, dann hätte man wohl etwas erreichen können, dann wären wir zumindest frei von jeder Schuld der Unterlassung, dann hätten wir eben das Unsrige getan. Heute sich aber damit zu decken, daß man den Russen die ganze Schuld zuschiebt und die weltweite Auswirkung des eigenen Verhaltens für nichts achtet, das können nur Leute, die weder psychologisch, noch politisch, noch geschichtlich denken. Würden sie geschichtlich denken, dann würden sie vor allem die heutige Haltung der Russen nicht mit deren Haltung im Jahre 1952 gleichsetzen und dem, was damals vielleicht möglich gewesen ist. Nicht erprobte Chancen verfolgen den zum Handeln Verpflichteten genau so wie die Erynnien.

Sich heute aber vor die Nation hinzustellen und mit schrillen Freiheits- und Erfolgsproklamationen zuzudecken, was sich inzwischen gewandelt hat, mit Vorbedacht zu verbergen, was schäbig geworden ist, sich nicht einzugestehen, daß das Rad der Weltgeschichte sich gedreht hat, das beweist das Ausbleiben jeder Gewissenserforschung und das setzt jene arrogante Selbstsicherheit voraus, wie sie Deutschland schon öfter zum Verhängnis geworden ist. Die Opposition hätte dies mit viel größerer Schärfe herausstellen müssen.

Der verantwortliche Mann hat geschwiegen und es seinem Famulus, Herrn von Brentano, überlassen, eine nichtssagende Regierungserklärung in nichtssagender Weise vorzutragen. Dies kennzeichnet nicht nur ein erschreckendes politisches Vacuum, sondern auch eine einzigartige Geringschätzung der Opposition und damit eine Absage an die elementarsten Grundsätze der parlamentarischen Demokratie. Man fühlt sich an ein Gegenstück, an die Situation der SPD in der Reichstagssitzung zum Ermächtigungsgesetz erinnert; damals wurde sie von Hitler angedonnert, diesmal wurde sie angeschwiegen und damit richtig „ausgehungert". Der Kanzler hätte sprechen können, ohne etwas preiszugeben, was den Gang der Dinge nachteilig hätte beeinflussen können. Hätte er aber gesprochen, dann hätte es vielleicht der Offenbarungseid sein müssen, also das direkte oder indirekte Bekenntnis zum Bankerott seiner Politik. Man kann es nur als einen schlechten Witz empfinden, wenn der Bundeskanzler hinterher erklären läßt, er respektiere die Beschlüsse des Parlaments zu sehr, als daß er dem Abbruch der Debatte hätte widersprechen können. Es war doch der Wille des Parlamentes, über die außenpolitische Lage zu diskutieren, und sowohl das Parlament wie die gesamte Öffentlichkeit — für die der Bundeskanzler ja auch da ist — mußten erwarten, daß der verantwortliche Staatsmann das Wort ergreifen würde, und sei es nur, um zu sagen, daß er aus den und den Gründen nichts sagen könne. Warum hat der Bundeskanzler das Parlament und die Öffentlichkeit in bezug auf diese ganz selbstverständliche Erwartung nicht respektiert? Sich in Formalitäten flüchten und überhaupt nichts sagen, hinterher sich aber über den Abbruch der Debatte überrascht zeigen, das kann doch wohl nur jemand, der sich mit voller Absicht auf die Ohren gesetzt hat.

Auf der Tribüne des Bundestags befand sich auch Herr William Schlamm, dieser hitzigste kalte Krieger und große Schlangenbeschwörer. Tiefe Genugtuung dürfte er darüber empfunden haben, daß am Schluß der Debatte eine elegante Schlange hochschoß und heftig gegen den Osten zischte. Was dieser gar nicht blindschleichige Redner sagte, haben wir indessen von Adolf Hitler eher meisterlicher gehört, auch er gebrauchte solche Tiraden, um Deutschland zu einen und stark zu machen. Das ist nur einige zwanzig Jahre her, in denen wir immer noch nicht genug gelernt haben. Damals faszinierte Adolf Hitler, heute fasziniert William Schlamm — Rattenfänger damals, Schlangenbeschwörer heute; seine Gedanken finden in dem Schlamm, den die großen geistigen Überschwemmungskatastrophen der beiden Weltkriege hinterlassen haben, sichtlich einen recht guten Nährboden.

Gewiß, Hitler hatte recht, der Bundeskanzler und seine Anhänger haben recht, ja sogar Herr Schlamm hat recht, wenigstens in einem Sinn: der Osten ist ein Ärgernis und er hat fatalerweise dem Weltgeschehen seit vielen Jahren seinen Stempel mehr und mehr aufgedrückt. Aber in bezug auf die Methoden, sich mit dieser Weltmacht auseinanderzusetzen, sind sie alle auf dem Holzweg. Weder mit Gebrüll, noch mit Gezisch, noch mit geistreichen Phrasen, weder mit einer Politik der Stärke noch mit betonter diplomatischer Zurückhaltung und schlauem Abwarten ist da etwas zu machen, sondern nur mit der rein sachlichen Begren-

zung auf das Mögliche und mit einer realistischen Einschätzung der Möglichkeiten des Gegners.

Herr Schlamm hat — seltsame Parallele, denn auch Herr Hitler hat einen Vortrag vor den rheinischen Industriellen gehalten — vor dem Rhein-Ruhrklub gesprochen, wo er unter anderem sagte: „In den nächsten Wochen entscheidet sich alles, aber in den nächsten Wochen ist auch Karneval, und ich fürchte, daß die Deutschen sich für den Karneval entscheiden." Dazu bemerkte der Düsseldorfer „Mittag": „Wir Deutschen sollen (nach Herrn Schlamm) die Fehler einer unglücklichen Nachkriegspolitik, die zur Bolschewisierung Mittel- und Osteuropas führten, ungeschehen machen. Gegebenenfalls unter Einschluß eines Zusammenstoßes (das Wort „Krieg" vermeidet Herr Schlamm merkwürdigerweise ebenso wie Hitler — bis er ihn hatte). Es ist keinesfalls ein Zeichen von Pazifismus, wenn man sich gegenüber diesem ehrenvollen Antrag doch lieber für den Karneval entscheidet."

Ich glaube, daß, politisch gesehen, der Karneval mit seinen Verkleidungen schon vorüber ist und daß wir Asche auf unser Haupt streuen müssen. Die Politik mit der Stärke der anderen, die mehr oder weniger auch eine Unterwerfung unter die Interessen der anderen sein mußte, ist völlig gescheitert, ganz besonders, seitdem Frankreich härtere nationalistische Züge zeigt, was kein Besuch in Paris hinwegzaubern kann. Was bleibt? Eine „Politik der Schwäche", die Herr zu Guttenberg in der außenpolitischen Debatte „logischerweise" als Alternative zu sehen glaubte? Diese „Logik" ist grundfalsch. Das Gegenteil einer Politik der militärischen Stärke ist eine Politik der moralischen Stärke, eine Politik der Klugheit, eine selbständige deutsche Politik. Sie ist für den doppelt Unterlegenen — sowohl infolge Hitlers Krieg wie infolge Adenauers Politik — noch die einzige und letzte Chance, so eng auch der Spielraum dafür durch die jüngste Entwicklung, besonders durch die Haltung Frankreichs, geworden sein mag. Worin aber auch gerade heute wieder ihre Chancen liegen, wurde oben schon kurz angedeutet.

Wie überaus problematisch die Verbindung von Politik und Moral ist, hat niemand klarer gesehen als Kant. Kant hat aber auch den Satz geschrieben, der für die kommende außenpolitische Debatte wegweisend sein sollte: „Die wahre Politik kann also keinen Schritt tun, ohne vorher der Moral gehuldigt zu haben, und obzwar Politik für sich selbst eine schwere Kunst ist, so ist doch Vereinigung derselben mit der Moral gar keine Kunst; denn diese haut den Knoten entzwei, den jene nicht aufzulösen vermag, sobald beide einander widerstreiten."

Hans-Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz, Major a. D.

Aufrüstung statt Beitrag zur Abrüstung

Im Mai 1945 erschienen im besetzten westlichen Teil Deutschlands Plakate folgenden Inhalts:

„An das deutsche Volk! In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und Militarismus vernichten ... Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseitigen."

Derjenige, der dieses Plakat unterschrieben hatte, hieß General Eisenhower. Derselbe schrieb in der amerikanischen Zeitung für die deutsche Bevölkerung „Die neue Zeitung" am 18. Oktober 1945:

„... Neben dem Nationalsozialismus muß aber auch der Militarismus vernichtet werden. Die physische Entmilitarisierung Deutschlands wird erfolgreich durchgeführt, aber sie allein bietet keine Sicherheit, daß Deutschland in der Zukunft die Welt nicht wieder in einen Krieg zwingt. Militarismus muß aber aus der deutschen Gedankenwelt ausgerottet werden. Für alle Kulturvölker ist der Krieg an sich etwas Unmoralisches, die Deutschen aber müssen zu dieser selbstverständlichen Wahrheit erst erzogen werden. Auch hier muß das deutsche Volk die gefährlichen Keime seiner Philosophie selbst ausrotten."

Welch' ein Wandel

Dreizehn Jahre später antwortete der FDP-Vorsitzende Reinhold Maier dem Bundesverteidigungsminister Strauss auf eine seiner aggressiven Reden gegen den Osten in der Bundestagssitzung im März 1958:

„... dem Herrn Bundesverteidigungsminister würde ich kein Feldgeschütz anvertrauen; denn wer so spricht, wie der Herr Bundesverteidigungsminister, der schießt auch. Das war so gar nicht mehr die Rede eines Staatsmannes, sondern das war eine Rede von Krieg und war Kriegsgeschrei ...

Heute haben wir hier nicht den Verteidigungsminister einer eben in der Aufrüstung begriffenen Bundesrepublik gehört, sondern wir haben den Reichskriegsminister gehört. Und es ist die Rede gewesen von Größenwahn: das war nicht mehr die Sprache eines friedlichen Staatswesens, sondern das war die Sprache eines hochgerüsteten Militärstaates."

Keine Abrüstung

Diese Sprache, die man allgemein in der Welt als die des „deutschen Militarismus" bezeichnet, wird von der Bundesregierung auch immer dann in der Abrüstungsfrage geführt, wenn sie zu einer regionalen und schrittweisen Abrüstung nach wie vor ihre ablehnende Antwort erteilt. Der zitierte Größenwahn geht sogar so weit, zu erklären, die Bundesregierung wolle sich nur an einer weltweiten Abrüstung beteiligen, deren Bestimmungen sich dann auch alle anderen Staaten zu unterwerfen hätten. Als ob wir Deutschen nicht nach dem 2. Weltkrieg die Verpflichtung hätten, der Welt ein Beispiel zu geben in der Frage der Abrüstung und Entspannung — z. B. in Form eines Disengagement in Mitteleuropa —, statt vom hohen Roß herunter großspurig zu verkünden, der Sowjetunion könnte erst dann die Abrüstung gewährt werden, wenn sie ihre Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung nach westlichem Rezept gegeben habe, welches, unterschrieben vom Bundeskanzler, in den Pariser Verträgen Art. 7/2 folgendermaßen festgelegt ist:

„Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Bundesrepublik und die drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist."

Keine Wiedervereinigung

Kein realistisch denkender Mensch wird von der Sowjetregierung erwarten, daß sie danach den Anschluß der DDR an ein militärisches Westdeutschland und den Aufmarsch einer Armee an der polnischen Grenze billigt, deren Führung von

der „Neuordnung Europas", von dem „Todfeind" Rußland und dem „Ausradieren" der Sowjetunion spricht. So sind wir in den letzten 10 Jahren, seit Bestehen der Bundesrepublik, in der Frage der deutschen Wiedervereinigung und Abrüstung keinen Schritt weitergekommen. Während sich außerhalb Deutschlands die weltpolitische Lage langsam entspannt, Chrustschow unter dem donnernden Applaus der Vertreter von 81 Staaten in der UNO seine umfassenden Abrüstungsvorschläge vorträgt und eine Gipfelkonferenz vorbereitet wird, verharrt die Bundesregierung hartnäckig auf ihrem Standpunkt, erst „bis an die Zähne zu rüsten", um dann von dieser „Position der Stärke" aus mit der Sowjetunion zu verhandeln. Und so wird die Aufrüstung der Bundesrepublik auf allen Gebieten beschleunigt und vergrößert.

Personelle Aufrüstung

Seit dem 1. Januar 1957 ist die Bundeswehr von 68 500 Mann bis heute, nach den Angaben des US-Staatssekretärs Herter, auf 235 000 Mann angewachsen. Daneben gibt es neu ausgebildete Reserven in Höhe von 59 000 Mann. Schließlich wird eine Territorialarmee aufgebaut, die über 6 Wehrbereichskommandos und 60 Standortkommandanturen verfügt, um die 34 Atombrigaden der Bundeswehr im Kriegsfalle von jedem rückwärtigen Ballast zu befreien. Am 15. Juli 1959 wurde vom Bundeskabinett eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes beschlossen, wonach alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren auch ohne Jahrgangsaufruf erfaßt und gemustert werden können. Zwischen 15. August und 30. September 1959 wurden die Angehörigen des Geburtsjahrganges 1922 erfaßt und gemustert, um die Kriegserfahrung dieses Jahrganges vor allem für die Territorialarmee zu nutzen. Inzwischen ist die Musterung des Jahrganges 1939 angelaufen.

Reserven

Im Rahmen der personellen Aufrüstung gewinnen die Soldatenverbände immer mehr an Bedeutung. Ein Beispiel: Die Zeitschrift „Kyffhäuser", Organ des Kyffhäuserbundes, Nr. 6 v. Juni 1959 veröffentlicht einen Aufruf seines Vizepräsidenten Dr. Pean, in dem es heißt:

„Möglichst viele unserer jungen Mitglieder sollten sich zu Reserveübungen melden, sei es für Reserve-Offiziere, sei es für Reserve-Unteroffiziere. Das ist grundlegend und wichtig. Ich appelliere an alle Kameradschaften, daß sie darauf ihre hierzu geeigneten Mitglieder hinweisen ... Das wünscht die Bundeswehr von uns, das verlangt sie geradezu."

So schreitet denn die Ausbildung der Reserve-Offiziere und -Unteroffiziere rasch vorwärts. Wie die „Wehrpolitische Information" v. 21. 5. 59 mitteilt, verfügt die Armee bereits über 1974 Reserveleutnante und ROA. Am 1. 4. 59 wurden 5120 Abiturienten eingestellt, von denen im Oktober 3800 zu ROA ernannt sein dürften. Die „Gesellschaft für Wehrkunde" ist die Organisation, die sich der ideologischen und theoretisch-fachlichen Schulung der Reserveoffiziere außerdienstlich anzunehmen hat. Die Gründung eines Reserveoffizier-Verbandes ist in Vorbereitung. Die Zeitschrift „Die Wehrkunde" gibt seit April 1959 ein Beiblatt als „Mitteilungen für die Reserveoffiziere der Bundeswehr" heraus. Hier kann man lesen, daß das Amt für Territoriale Verteidigung in den Stäben und Einheiten seiner Organisation Reserveübungen durchführt und daß Interessenten mit Berufserfahrung in der Schiffsausrüstung, Spedition, Verkehrsbetriebsbranche und Erdölindustrie in logistischen Dienststellen bevorzugt werden und ihre Reserveübung beim logistischen Lehrbataillon Rengsdorf ableisten können.

Notdienstpflichtgesetz

Wie der Bundestagsabgeordnete der CDU, Höcherl, ankündigte und die „Welt" v. 4. 10. 59 bestätigte, soll noch vor Weihnachten vom Bundesinnenminister ein Notdienstpflichtgesetz dem Bundestag vorgelegt werden, nach dem die Dienstpflicht für den zivilen Bevölkerungsschutz eingeführt wird. In vorausschauender Planung soll das Schlüsselpersonal durch „Bereithaltungsbescheide" verpflichtet werden, im Kriege an seinem Arbeitsplatz zu bleiben. In der „Wehrkunde" schreibt Oberst a. D. v. Zitzewitz, daß die „Heimatfront" der Ausschöpfung aller zivilen Kräfte und Hilfsquellen für die Kriegführung im Rahmen der Nato zu dienen habe. So rechnet er mit 2½ Millionen Dienstpflichtigen bis zu 60 Jahre, wodurch die Heimat-„front" mit Totalmobilisierung bereits im Frieden in das Operationsgebiet einbezogen werden würde. „Die Anrechnung des Zivilschutzdienstes auf den Wehrdienst naht, und am Horizont steht die Bundesverteidigungspflicht", schreibt Zitzewitz und fordert schon heute, sicherlich im Einvernehmen mit Bonn, „Aufstellungsstäbe und 250 überörtliche Hilfsdienstbereitschaften in Stärke von 90 000 Mann erster Stufe, später sollen in 97 größeren Städten örtliche Hilfsdienste aufgestellt werden, die als „Armeen im Schatten" die Heimatfront bilden sollen." Da kann man nur fragen: Hat man eigentlich so schnell den internationalen Gerichtshof in Nürnberg vergessen, daß man heute schon wieder Pläne in der Öffentlichkeit schmieden kann, die der Genfer Konvention über die Kombattantenfrage glatt widersprechen?

Und wer noch nicht gemerkt haben sollte, worauf das ganze hinausläuft, wird durch folgenden Satz in der „Wehrkunde" gründlich aufgeklärt: „Die Bundesregierung könne bei ungenügenden zivilen Vorbereitungen den Machtfaktor ‚Bundeswehr' nicht in die politische Wagschale werfen." Damit hätten wir also den berüchtigten deutschen Militarismus reinsten Wassers wieder. In diesen Rahmen paßt es denn auch, wenn der Verteidigungsminister eine militärische Akademie einrichten will, an der nicht nur Offiziere, sondern auch Zivilbeamte, Wirtschaftler, Kaufleute und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens mit den militärischen Problemen vertraut gemacht werden sollen. „Denn", so schreibt das „Westdeutsche Tagblatt" v. 10. 10. 59, „die Verteidigung sei heute nicht mehr ausschließlich Sache des Militärs, sondern durchdringe die gesamte Sphäre des Volkes."

Materielle Aufrüstung

Schwerpunkte sind z. Zt. Schleswig-Holstein sowie die Eifel und Südwestfalen. An der schleswig-holsteinischen Ostseeküste zwischen Kiel und Flensburg sowie in der Eckernförder Bucht werden bis 1965 fünf Marinestützpunkte für 450 Millionen DM gebaut. Für den Ausbau der Hafenanlagen von Kiel sind 300 Millionen DM vorgesehen. Eckernförde wird zu einem Erprobungszentrum für Marinewaffen, Kiel erhält ein Arsenal, für das 80 Millionen DM veranschlagt sind. Neustadt wird das Ausbildungszentrum für U-Boote. Trotz aller Dementis ist damit zu rechnen, daß mindestens 8 Abschußbasen für Atomraketen im Ostseehinterland errichtet werden. Presseverlautbarungen ist zu entnehmen, daß das Kieler Innenministerium Evakuierungspläne für die Zivilbevölkerung ausgearbeitet hat. Den Zweck dieser ganzen Maßnahmen plaudert Fregattenkapitän G. Bildingmaier in der „Wehrkunde" Nr. 12, Dez. 1958, aus: ...„Es werden taktische und operative Landungen vorzusehen sein, und damit können wir den Gegner (gemeint ist DDR, Polen, Sowjetunion, d. Verf.) empfindlich in seiner Flanke, ja, sogar tief in seinem Rücken treffen." Nachdem in Dortmund, Gießen, Waldbröl und anderen Orten bereits Raketenbasen errichtet wurden, sind nunmehr die Kreise Siegen/Westf. und Schleiden/Eifel in das Raketenprogramm der Nato ein-

bezogen worden. Ferner werden in der Gemeinde Gemünd ein unterirdisches Waffen- und Versorgungslager der Luftwaffe mit 4000 Mann Personal, eine Zentralwerkstätte für die Luftwaffe in einem Kohlenstollen bei Mechernich, eine Munitionsfabrik bei Hellschlag und ein Munitionslager bei Ahrhütte errichtet. Der 12 000 ha große Truppenübungsplatz Vogelsang wird um 4500 ha vergrößert.

12 Raketenbataillone

Das Aufrüstungsprogramm sieht die Aufstellung von 9 Raketenbataillonen vor, die mit der amerikanischen Rakete „Hawk" ausgerüstet werden. 6 dieser Bataillone werden der Luftwaffe, 3 dem Heer zugeteilt. Die Kosten der Ausstattung für diese 9 Bataillone werden einschließlich der Fahrzeuge auf 7,24 Milliarden DM (!) veranschlagt.

Außer diesen „Hawk"-Bataillonen sollen noch 3 Bataillone mit „Nike"-Raketen aufgestellt werden, von denen 1/3 mit der Atom-Rakete „Nike-Herkules", 2/3 mit der konventionellen „Nike-Ajax"-Rakete ausgerüstet werden.

Es dürfte für den Steuerzahler nicht uninteressant sein, auch einmal etwas über die hohen Kosten der Raketenausrüstung zu erfahren. Die Boden-Luft Atomrakete „Nike-Herkules" kostet je Stück 378 000 DM, die Luft-Luft Rakete „Sidewinder" 12 600 DM und „Falcon" je nach Ausführung 37 800 bzw. 42 000 DM. Der Preis für eine Boden-Boden Rakete vom Typ „Honest-John" beträgt 42 000 DM, „Matador" 80 000 DM, „Corporal" 420 000 DM und „Redstone" 4,2 Millionen DM.

Man vergleiche damit den langwierigen Kampf der Kriegsopfer zweier Weltkriege um eine geringe Erhöhung ihrer Renten und erinnere sich, daß der Innenminister einen Zuschuß von 30 000 DM dem Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge für eine im Oktober geplante Reise zu den Kriegsgräbern in Nordafrika zur Unterstützung minderbemittelter Hinterbliebener abgelehnt hat! — Wie die amerikanische Soldatenzeitung „Stars and Stripes" mitteilt, verfügt die Bundeswehr z. Zt. über 3000 in Amerika ausgebildete ‚Raketenmänner', die ihrerseits in ihrem Heimatland andere Soldaten in der Bedienung von Raketenwaffen ausbilden. Damit würde die Bundesrepublik in Kürze eine „Spitzen-Militärmacht". Jede Division soll eine Raketeneinheit vom Typ „Honest-John" zugeteilt erhalten. Auch die Bewaffnung der Marineeinheiten mit Fernlenkwaffen ist vorgesehen. Aus diesem Grunde wünscht die Bundesregierung vom Ministerrat der WEU eine Aufhebung der in den Brüsseler Verträgen festgelegten Tonnagebegrenzung, um wegen der Raketenausrüstung größere Schiffe bauen zu können. Durch die WEU war erst kürzlich das Verbot für die Bundesrepublik, Raketen selbst zu bauen, zum Teil aufgehoben. So haben sich die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Beneluxländer in der „Société Européenne de Téléguidance" zu einem „strategischen Kernwaffenpool" zusammengeschlossen und vereinbart, zunächst die amerikanische Rakete „Hawk" in Europa selbst herzustellen.

Die „europäische Bombe"

Bonn erklärt, auf die Produktion von Kernwaffen verzichtet zu haben, aber die Ausrüstung der Bundeswehr mit Kernwaffen und deren Anwendung sei nicht ausdrücklich verboten worden. Lt. „Frankfurter Allg. Zeitung" v. 13. 4. 57 erklärte Minister Strauß bereits damals, „daß es keine gesetzlichen Beschränkungen für Forschungsarbeit zum Bau solcher Waffen oder ihrem Entwurf auf dem Reißbrett gäbe," und erwähnte auch die Möglichkeit, daß die Bundesrepublik im Einvernehmen mit der WEU einige Teile einer europäischen Atombombe produzieren könne, die von der WEU benutzt und ausgegeben werden könnte. Ferner hat die USA-Regierung im Abschnitt 144 B des neuen Atomenergiegesetzes die Vollmacht erhalten, ihren Alliierten geheime Informationen über die Wirkung, den

technischen Einsatz und die dabei angewandten Erfahrungen und Methoden zugänglich zu machen. Die Frankfurter Zeitschrift „Die Gegenwart" schreibt, daß Minister Strauß französischen Journalisten erklärt habe, er halte es nicht für unmöglich, die Atomwaffenproduktion in Form einer Arbeitsteilung zwischen allen westeuropäischen Staaten zu betreiben, denn eine derartige Zusammenarbeit diskriminiere keinen der Vertragspartner, vor allem aber lasse sie sich mit dem Produktionsverbot in der Bundesrepublik vereinbaren. Das Parlament der Westeuropäischen Union wird auf seiner Sitzung vom 30. November bis 3. Dezember in Paris beantragen, daß die Bundeswehr „künftig gewisse Waffen haben soll, die sie bisher nicht haben durfte." Damit ist der Weg für eine „europäische Atombombe" — auch im Besitze der Bundeswehr — klar erkenntlich und nur für Uneingeweihte konnte es verwunderlich klingen, daß der militärpolitische Mitarbeiter der „Frankfurter Allg. Zeitung", Major a. D. Adelbert Weinstein, auf dem ersten deutsch-amerikanischen Gespräch in Bad Godesberg im Oktober d. Jhrs. strategische Atomwaffen für die Bundeswehr forderte.

Einschaltung westdeutscher Industrie

Bei der Belieferung konventioneller Waffen will die Bundesregierung durch Einschaltung der westdeutschen Industrie, unter dem Deckmantel gemeinsamer europäischer Rüstungsanstrengungen, möglichst von Amerika unabhängig werden. Nach dem Amerika-Besuch des Ministers Strauß haben sich daraufhin sofort eine Reihe größerer amerikanischer Rüstungsproduzenten entschlossen, durch Kontrakte, Aktienkäufe sowie Finanz- und Ausrüstungshilfe in die wiederaufblühende Rüstungsindustrie der Bundesrepublik einzusteigen. So haben die Flugzeugwerke „Lockheed" enge Beziehungen zu Heinkel-Messerschmitt aufgenommen. General Electric steht in Kontakt mit BMW, deren Aktien gleichzeitig von der American Motors aufgekauft sind, da beide Firmen Armeematerial herstellen. Amerikanische Hubschrauberproduzenten stehen in Verbindung mit der Firma Dornier. Die AG Weser, deren Kapital zu 43 vH bereits den Amerikanern gehört, unterhält Kontakte zu der United Aircraft. Ferner haben sich zur Zusammenarbeit entschlossen: Continental Motors mit den Klöckner-Humboldt-Deutz-Werken zur gemeinsamen Produktion eines Motors für Panzer und andere Fahrzeuge, Studebaker-Packard mit Daimler-Benz zur gemeinsamen Produktion eines Motors für einen leichten „Europa"-Panzer, Bell Aircraft mit den Kasseler Henschelwerken zur gemeinsamen Produktion von Rüstungsmaterialien.

Großaufträge für den Siemenskonzern sehen die Herstellung von Funkanlagen und Nachrichtengeräten vor, wobei es sich u. a. um UKW-Fahrzeuggeräte, Funksprechgeräte für Panzer, Spezial-U-Boot-Anlagen sowie funktechnische Ausrüstungen für Kriegsschiffe handelt. Auf den Produktionslisten des Elektrokonzerns AEG stehen Flakfeuerleitgeräte vom Typ „Fledermaus", Vielkanalgeräte für die Luftwaffe, Nachtsichtgeräte vom Typ „Uhu" sowie Schiffsradargeräte.

Die Luftwaffe erhält 300 Überschalljäger vom Typ „Starfighter" F-104 und 200 leichte Schlachtflugzeuge vom Typ „Fiat" G-91, von denen 200 „Starfighter" und 150 „Fiat" in Lizenz von der Flugzeuggruppe Süd nachgebaut werden.

Die in den USA gekaufte „Starfighter" kostet 5 Millionen und die in Italien erworbene „Fiat" 1 Million pro Stück.

Abrüstung bietet Sicherheit

Das sind im Großen gesehen die Aufrüstungsmaßnahmen der letzten Zeit. Während also hier die Militärpolitik der Bundesregierung stur auf dem alteingefahrenen, aber toten Geleis der „Politik der Stärke" fortfährt, um innerhalb des westlichen Bündnissystems eine Position zu erringen, die es der Bundesregierung

ermöglichen soll, andere Staaten zur Verwirklichung ihrer eigenen Pläne und Bestrebungen einzuspannen, ist die Außenpolitik der Bundesregierung langsam und unmerklich von dem bisher hartnäckig verfochtenen Junktim zwischen Abrüstung und Wiedervereinigung abgegangen. Man hat nun endlich auch in Regierungskreisen erkannt, daß man damit in einer Sackgasse gelandet ist. Jetzt möchte man deshalb auf der kommenden Gipfelkonferenz am liebsten nur die Abrüstung allein behandelt sehen und die Deutsche und Berlin-Frage ausklammern. Denn, so argumentiert man plötzlich mit den seit Jahren gültigen Thesen der Opposition, in einer Atmosphäre der Abrüstung und Entspannung läßt sich die Wiedervereinigung besser bewerkstelligen.

Aber das ist noch nicht genug. Vor allem gehört dazu die Erkenntnis, daß das Wettrüsten — ganz besonders im nuklearen Zeitalter — keine Sicherheit bietet, dagegen Abrüstung ein Teil der Sicherheit ist. Nicht Bombenflugzeuge, Unterseeboote und Massenvernichtungsmittel geben dem Territorium der Bundesrepublik Schutz, sondern erst die Schaffung einer atom- und raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, zu der ganz Deutschland gehören würde, gäbe eine effektive Sicherheit vor einem Atomkrieg.

Angesichts der umwälzenden Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion ist es an der Zeit, daß die beiden deutschen provisorischen Teilstaaten eine Aussprache über gemeinsame Schritte im Hinblick auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit und in Verbindung mit der Abrüstung führen. Das wäre von größter nationaler und europäischer Bedeutung. Die Gegenseite hat ihre Vorschläge gemacht. Jetzt hat Bonn das Wort!

Prof. Gerhard Gollwitzer

Soll die Vergangenheit nicht bewältigt werden?

Wenn ein Mensch bemerkt, daß er einen falschen Weg eingeschlagen hat, dann wird er vielleicht zuerst versuchen, auf einem Umweg doch ans Ziel zu kommen. Erweist sich diese Hoffnung aber als trügerisch, dann wird er eben doch umkehren und den besseren Weg suchen. Man sollte meinen, für uns Deutsche habe 1945 unüberhörbar die Stunde für eine solche Umkehr geschlagen, aber in den letzten Jahren wurde der staunende Zeitgenosse, der staunende deutsche Mitbürger und wohl noch mehr der zuschauende Ausländer, eines anderen, leider nicht besseren belehrt:

Staunend las er vor einiger Zeit, daß der Bundestag, der soviele wichtige Gesetze nicht einmal in Angriff genommen, geschweige denn verabschiedet hatte, der sich 18 Monate lang nicht mit der Außenpolitik und der Wiedervereinigung beschäftigt hat, daß dieser Bundestag Zeit hatte, sich eingehend der Frage des Tragens der im Hitlerkrieg erworbenen Orden zu widmen und daß er dann das Tragen dieser Zeichen aus einer unbewältigten Vergangenheit erlaubte. Ebenso staunend las er nun den Bericht vom Treffen der Ritterkreuzträger. Diesmal ging es noch einen Schritt weiter auf dem ausgetretenen, blutbefleckten Weg: der Bundesverteidigungsminister erlaubte das Tragen dieses Zeichens in seiner ursprünglichen Form, also mit dem Symbol der — wir glaubten bisher: endlich zu bewältigenden — Vergangenheit, dem Hakenkreuz. „Stolz weht die Fahne

Schwarz-weiß-rot" in dem dafür zur Verfügung gestellten christlichen Jugendheim, während ein Musikzug der Bundeswehr die akustische Untermalung lieferte. Die „Stuttgarter Zeitung" vom 26. Oktober 1959 berichtet darüber:

„250 Ritterkreuzträger in Zivil und in Uniform der Bundeswehr haben am Samstag in Regensburg hinter verschlossenen Türen von den westdeutschen Justizbehörden verlangt, alle Strafverfahren gegen Soldaten des zweiten Weltkrieges einzustellen und keine neuen Prozesse einzuleiten. Den Beschluß, der im Wortlaut nicht veröffentlicht und der auch nicht dem Bundesjustizministerium übermittelt wurde, begründete Dr. Bruns vom Vorstand der Ritterkreuzträger in einer Pressekonferenz so: „Unsere Gerichte sind bei der Urteilsfindung in solchen Verfahren 15 Jahre nach dem Krieg einfach überfordert." Vor einigen Tagen ist von der Zentralen Ermittlungsstelle in Ludwigsburg die Einleitung neuer Verfahren gegen Mitglieder der SS-Einsatzgruppen und Konzentrationslagerwachen wegen Massenverbrechen in der Nazi-Zeit mitgeteilt worden.

Unter den Teilnehmern des bisher größten Nachkriegstreffens befanden sich mehrere frühere Offiziere der Wehrmacht und der Waffen-SS, die nach 1945 als Angeklagte vor Gericht gestanden waren. Der weitaus prominenteste Teilnehmer des Kongresses war der ehemalige SS-Oberstgruppenführer und General der Waffen-SS, Sepp Dietrich. Der frühere Leibwächter Hitlers trug stolz sein Ritterkreuz mit Brillanten zu einer schwarzgrauen Fliege am Kragen seines Smokinghemdes. Die Pressevertreter wurden gebeten, die SS-Dienstgrade der Tagungsteilnehmer nicht zu nennen. Gleichzeitig versicherten die Sprecher der Organisation, daß „unehrenhafte" Besitzer des Ritterkreuzes bereits ausgeschlossen worden seien. Dr. Bruns sagte: „In unseren Reihen haben wir Teilnehmer an der Revolte vom 20. Juli 1944 und auch Offiziere, die damals diesen Aufstand niederschlugen."

Ein eineinhalb Meter hohes Ritterkreuz schwebte an einem zehn Meter langen schwarz-weiß-roten Bande über der Bühne des Regensburger Kolpinghauses, als am Samstagabend ein Musikzug der Bundeswehr mit Militärmärschen zum Kameradschaftsabend aufspielte. Die Farben Schwarz-Weiß-Rot waren neben der bayerischen Fahne und der schwarz-rot-goldenen Bundesflagge aufgezogen. Zum erstenmal hatte für dieses Wochenende der Bundesverteidigungsminister den Soldaten der Bundeswehr freigestellt, das Ritterkreuz zur Uniform zu tragen. Man sah es aber nicht nur an den Kragen mehrerer Dutzend Uniformhemden, sondern auch zu allen möglichen Zivilanzügen vom Bauernjanker bis zum Abendanzug, mit und ohne Schwerter und Brillanten.

Minister Strauß selbst hatte sich wegen Arbeitsüberlastung entschuldigen lassen. In seinem Auftrag begrüßte der Befehlshaber im Wehrbereich VI, General Reichelt, die Versammlung. Offizielle Grüße des Generalinspekteurs der Bundeswehr, General Heusinger, und des Nato-Oberbefehlshabers Mitte, General Dr. Speidel, überbrachte der Kommandierende General des 2. Armeekorps, General Pemsel. Als Mitglied der Ritterkreuzträgergemeinschaft feierte er mit erheblichem Pathos die „Grundtugenden ritterlichen Soldatentums" und kritisierte gleichzeitig politische Kräfte in Westdeutschland, die „dieses Soldatentum verneinen und verächtlich machen".

Ein Sprecher des Gesamtverbandes der Heimkehrer machte eine noch tiefere Verbeugung vor den dekorierten Männern im Saal, die er „ein Gegengewicht gegen die Vermassungs- und Verflachungstendenzen unserer Zeit" nannte.

Der älteste Offizier des Treffens war der über neunzigjährige österreichische Erzherzog Joseph, der als k. und k. Feldmarschall des ersten Weltkrieges den deutschen Orden „Pour le mérite" erhielt. Etwa fünfzig Generäle des

zweiten Weltkrieges waren in Uniform oder Zivil mit ihren Ritterkreuzen erschienen. Besonders lebhaft akklamierte der Kongreß sieben österreichische Ritterkreuzträger als Ehrengäste.

Zum Gedenken an Generalfeldmarschall Rommel und die gefallenen Ritterkreuzträger erhob sich die Versammlung von den Plätzen. Der Kyffhäuser-Bund, die bayerischen Ritter des Max-Josefs-Ordens und die Inhaber der bayerischen Tapferkeitsmedaillen hatten wie andere Traditionsverbände Abordnungen entsandt. Demonstrativer Beifall rauschte auf, und man hörte Bravorufe, als der Schweizer Oberstkorpskommandant Frick als Festredner ausführte: „Kriegsdienstverweigerer, die selbst eine Einberufung zum Sanitätsdienst ablehnen, bekommen bei uns sechs Monate Gefängnis."

Die seit fünf Jahren bestehende Gemeinschaft der Ritterkreuzträger mit dem Sitz in Wiesbaden leitet seit 1958 der erste Eichenlaubträger des Heeres, der Kavalleriegeneral Niemack. Nach den Angaben des Vereinsvorstandes leben von den 7200 Ritterkreuzinhabern nur noch etwa 3500. Von ihnen gehören 1000 der Organisation an, deren Zweck mit den Worten umrissen wurde: „Wahrung der soldatischen Tugenden, aber auch der Tradition und Kameradschaft." Was die Vereinigung unter soldatischer Tradition versteht, ist von verschiedenen Sprechern so formuliert worden: „Unsere vornehmste Aufgabe im Krieg war es, für unser Vaterland und unsere Kameraden unsere Pflicht zu tun. Dabei soll es bleiben. Es gibt Soldaten mit und ohne Uniform. Der Geist hat sich nicht geändert, nur die äußere Form. Wir stehen dem Wehrgedanken natürlich positiv gegenüber, lehnen aber jeden wilden Militarismus ab."

In der internen Sitzung wurde die Gründung eines neuen „Hilfswerkes Ritterkreuz" mit dem Sitz in Celle bekannt gegeben. Es soll Ritterkreuzinhabern über die öffentliche Fürsorge hinaus finanziell und ideell Hilfe gewähren. Ein Teil der Spenden stammte — wie der Vorstand in einer Pressekonferenz berichtete — von fördernden Mitgliedern, die kein Ritterkreuz besitzen.

Den im Dritten Reich versprochenen „Ehrensold" haben die Inhaber der Ritterkreuze bisher nicht bekommen, aber auch nicht gefordert. Man hörte in Regensburg Klagen darüber, daß bisher noch keine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts über die „Tapferkeitsbeförderungen" des zweiten Weltkrieges ergangen sei. Das Ritterkreuz selbst möchten die Tagungsteilnehmer auch in Zukunft nur „so tragen, wie es verliehen wurde". Nach der Ansicht der Vereinsmitglieder ist es „kein politischer Orden". Daß es nicht nur für persönliche Tapferkeit, sondern auch als Anerkennung für eine bestimmte Einheit oder für „rein strategische Leistungen" ohne Frontbewährung verliehen wurde, ist zugegeben worden."

Zufällig fiel mir am gleichen Tag, an dem dieser Bericht in der Zeitung stand, beim Suchen in alten Papieren ein Stück Zeitung „aus uralten Zeiten", aus dem Jahr 1919, in die Hand. Darin war ein Gedicht über eine am Boden gefundene schwarz-weiß-rote Kokarde zu lesen mit dem Schluß: „... Ich hob sie auf und sah sie an, ich rahme sie ein mit trübem Gesicht und schreibe darunter: Besiegt bist du nicht!" Auch das werden wir vermutlich bald wieder hören, und auch das, was auf dem Ausschnitt daneben stand: „In stattlichen Scharen pilgerten die Menschen zum ... Am Rednerpult stand jener Mann, der unbeirrt von politischen Strömungen das ewig wahre Hohelied vom deutschen Vaterland in brausenden Akkorden anschlug und in begeistertem Hymnus bis zum Ende ausklingen ließ. Eine große, stattliche Erscheinung in graumeliertem Haar, in ihrer Reckenhaftigkeit an den Heros des deutschen Volkes, den eisernen Kanzler gemahnend. In kernigen Worten forderte er: ‚Was deutsch ist, muß deutsch bleiben, was deutsch war, wuß wieder deutsch werden!' (Stürmischer minutenlanger Beifall!)." Heraus

also mit den alten Manuskripten: sie sind immer noch brauchbar und wirkungsvoll!

Quo usque tandem, Herr Bundeskanzler, Sie, meine Herren Minister, und Sie, meine Herren Volksvertreter? Denn Sie in erster Linie, nicht die auf ihre Taten für den braunen Gangster heute noch stolzen Ritterkreuzträger, tragen die Verantwortung für diese Entwicklung. Ohne Ihre Duldung, ja Zustimmung — ja Veranlassung? — wäre sie nicht möglich, ebensowenig wie die Dekoration der Godesberger Straße, auf der Präsident Eisenhower fuhr, mit revanchistischen Transparenten.

Den neu-altdeutschen Rednern kann noch ein „kerniges Wort" aus jener alten Zeitung geliefert werden: „Und was der Feind uns angetan, das sei ihm nie vergessen!" (Desto schneller sei vergessen, was wir den überfallenen Feinden angetan haben!) Soll die Vergangenheit nicht bewältigt werden? Es könnte fast scheinen, als wünsche man das höheren Orts. Und es graut einem.

Dr. Josef Peters

Über Korruption und ähnliches

Niemand beneidete den Bundesinnenminister, als er am 18. Juni dem Rednerpult im Plenarsaal des Bundeshauses zustrebte, um von dort aus eine Große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion zu den verschiedenen Leihwagenaffären zu beantworten. Nach allem, was bisher über diesen Komplex bekanntgeworden war, konnte der Minister nur ein einziges „mea culpa" sprechen, was nicht heißt, daß es sich um ein ich-bezogenes handeln mußte. Was Schröder indessen in einer wohlgesetzten Rede von sich gab, war alles andere denn ein Schuldbekenntnis der Regierung im Hinblick auf die Vielzahl der binnen kurzer Zeit bekanntgewordenen Korruptionsaffären. Es handle sich, so verkündete der Minister, nur um Einzelfälle, die nicht verallgemeinert werden dürften. Ungeachtet der gewissen Korruptionspsychose gebe es kein Symptom „gelockerter Beamtenmoral". Im übrigen habe es Bestechung schon „im alten Rom, in der Wilhelminischen und der Weimarer Zeit und auch während des Tausendjährigen Reiches" gegeben. Anhand zahlreicher Ziffern konnte Schröder den Nachweis erbringen, daß die Zahl der Bestechungsaffären, in die Beamte der Bundesverwaltung verstrickt waren, in den letzten Jahren immer mehr abgenommen habe. Demgegenüber seien allerdings die Betrugs- und Untreuedelikte im Wirtschaftsleben in der Zeit von 1950 bis 1956 beträchtlich gestiegen. Ihre Zahl habe sich mehr als verdoppelt.

Diese Auskunft brachte die Opposition in eine Lage, in der sich nahezu automatisch die Frage stellte, ob denn ihre parlamentarische Aktion tatsächlich vollkommen unbegründet war. Diese Frage mußte verneint werden. Das äußere Bild der Bundesrepublik unterscheidet sich tatsächlich von den optimistischen Mitteilungen des Bundesinnenministers, was allerdings nicht heißen kann, Dr. Schröder habe dem Bundestag ungenaue Zahlen präsentiert. Diese Zahlen waren sicher durchaus zutreffend, wobei indessen berücksichtigt werden muß, daß sie sich auf die in Bundesdiensten stehenden Beamten und Angestellten bezogen.

Um sich ein Bild von der moralischen Situation der Bundesrepublik machen zu können, genügt es jedoch nicht, nur diesen Personenkreis zu betrachten.

Die nachfolgende Übersicht über eine Reihe von Vorkommnissen erhebt keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit, allein schon deshalb, weil sie sich — und dies wiederum aus Platzgründen — nur auf einen Zeitraum von rund einem Jahr erstreckt und außerdem bei weitem nicht alle Affären enthält, von denen die Öffentlichkeit Kenntnis erhielt. Um nicht ermüdend zu wirken, wollen wir auch auf eine chronologische Aufzählung verzichten.

Da Berlin in diesen Monaten im Mittelkunkt des Interesses steht, sei als erstes ein Blick dorthin gestattet. Am 10. Oktober vergangenen Jahres bereitete der CDU-Abgeordnete des Westberliner Abgeordnetenhauses und Kreisvorsitzende der CDU im Bezirk Tiergarten, Wilhelm J o h n , seinen Parteifreunden nicht geringen Kummer, als er Hals über Kopf, unter Mitnahme von Frau, Schwiegermutter und 90 000 DM den Vorposten der Freiheit heimlich verließ und sich ins Ausland begab. Wenig später meldete sein Sohn für ihn Konkurs an. Was war geschehen? Der als Spitzenkandidat der CDU im Bezirk Tiergarten vorgesehene Volksvertreter sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, als Inhaber einer Grundstücks- und Vermögensverwaltung umfangreiche Betrugsmanöver unternommen und die Westberliner Bauwirtschaft enorm geschädigt zu haben. Im einzelnen warf ihm die Staatsanwaltschaft Betrug, Unterschlagung, Konkursverbrechen, Gläubigerbegünstigung, Untreue und einiges andere vor. Um den Skandal nicht ins Unermeßliche anwachsen zu lassen, bewogen Johns Parteifreunde den Flüchtigen zur Rückkehr. Vor seiner Festnahme auf dem Tempelhofer Flugfeld wußten einige prominente Berliner CDU-Angehörige den John auf die Seite zu ziehen, um ihm möglicherweise Verhaltensmaßregeln zu geben. Es hieß nämlich — John nahm dies später zurück — der Grundstücksmakler habe der CDU beträchtliche Summen aus seinen Betrügereien zufließen lassen. Der Gesamtschaden, den John dem sozialen Wohnungsbau in Westberlin zugefügt hat — er war an 44 entsprechenden Vorhaben beteiligt — wurde auf 785 000 DM beziffert.

Zum Erstaunen der Staatsanwaltschaft gab der offenbar von Gewissensbissen geplagte John mehr zu, als nach den vorliegenden Beweisen zu erwarten gewesen war. Daß dem Fall gewisse mysteriöse Züge eigen waren, ging auch daraus hervor, daß sich eine Reihe der von ihm Betrogenen scheuten, Anzeige zu erstatten. Unbekannte Interessenten unternahmen wenige Tage nach Johns Festnahme vier Einbrüche, um wichtige Unterlagen in ihren Besitz zu bringen. Sie drangen in Johns Wohnung ein, in sein Büro, in sein Sommerhaus und verschonten nicht einmal das Amtszimmer des mit der Untersuchung beauftragten Staatsanwalts K r a m e r. — Der Prozeß gegen John steht noch aus.

Wie leicht selbst Minister den Verlockungen des Wirtschaftswunders erliegen, zeigte der Fall des rheinland-pfälzischen Finanzministers Wilhelm N o w a c k , gegen den im Juli vergangenen Jahres ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt werden mußte. Nowack sah sich dem Vorwurf ausgesetzt, als Aufsichtsratsvorsitzender und Vertreter des Landes Rheinland-Pfalz im Aufsichtsrat einer Pressenfabrik wertvolle Geschenke angenommen und mit Aktien unerlaubte Geschäfte gemacht zu haben. Obgleich der Ausschuß zu dem Ergebnis gelangte, Nowacks Verhalten sei nicht ehrenrührig gewesen, reichten die Vorwürfe aus, um Nowacks Rücktritt zu bewirken.

Zur gleichen Zeit etwa war die Bundeshauptstadt Schauplatz einer Affäre, zu deren Aufklärung ein Sonderdezernat der nordrhein-westfälischen Kriminalpolizei gebildet werden mußte. Die Ermittlungen, mit deren Leitung die Bonner Oberstaatsanwaltschaft beauftragt worden war, richteten sich gegen zehn Fälle von Korruptionsverdacht, der auf Angehörige von Wirtschaftsbehörden und

Behörden der Bundesregierung gefallen war. Sie standen im Zusammenhang mit den Bestechungsskandalen im Koblenzer Beschaffungsamt der Bundeswehr.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte das Geschehen auf dem Gebiet der Korruption durch die Verhaftung des ehemaligen persönlichen Kanzlerreferenten Ministerialrat K i l b. Die Staatsanwaltschaft warf ihm vor, sich während der Tätigkeit im Bundeskanzleramt durch beträchtliche Zuwendungen von einem namhaften Autowerk persönliche Vorteile verschafft zu haben (Leihwagen). Zur Zeit seiner Festnahme war Kilb nicht mehr im Amt des Bundeskanzlers tätig, sondern leitete das Referat „Sicherheit und Sauberkeit" der Europäischen Atomgemeinschaft, wohin er im Frühjahr 1958 delegiert worden war. Mißtrauische Beobachter zogen daraus den Schluß, Kilb habe aus der „Bonner Schußlinie" genommen werden müssen, um die gegen ihn zu erwartenden Angriffe nicht auf das Bundeskanzleramt zu lenken. Wie umfangreich der zur Behandlung stehende Komplex sein muß, ging nicht zuletzt aus der acht Tage nach Kilbs Festnahme erfolgten Mitteilung hervor, die Bonner Staatsanwaltschaft sei um 40 Beamte verstärkt worden. In der Tat sind nicht weniger als 180 Personen in die Ermittlungen verwickelt. A d e n a u e r stellte sich vor seinen ehemaligen persönlichen Referenten und erklärte, für ein Disziplinarverfahren gegen Kilb gebe es keinen Grund.

Im Schatten des Wirbels um Kilb vollzog sich, nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit, die Verhaftung des Generaldirektors der Bonner Stadtwerke, Arnold W a l l r a f f. Wallraff wurde unter dem Verdacht der passiven Bestechung festgenommen. Er soll von einem Omnibuswerk einen Musikschrank, einen Fernsehapparat und eine automatische Waschmaschine als Geschenk angenommen haben. Wallraff wurde im Oktober 1958 gegen eine Kaution von 80 000 DM aus der Untersuchungshaft entlassen.

Nicht einmal während der Sommerferien konnten die Gerichte in Bonn sich eine Ruhepause gönnen. Im Juli 1958 mußte die Ferienkammer des Bonner Landgerichts gegen drei hohe Regierungsbeamte wegen Bestechung und Betrug verhandeln. Als Angeklagte erschienen Regierungsdirektor Dr. B i e l m a n n und Regierungsrat B e r g m a n n von der Bundeswehr-Bereichsverwaltung V in Stuttgart, Ministerialrat Dr. B e u r l e i n aus dem Bundesschatzministerium und der ehemalige Versicherungsdirektor B r ö s a m l e. Ihr Delikt: Sie hatten beim Ankauf von Grundstücken in Balingen einen „Strohmann" eingeschaltet und die angeblich ihm zugedachte Maklergebühr in Höhe von 21 000 DM unter sich aufgeteilt.

Am 19. November 1958 ging eine Art Jubiläumsmeldung durch die Presse: In Koblenz wurde das 19. Urteil im Zusammenhang mit den Bestechungsaffären im dortigen Beschaffungsamt der Bundeswehr gefällt. (Das erste derartige Verfahren hatte am 25. 9. 1957 begonnen.)

Auf welche Art und Weise dunkle Elemente am Rüstungskurs zu partizipieren versuchen, zeigte der Fall des sogenannten „Nato-Duos" Else W o l f und Herbert H a u s t e i n. Das Pärchen hatte an zahlreiche Firmen „Millionenaufträge der Nato" vermittelt (Kasernen, Flugplätze, Rollfelder, Ölleitungen) und dabei 150 000 DM erschwindelt.

Am 9. Juli 1958 resignierte die „Fränkische Presse": „Im Wohnungsbau, der vom Bund finanziert oder zumindest bezuschußt wird, ist der Wurm." Das Blatt sprach von umfangreichen Bauskandalen, bei denen Millionenbeträge verloren gegangen seien. Es erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Verhaftung des früheren Grenzschutzkommandeurs Nord, General Hans G i e s e.

In Köln wurde zu dieser Zeit der Regierungsbaurat Heinz S c h r e i b e r zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, weil er von Firmen, die er bei der Vergabe von

Flugplatzbauten begünstigt hatte, wertvolle Geschenke angenommen hatte. Darunter eine Villa, ein Auto, ein Klavier und umfangreiche Darlehen.

Die dunklen Geschäfte beschränkten sich jedoch nicht auf den Bonner Raum. Entsprechende Meldungen kamen aus dem ganzen Bnudesgebiet, vom hohen Norden bis in südliche Gefilde. Im Kieler Ernährungsministerium erlag Regierungsdirektor Friedrich Fuhlendorf den Versuchungen der Bestechung und in München wurde der CSU-Stadtrat Franz Xaver Fackler wegen einer Wahlbestechung verurteilt. Für die Vermittlung von Rüstungsaufträgen an die Offenbacher Lederwarenindustrie kassierte der CDU-Abgeordnete Siebel (Freudenberg) Geschenke im Wert von 56 000 DM während der CDU-Abgeordnete Dr. Walter Dollinger vom bayerischen Landesverband der Lebensmittelgroßhändler für die Vermittlung eines größeren Konservenauftrages an die Bundeswehr 38 000 DM Provision einstrich. Dem Vorwurf unlauterer Praktiken bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen sahen sich unter anderem auch die Bundestagsabgeordneten Berendsen, Blank und von Manteuffel ausgesetzt. (Schützenpanzer-Affäre „Hispano Suiza".)

In den zur Behandlung stehenden Komplex müssen auch die Fälle Hallstein, Blankenhorn und Maltzan einbezogen werden, obgleich es hier „nur" um den Vorwurf der üblen Nachrede und der falschen Anschuldigung geht. Bekanntlich wurde Botschafter Blankenhorn zu vier Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt, während Hallstein mit einem Freispruch mangels Beweisen davon kam. (Das Verfahren gegen Maltzan war aus Krankheitsgründen abgetrennt worden.) Das eigentliche Charakteristikum dieser Fälle — bei denen es um Vorwürfe gegen den Ministerialrat Strack ging — ist das Verhalten der Bundesregierung gegenüber der Justiz. Noch ehe das Bonner Landgericht seinen Spruch gefällt hatte, stellte die Bundesregierung sich vor den angegriffenen Blankenhorn und erklärte, er habe sich „pflichtgemäß" verhalten. Die SPD nannte dies einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren. Wie tief das Mißbehagen in verschiedenen Kreisen ob des Verhaltens der Bundesregierung war, geht aus der Erklärung des nordrhein-westfälischen Justizministers Flehinghaus hervor: „Den erhobenen Schuldvorwurf zu klären, ist im Rechtsstaat ausschließlich Sache des Gerichts. Schon der Anschein einer Einflußnahme ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar."

Nachdem die Bundesregierung sich geweigert hatte, aus dem Ausgang des Prozesses gegen Hallstein und Blankenhorn die nötigen Konsequenzen zu ziehen, schrieb die holländische Wochenzeitung „Elsevier" im Hinblick auf Hallsteins weitere Tätigkeit als Präsident der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): „Es tut uns leid, dies schreiben zu müssen, aber wir halten es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß dieser hohe Posten keine Personen duldet, die um Haaresbreite einer Bestrafung entgangen sind."

Einer der größten Skandale beschäftigte zu Beginn dieses Jahres das Bonner Landgericht. Acht Beamte und Angestellte des Kölner Besatzungsschädenamtes hatten sich zu verantworten, weil sie im Verlauf von sieben Jahren insgesamt 170 000 DM Bestechungsgelder angenommen hatten. Der Hauptangeklagte, Dr. Hubert Vergossen, wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Während des Verfahrens zeigte sich, daß ähnliche Verfehlungen auch in anderen Besatzungsschädenämtern an der Tagesordnung gewesen sein müssen. Vier Tage nach Beginn des Prozesses gegen Vergossen und dessen Mitangeklagte erfolgten am 8. Januar zwei Verhaftungen im Koblenzer Amt, denen weitere Festnahmen in Mainz folgten.

Die Kette der Leihwagenprozesse, die zu erwarten sind, wurde am 6. Juli dieses Jahres mit dem Verfahren gegen den Obersten Burckhardt Freiherr Löffel-

holz von Colberg aus dem Bundesverteidigungsministerium eröffnet. Die Anklage warf Löffelholz dreizehn Fälle schwerer passiver Bestechung vor. Als Sachverständiger sprach Regierungsrat Schnell während des Verfahrens von einer „allgemeinen Aufweichung der Grundsätze".

Um den Reigen abzuschließen, sei hier noch der sogenannte Münchner Spielbankenprozeß erwähnt, der eine Reihe prominenter Männer als Angeklagte sah, darunter den stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Dr. Joseph Baumgartner, den ehemaligen Innenminister Dr. August Geislhöringer und die früheren Abgeordneten Max Klotz und Franz Michel.

Am selben Tag, an dem Bundesinnenminister Schröder die Vorkommnisse der letzten Jahre als Einzelfälle bezeichnete, übte in Koblenz Landgerichtsdirektor Zuendorf in einem Möbelschieberprozeß vernichtende Kritik an der Finanzverwaltung des Landes Rheinland-Pfalz.

Allein diese Begleitmusik macht es verständlich, daß sich der Zeitgenosse an den beruhigenden Mitteilungen Dr. Schröders nicht recht zu erfreuen vermag. Was es in den letzten Jahren auf dem Gebiet der Korruption und ähnlicher Delikte in der Bundesrepublik gab, scheint doch die Frage zu berechtigen, ob es sich hier nicht um einen weitgehenden Verfall von Sitte und Moral handelt. Auf die Ursachen einzugehen, würde eines weiteren Artikels bedürfen.

Nur eine Bemerkung: Zwei Archivmappen des Chronisten wachsen stets im gleichen Umfang: die mit der Aufschrift „Korruption" und die mit der Aufschrift „Rüstung".

Dr. Werner Gerth

Das evangelische Gemeindehaus blieb verschlossen

Anfang November sprach Kirchenpräsident D. Niemöller auf einer Kundgebung der Internationale der Kriegsdienstgegner in Bayreuth. Der Saal war überfüllt, und viele Besucher, die später kamen, fanden keinen Platz mehr und mußten umkehren. Allerdings stand den Veranstaltern auch nur ein kleiner Saal zur Verfügung, denn der größte Versammlungsraum, über den Bayreuth verfügt, der Saal des evangelischen Gemeindehauses, blieb dem Kirchenpräsidenten Niemöller verschlossen.

Die Bayreuther Ortsgruppe der Internationale der Kriegsdienstgegner hatte sich schon im Frühjahr an das Dekanat der evang.-luth. Kirche mit der Bitte gewandt, den Raum zur Verfügung zu stellen. Das war zunächst auch bewilligt worden. Den Veranstaltern wurde dies mitgeteilt. Sie würden in nächster Zeit noch einen Vertrag über die Saalmiete zugestellt erhalten. Dieser schriftliche Vertrag aber traf nicht ein. Auf Rückfrage wurde dann plötzlich erklärt, das evangelische Dekanat könne den Saal an dem fraglichen Tag nicht zur Verfügung stellen, und zwar aus „grundsätzlichen Erwägungen" heraus. Der Vorsitzende der Bayreuther Ortsgruppe, Rainer Knapp, bat die Kirchenverwaltung um eine schriftliche Begründung des ablehnenden Bescheids. Darauf erhielt er von Dekan Kirchenrat Karl Geuder folgendes Schreiben:

„Es wird bei der von Ihnen geplanten Veranstaltung, die ja wohl den Charakter einer Kundgebung tragen wird, im Wesentlichen um die Frage der atomaren

Aufrüstung und die Wehrdienstverweigerung gehen. Wir wissen alle, wie schwierig und umstritten diese Fragen in der gegenwärtigen Weltsituation sind. Sie kennen auch gewiß die Haltung der Evangelischen Kirchensynode zu diesen Fragen.

Darüber, daß alles Denkbare geschehen muß, um einen künftigen Krieg zu vermeiden, dessen Wirkungen nicht zu ermessen wären, besteht allgemeine Einigkeit. Über die Methoden, wie ein solcher verhindert werden kann, gehen die Meinungen freilich zum Teil schroff auseinander, von der Forderung eines radikalen Verzichts auf jede Verteidigung Deutschlands bis hin zur Forderung allerhöchster Verteidigungsbereitschaft. Was D. Niemöller, den ich seit 1922 persönlich kenne und mit dem ich mich in den Jahren des Kirchenkampfes weitestgehend eins wußte, in der geplanten Veranstaltung als christlicher Politiker bzw. politisch sich verantwortlich fühlender Christ sagen wird, ist uns im allgemeinen nicht bekannt, sondern nur in seiner Grundrichtung aus seinen bisherigen Äußerungen einigermaßen erschließbar.

Wir achten seine Haltung als eine gewissensmäßige. Wir möchten aber nicht den Eindruck erwecken, als ob diese die vom christlichen Standpunkt aus einzig mögliche und wünschenswerte wäre. D. Niemöller wird in Bayreuth nicht als Kirchenpräsident, sondern als Politiker sprechen. Es wird aber nicht zu vermeiden sein, daß er als Vertreter der Kirche gehört und seine Auffassung wenn nicht als kirchliche, so doch als kirchlich gebilligte verstanden wird. Um aber eine Verwechslung des Politikers mit dem Kirchenführer zu vermeiden, ist es uns lieber, wenn die Veranstaltung nicht in einem kircheneigenen, sondern in einem neutralen Saal stattfindet. Wir bitten um gütiges Verständnis für diese unsere Haltung, die weder gegen Sie noch gegen Herrn Kirchenpräsident D. Niemöller gerichtet ist, sondern rein sachlichen Erwägungen entspringt".

Kirchenpräsident D. Niemöller, dem R. Knapp den Brief des Dekans Geuder mitteilte, schrieb darauf zurück:

„Das Ganze paßt in das Bild, was sich seit der Kanzelverweigerung in Kreuth im vergangenen Jahr nun vor der ganzen Welt deutlich herausstellt. Nehmen Sie es nicht tragisch. Wir wollen auch in dem kleinen Saal einen guten Abend miteinander verleben."

Es wurde ein guter Abend.

Bliebe noch zu sagen, daß der Saal des evangelischen Gemeindehauses als größter Saal Bayreuths bisher allen Verbänden und Parteien für Kundgebungen und Veranstaltungen aller Art zur Verfügung stand. Es sprachen in ihm schon sozialdemokratische Abgeordnete und katholische Politiker. Nur Faschingsveranstaltungen wurden in ihm nicht geduldet. Kirchenpräsident D. Niemöller war der erste namhafte Politiker, dem die Tür dieses Saales verschlossen blieb.

Dr. Wolf Donner

Marokko sucht neue Kontakte

Wer Marokko aus der Zeit des französisch-spanischen Protektorats (1912—1956) kennt und es jetzt wieder besucht, stößt allenthalben auf beträchtliche Verschiebungen in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Mit der Rückkehr des von der französischen Protektoratsmacht verbannten rechtmäßigen Landes-

herrn Mohammed ben Jussef, der jetzt als König Mohammed V. an der Spitze des Landes steht, wurde Ende 1955 eine der Forderungen des revoltierenden Volkes erfüllt. Verhandlungen zwischen Paris, Madrid und Rabat führten wenige Monate später zur Annullierung des Protektoratsvertrages von Fès und zur Überführung des Gebietes von Tanger, der spanischen und der französischen Zone Marokkos in den Status eines unabhängigen Staates.

Damit waren die Voraussetzungen zu einer eigenständigen, an den Interessen des Landes selbst orientierten Politik gegeben, wenn selbstverständlich auch nicht die Auswirkungen eines französisch-spanischen Einflusses, der viele Jahrzehnte gedauert hatte, von heute auf morgen verschwinden konnten. Es ist in Marokko nicht anders als in anderen Entwicklungsländern, die längere Zeit unter kolonialen oder kolonialähnlichen Bedingungen gelebt haben. Die Hinterlassenschaften der ehemaligen europäischen Herrschaft im Lande, die zum Teil durchaus positiv zu werden sind, gehören mit zu den Startbedingungen des freien Staates.

In politischer Hinsicht spielt das französische Element im Lande zwar direkt keine, indirekt aber eine umso größere Rolle. Von den 400 000 Franzosen, die am Ende des Protektorats in Marokko lebten, hat heute mehr als die Hälfte das Land verlassen. Diese Abwanderung kann nicht als Ausdruck der Furcht um das eigene Leben oder die materielle Existenz erklärt werden. Worunter diese ehemals französischen Beamten, die heute Dienstverträge mit dem Königreich unterzeichnet haben, leiden, ist die einfache Tatsache, daß sie nicht mehr Herren im Lande sind, sondern nichts anderes als „ausländische Berater". Das Seltsame dabei ist, daß sie noch immer über beträchtliche Macht im Lande verfügen, weil sie wegen fehlender marokkanischer Fachleute teilweise hohe, verantwortungsvolle Posten bekleiden. Aber ihr Chef ist Marokkaner, ein Umstand, mit dem sich viele nicht abfinden können, und deshalb verlassen sie nach und nach das Land. Sie tragen mit sich eine Erinnerung herum, die Erinnerung an ein verlorenes Paradies. Das gilt selbstverständlich nicht für alle. Immer wieder findet man hervorragende Typen, die ehrlich zur Zusammenarbeit mit den marokkanischen Behörden bereit sind und ihre Kenntnisse in den Dienst des Landes stellen. Das französische Element spielt also heute noch immer eine beträchtliche Rolle, sei es in der Verwaltung, in der Lehrerschaft, in der technischen Beratung auf allen Gebieten.

Hinsichtlich des wirtschaftlichen Aufbaus Marokkos muß man verschiedene Probleme ins Auge fassen: die überdurchschnittliche Infrastruktur — ein wertvolles Erbe der Kolonialzeit —, die reichen Bodenschätze — wenn man vom Fehlen der Fettkohle absieht —, der geringe Industrialisierungsgrad des Landes, die heute noch geringe Facharbeiterschaft und der Umstand, daß erst seit der Unabhängigkeit die Volksbildung im großen Stile vorangetrieben wird — drei Erbstücke der typischen Kolonialwirtschaft.

Bei der Beurteilung der Entwicklungsaussichten des Landes und bei der Beantwortung der Frage, ob man eine finanzielle Beteiligung wagen könne, ist es wichtig, zu prüfen, ob mit einer ruhigen, kontinuierlichen Fortführung einer Politik gerechnet werden kann, die das Vertrauen des Auslandes rechtfertigt. Es ist dabei gefährlich, sich von allzu konservativen Vorstellungen leiten zu lassen. Die Bundesrepublik und die westliche Welt hat es verstanden, Freundschaften zu solchen Herrschern herauszustellen, die im Gange der weltpolitischen Entwicklung bereits auf dem Absterbeetat stehen. Man wundert sich dann, wenn diese befreundeten Staatsmänner Attentaten zum Opfer fallen, und ist mit dem Urteil, hier handele es sich um einen Staat, dem man nicht trauen dürfe, rasch bei der Hand. Hätten wir einen politischen Sinn dafür entwickelt, in welcher Richtung sich die Entwicklung in diesen Ländern bewegt und wo die zukunftsträchtigen

Kräfte zu finden sind — auch wenn sie nicht direkt mit der vagen Vorstellung „westlich-freiheitlicher Demokratie" übereinstimmen — so wäre es um die deutsch-arabischen, -fernöstlichen und -afrikanischen Beziehungen besser bestellt. Wir sonnen uns noch immer in der Vorstellung, die Deutschen seien überall in der Welt beliebt, weil man uns nach dem 1. Weltkrieg die Kolonien abnahm, und will nicht sehen, daß diese Sympathie von einer politischen Instinktlosigkeit zur anderen mehr und mehr zerstört wird.

Zu diesen politischen Instinktlosigkeiten gehört z. B. die Vorstellung, daß die ehemals kolonialen Gebiete, die heute freie Staaten sind, noch immer zum „Einflußbereich" des ehemaligen Mutterlandes gehören, also Marokko z. B. zum Einflußbereich Frankreichs. Daß mit dieser Auffassung nicht nur diese jungen Staaten im höchsten Maße diskreditiert werden, sondern auch unserer exportbedürftigen Wirtschaft die Hände gebunden werden, liegt auf der Hand. Man stößt in Marokko immer wieder auf die Frage, warum keine deutsche Firma sich am industriellen Aufbau des Landes beteiligen will, warum sich keine deutsche Presseagentur in Rabat etabliert. Man kann hier nur die eine Antwort geben, daß man seitens der Bundesregierung nicht dazu ermutigt wird, sich im Nordafrikageschäft zu engagieren, weil es sich hier eben — um französisches Einflußgebiet handelt. Das Fehlen einer originären Berichterstattung aus diesen Ländern führt ja, wie man weiß, dazu, daß unsere Informationen ausschließlich aus Paris oder Madrid kommen, also aus den Hauptstädten der ehemaligen Kolonialmächte. Es führt weiter dazu, daß unsere Presse sich für diese Länder bloß interessiert, wenn es negative Sensationen zu berichten gibt. Über den friedlichen Aufbau des Landes zu berichten, sieht man keine Veranlassung. Man opfert einer doch reichlich einseitigen deutsch-französischen Freundschaft nach und nach unser Ansehen in den Entwicklungsländern, und manche wirtschaftliche Möglichkeit verstreicht ungenutzt, wenn wir uns auf diese Weise weiterhin durch gewisse kleineuropäische Fiktionen Zügel anlegen lassen.

Die inneren Verhältnisse in Marokko verlangen vom Betrachter eine Revision der eingefahrenen Denkschemata. Er findet eine Monarchie, die von weiten Kreisen des Volkes und offiziell von allen Parteien des Landes getragen wird. Das Ziel der gegenwärtigen Innenpolitik ist es, die Voraussetzungen für eine konstitutionelle Monarchie zu schaffen. Die Regierung Ibrahim wird von den fortschrittlichen Kräften des Landes gestützt. Orientalische Öl-Potentaten etwa mit König Mohammed V. zu vergleichen, wäre abwegig. Gegenwärtig ist er noch immer das Symbol des marokkanischen Freiheitskampfes gegen Franzosen und Spanier, und keine der bestehenden Parteien hat die Abschaffung der Monarchie auf dem offiziellen Programm, auch nicht die organisierte Arbeiterschaft.

Diese zog z. B. am 1. Mai mit jubelnden Sympathiekundgebungen vor ihrem König vorbei, der Monarch sprach zu den versammelten Massen und betrachtete von seiner Loge aus die Arbeiter, die zu den Klängen der königlichen Leibkapelle vorbeizogen. All das war eine sichtbare Demonstration dessen, was Gewerkschaftsführer Mahjoub ben Seddik kurz vorher in seiner Mairede gesagt hatte: „Die Teilnahme Eurer Majestät an diesem Fest der marokkanischen Arbeiterklasse liefert den konkreten Beweis für die Harmonie, die das Proletariat mit dem Thron verbindet!"

Dies sind Töne, die europäischen Ohren seltsam erscheinen. Und man fragt sich unwillkürlich, ob man ihnen trauen darf. Es erhebt sich die Frage nach den Persönlichkeiten, die berufen sein könnten, die Politik des freien Marokko zu leiten. Hier ist es wiederum die Gestalt des Königs, die vorbehaltlos von allen anerkannt wird. Trotz aller Schlechtigkeiten, die man ihm zur Zeit seines Exils nachgesagt hat, sind es heute gerade jene Altfranzosen in Marokko, die in ihm die eigent-

liche Klammer sehen, die den marokkanischen Staat zusammenhält. Diese Auffassung ist sicher richtig, wenn auch etwas übertrieben. Von den Franzosen ausgesprochen, offenbart sie im Grunde nichts anderes als das mangelnde Vertrauen, das sie in das marokkanische Volk selbst haben. Ein Armutszeugnis, das sie sich nach fast 50jährigem Protektorat selbst ausstellen.

Die Ereignisse zu Beginn dieses Jahres schienen zunächst Anlaß zu pessimistischen Prognosen zu geben. Als M e h d i b e n B a r k a die Führung des Istiqlal, der einzigen bedeutenden Partei des Landes, verließ und sich in Opposition zu deren Chef, A l l a l e l F a s s i, setzte, glaubten viele, nun sei der Anfang blutiger, innenpolitischer Auseinandersetzungen gekommen. Diese Auffassung erwies sich aber als falsch. Die Spaltung der alten Partei — es sind heute zwei an ihre Stelle getreten, der alte „Istiqlal" unter Allal el Fassi und die „Union Nationale des Forces Populaires" unter Mehdi ben Barka — scheint vielmehr ein Ausdruck der sich nun im innenpolitischen Bereich herausbildenden ganz normalen Interessengegensätze zu sein. Solange die Befreiung des Landes noch Aufgabe war, waren sich alle nationalen Kräfte einig, aber nun, da es gilt, das freie Land aufzubauen, treten die Interessengegensätze zutage. Auch die Frage der Zweckmäßigkeit gewisser Maßnahmen beim Aufbau des Landes birgt ausreichend Sprengstoff in sich, um zur Bildung politisch unterschiedlich denkender Gruppen zu führen. Mit einem Wort: Die Entwicklung in Marokko ist inzwischen soweit gediehen, daß die Willensbildung in einer einzigen großen Partei nicht mehr vor sich gehen kann.

Die pessimistische Haltung vieler noch im Lande lebender Franzosen gründet sich auf die Auffassung, die Marokkaner seien nicht in der Lage, ihre eigenen technischen Kader heranzubilden. Man unterstellt, die Mentalität des Nordafrikaners behindere die Entwicklung sowohl eines hinreichend starken und tüchtigen Facharbeiterstammes wie auch einer technischen Intelligenz. Die Vorstellung des genügsamen, in der Sonne sitzenden und Geschichten erzählenden Marokkaners, der keinen Handschlag mehr macht, als zur Erhaltung seiner Existenz unerläßlich ist, ist bei den Europäern, die hier unter dem Kolonialregime großgeworden sind, sicherlich unauslöschliches Gedankengut geworden. Freilich, wer das Land in seinen entlegensten Winkeln besucht, wer die saharischen Regionen südlich des Atlasgebirges durchstreift, ist versucht, sich dieser Auffassung anzuschließen. Familien- und Arbeitsverfassung tragen in großen Teilen des Landes noch immer mittelalterliche Züge, und man fragt sich, wo die Erfolge von fast einem halben Jahrhundert Protektorat zu suchen sind. Nun geht die gesellschaftliche Entwicklung eines Landes heute im allgemeinen von der Stadt aus und es wäre töricht, in Südmarokko nach Beweisen für den gesellschaftlichen Aufschwung zu suchen. Diese Entwicklung, die unverkennbar und sehr stark ist, nimmt ihren Ausgang von den großen Industrie- und Verwaltungszentren Casablanca und Rabat. Hier erkennt man, daß alte Vorstellungen, die sich Europäer noch von den Kolonialvölkern machen, nach und nach an Wert verlieren. Gerade von dem entwurzelten Proletariat, das sich in den Industriestädten heute eine Existenz schafft, werden in einigen Jahren, wenn die Entwicklung kontinuierlich verläuft, die entscheidenden Impulse ausgehen für die Umwandlung dessen, was man heute noch recht verächtlich „nordafrikanische Mentalität" nennt.

Das gilt in gleicher Weise für die Frau. Die Arbeiterinnen, die zu Tausenden heute schon die Fabriken, Büros, Telefonzentralen und andere Arbeitsplätze besetzen, sind die Schrittmacher auf dem Wege zur Modernisierung der Familienverfassung. Wer hier in Marokko offenen Auges die Dinge, die sich tun, beobachtet, findet auf Schritt und Tritt die Bestätigung des Satzes, daß Arbeit frei macht.

Es ist eine Befreiung, die von den Städten eines Tages auch aufs Land übergreifen wird.

Noch leben und arbeiten rund drei Viertel der Bevölkerung in der Landwirtschaft, meist mit sehr primitiven Methoden und mit geringem Ertrag. Hier einen Wandel schaffen, ist eine der Hauptaufgaben der marokkanischen Regierung. Bei der Modernisierung der Landwirtschaft bedient man sich verschiedener Methoden, so z. B. der Einrichtung von Arbeitszentren, in denen den Bauern landwirtschaftliche Maschinen und entsprechendes Bedienungspersonal zur Verfügung gestellt werden. Unter der Anleitung europäischer Fachkräfte und unter Benutzung moderner Lehrmittel werden junge Marokkaner mit den Methoden neuzeitlichen Landbaus, der Viehzucht und dem Umgang mit landwirtschaftlichen Maschinen vertraut gemacht. Unter den marokkanischen Leitern solcher Arbeitszentren findet man ganz hervorragende Menschentypen, die zu den größten Hoffnungen berechtigen. Dasselbe gilt auch für die Forstwirtschaft, die in Marokko eine relativ große Bedeutung hat. Land- und forstwirtschaftliche Fachschulen arbeiten hart an der Heranbildung marokkanischen Nachwuchses, um die von den Franzosen verlassenen Posten neu besetzen zu können. Wenn man heute oft die Frage hört, die jungen Techniker und Ingenieure hätten wenig Neigung, nach dem Examen hinaus ins Land zu gehen, um dort ihren Beruf auszuüben, und sie würden einen Posten im Ministerium bevorzugen, so sind das typische Merkmale einer Übergangszeit und für den Mangel einer geeigneten Arbeitsplatzpolitik, aber kein Grund für Unkenrufe.

Überhaupt ist der Bildungswille entgegen allen früheren Prophezeiungen in Marokko in einem schon beängstigenden Umfange gewachsen. Schulen findet man bis in die entlegensten Winkel des Landes, und überall stößt man auf Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die zur Schule gehen oder vom Unterricht kommen. Noch macht die Beschaffung von Lehrkräften Schwierigkeiten, während die Schulgebäude oft von den Gemeinden in Selbsthilfe errichtet werden. Aber der Plan des Erziehungsministeriums sieht vor, daß in etwa 10 Jahren hinreichende Mengen qualifizierter Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Man wird sich die Frage stellen, wie sich die Marokkaner eine ausländische Aufbauhilfe vorstellen. Bei Befragungen erhält man fast immer die gleiche Antwort. Man sieht in den Fremden keine Feinde. Für die Behauptung, die Marokkaner seien fremdenfeindlich, konnten wir keine Bestätigung finden. Im Gegenteil. Man wird beständig aufgefordert, im Lande zu bleiben und am Aufbau mitzuarbeiten. Man will auch, was ganz natürlich ist, fremdes Kapital ins Land ziehen, um die notwendige Industrialisierung voranzutreiben. Aber hier hat man schlechte Erfahrungen gemacht. Man will nicht den Typ des wirtschaftlichen „Abenteurers", der jetzt das Land verläßt, erneut hereinlassen. Unter „Abenteurern" versteht man jene Kapitalbesitzer, die vor Jahren ins Land kamen, um auf Kosten der Arbeiterschaft und einer sinnvollen volkswirtschaftlichen Entwicklung in wenigen Jahren Millionär zu werden. Man erwartet, daß der Unternehmer, der sich heute in Marokko niederläßt, sich seiner erzieherischen Mission bewußt ist, die er als entwickelter und fortgeschrittener Mensch gegenüber dem marokkanischen Volk in seiner Mehrzahl hat. Dies mag utopisch klingen, doch hatten wir das Glück, einen tschechischen Industriellen zu treffen, der, selbst politischer Flüchtling, in Casablanca zwei kleine Textilbetriebe aufgebaut hat und nach modernen Gesichtspunkten sozialer Betriebspolitik leitet. Er ist fest von der Entwickelbarkeit des Marokkaners überzeugt und hat sich im Laufe der wenigen Jahre, die er im Lande ist, bereits einen Stamm tüchtiger, zuverlässiger Facharbeiter herangezogen, die bereits jene nachteiligen Eigenschaften, die man als unlösbar mit dem Nordafrikaner verbunden hinstellt, in starkem Maße ver-

loren haben. Dieser Europäer steht auf dem Standpunkt, daß man von einem Menschen, der niemals Lebenswerte kennengelernt hat, wie wir sie verstehen, schlechterdings auch nicht bereit ist, für sie zu arbeiten. Man möge ihm Anreiz und Chance geben, und er werde sich nicht anders verhalten als ein Mensch in einem technisch stärker entwickelten Land. Die Erfahrungen scheinen diesem Unternehmer recht zu geben.

Was die Investition von ausländischem Kapital anbelangt, so hat der marokkanische Staat mit der kürzlich vollzogenen Abwertung seiner Währung die Wege geebnet. Auf Empfehlung des Internationalen Währungsfonds, der sich zu einem Stützungskredit in Höhe von 25 Millionen Dollar bereit fand, hat sich Marokko der französischen Franc-Abwertung angeschlossen und dabei seine Außenhandelsposition wesentlich verbessert. Es ging sogar über den französischen Satz hinaus, um seine Unabhängigkeit gegenüber Frankreich zu stärken. Damit sind auch währungsmäßig bessere Voraussetzungen für den Fall geschaffen worden, daß sich Marokko der EWG assoziieren möchte. Zugleich mit der Abwertung erfolgt eine Lockerung des Kapitalverkehrs, um Auslandsinvestitionen zu erleichtern. Der Staat sichert den Investitoren, Gesellschaften und Privatpersonen freien Gewinntransfer zu. Dies wird sicherlich einen Anreiz bieten, wenn es auch die Reinvestitionen im Lande verringert und damit den wirtschaftlichen Aufbau verlangsamt.

Mit der Kapitalinvestition allein ist es nicht getan. Man erwartet auch von den Europäern, die heute nach Marokko kommen, daß sie nicht lediglich eine technische Funktion übernehmen und ausführen. Sie sollen auch als Menschen kommen. Wer das Land und seine Bewohner kennt, weiß, daß dies nicht jedermanns Sache ist, aber es war doch erfreulich, zu erkennen, daß zahlreiche Europäer, die hier oft auf entlegenen Posten im Einflußbereich der Sahara oder in den öden Gebirgen oder auch auf Modernisierungsstationen des weitläufigen Landes arbeiten, bereits enge menschliche Kontakte zur einheimischen Bevölkerung geknüpft haben. Nicht immer waren ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt. Manch einer hat resigniert. Hier ist es wichtig, die Grenzen in der Geschwindigkeit der Entwicklung zu erkennen. Man kann nicht erwarten, daß ein Mensch, dessen Familie seit Generationen nichts anderes kannte, als Vieh in den Bergen zu hüten, von heute auf morgen ein Facharbeiter wird, der seinen europäischen Kollegen ebenbürtig wäre. Hier gilt es, neue Maßstäbe zu finden, an denen man den Erziehungserfolg mißt. Man hüte sich vor allem auch, aus diesen Menschen „Europäer" machen zu wollen, ein Versuch, der schon bei den Franzosen kläglich scheiterte. Man muß unter Ausnutzung ihrer teilweise sehr wertvollen Anlagen neue Wege suchen, um sie an ihrer eigenen Weiterentwicklung zu interessieren.

Dies alles ist äußerst schwierig. Die marokkanische Verwaltung sucht deshalb Mitarbeiter in allen entwickelten Ländern. Die eingleisig französische Zivilisierung soll einen Ausgleich dadurch erfahren, daß Fachleute und Lehrer auch aus anderen Ländern kommen, um Marokko bei der Entwicklung zu helfen. So muß die Frage nach Hilfe aus Deutschland verstanden werden: Ablösung der immer noch vorhandenen französischen Dominante in Technik und Unterricht durch ein Beraterteam, das sich aus Vertretern aller technisch fortgeschrittenen Länder zusammensetzt. Andere Nationen haben diesen Ruf bereits gehört. Es bleibt zu fragen, ob die deutsche Wirtschaft ihn erst hören darf, wenn es in Paris genehmigt wird.

***

Zum Fall Dibelius

Den nachfolgenden Beitrag erhielten wir von einem Pfarrer der Berlin-Brandenburgischen Kirche, der aus begreiflichen Gründen namentlich nicht erwähnt werden möchte. Seine Ausführungen zu den Reden und Handlungen des Bischofs von Berlin-Brandenburg und Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, D. Otto Dibelius, geben einen aufschlußreichen Einblick in die Sorgen der evangelischen Christen in der DDR. D. Red.

Mitte Oktober legte Professor D. Heinrich Vogel, Berlin, auf einer Tagung der Württembergischen Kirchlichen Bruderschaft in Stuttgart 42 Thesen zum Thema „Wie gewinnen wir den Frieden?" vor. In diesen Thesen ging es ihm vor allem um die Verantwortung der Kirche im und für den Kalten Krieg. Professor Vogel formulierte: „Im kalten Kirchenkrieg wird die Kirche selbst zu einer Partei der Frommen verfälscht, die aus ihrem Herrn einen Parteigänger macht. Im kalten Kirchenkrieg wird die Kirche als eine Partei der Frommen unfähig, ihr Nein zur Gottlosigkeit aus der christlichen Solidarität mit dem gottlosen Bruder zu sprechen, für den Christus auch gekreuzigt und auferstanden ist."

An dieser Stelle seines Vortrags konnte der bekannte Berliner Theologe nicht umhin, einige aktuelle Anmerkungen zu machen. Er bezeichnete eine so beschriebene Haltung schlichtweg als „Dibelianismus". Solcher Verfälschung des Evangeliums von der Wurzel her, wie sie in der Aufrichtung einer Front zwischen Frommen und Gottlosen zum Ausdruck komme, habe sich Bischof Dibelius nicht erst seit heute und gestern schuldig gemacht.

Das ist wohl der eigentliche Grund für das Aufsehen, das der Geburtstagsbrief des Berliner Bischofs an seinen Amtsbruder in Hannover erregt hat, daß Dibelius hier mit großer Offenheit die Maximen bloßlegt, von denen er sich in seinen kirchenpolitischen Entscheidungen seit eh und je leiten ließ. Dabei wird deutlich: Es sind bei aller theologischen Einkleidung Grundsätze politischer Natur. Mit Recht leitet Professor D. Iwand, Bonn, in einem Aufsatz in der Hamburger „Zeit" vom 6. November diese Maximen aus den Theorien des preußischen Staatsrechtlers Friedrich Julius Stahl her, dem die Revolution als „Ursünde" der Menschheit galt.

Das ist ja die Not vor allem der Pfarrer der Berlin-Brandenburgischen Kirche, daß sie seit Jahren im Wort ihres Bischofs Politisches und Geistliches in einem unaufhörlichen Gemisch vernehmen und daß sich darüber hinaus das Politische meist als das letztlich bestimmende Motiv erweist.

Im Frühjahr 1957 hat Bischof Dibelius als Vorsitzender des Rates der EKD gegen den Willen der Synode den Militärseelsorgevertrag mit der Bundesregierung abgeschlossen. Die vor diesem Vertrag warnten, sahen wohl die Notwendigkeit einer geistlichen Betreuung des Soldaten, nur traten sie für eine Seelsorge ein, die in kirchlicher Regie und ohne institutionelle Verflechtung mit dem westdeutschen Staat erfolgen sollte. Warum jedoch tat der Ratsvorsitzende alles, um einen Vertrag abzuschließen, der die Geistlichen zu Staatsbeamten machte und — wie zahlreiche Beispiele inzwischen erwiesen haben — die Freiheit der Verkündigung nicht garantieren konnte? Die Bundesregierung drang darauf, weil Nato-Dienststellen nur unter diesen Bedingungen den Vertrag genehmigten: Der Militärgeistliche müsse Staatsbeamter sein, um auf militärische Geheimhaltung verpflichtet werden zu können. Dibelius kam dem Wunsche Bonns nach — gewiß weil er innerlich mit der Bundesregierung übereinstimmte. Aber eben diese fatale Übereinstimmung ist es, die dem evangelischen Christen in Deutschland nachgerade unerträglich wird, weil sie die Kirche in eine politische Front einreiht.

Im Mai vorigen Jahres hatte der Berliner Bischof die Geistlichen seines Kirchengebietes zu einem Generalkonvent in das Westberliner Johannesstift eingeladen. Auf seine Verantwortung für den Militärseelsorgevertrag angesprochen, bekannte er offen: er sei deutschnational und bleibe deutschnational. Er hätte ohnehin wegen der Gemeinden in der DDR auf manche politische Demonstrationen leider verzichten müssen. Um dieser Gemeinden willen nun auch noch seine politische Meinung zu ändern, sei doch wohl etwas zu viel verlangt.

Das war deutlich. Aber wie sollte ein Mann, der seit Jahren Mitglied der Bonner Regierungspartei ist, anders sprechen. Er fühlt sich mit den Kräften der Reaktion und Restauration, die in dieser Partei immer mehr den bestimmten Einfluß ausüben, in innerer Übereinstimmung. Diese innere Übereinstimmung hat sich selbst dann als dauerhaft erwiesen, als diese Partei im Bundestag den verhängnisvollen Beschluß zur atomaren Ausrüstung der westdeutschen Streitkräfte durchpeitschte. Nach der Tagung der Kirchlichen Bruderschaften in Frankfurt am Main am 4. Oktober vorigen Jahres wandten sich einige Teilnehmer dieser Tagung an den Ratsvorsitzenden, um ihn auf seine CDU/CSU-Mitgliedschaft hin anzusprechen. In einem Offenen Brief wiesen sie auf die Frankfurter Erklärung hin, in der die Einbeziehung von Massenvernichtungsmitteln in den Gebrauch staatlicher Machtandrohung und -Ausübung als „faktische Verneinung des Willens Gottes" bezeichnet wird. Sie schrieben: „Wir meinen, daß die CDU/CSU, deren erklärtes Ziel die Forcierung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik ist, durch ihre christliche Selbstbezeichnung geradezu als organisierte Verführung der Gemeinde angesehen werden muß. Wir glauben, daß ein Christ heute nicht mehr mit gutem Gewissen der CDU/CSU angehören kann, die mit ihrer ganzen Existenz den Namen Jesu Christi mißbraucht... Es schmerzt uns tief, daß der Vorsitzende des Rates der EKD durch seine Mitgliedschaft in dieser Partei und sein dementsprechendes Verhalten angesichts der mit der atomaren Bedrohung der Welt eingetretenen Versuchung der Kirche das Zeugnis der Christenheit gegen die Massenvernichtungsmittel unglaubwürdig macht. Wir bitten Sie eindringlich, durch den öffentlichen Austritt aus dieser Partei zu zeigen, daß Sie sich von Ihrer bisherigen faktischen Unterstützung der Atompolitik der Bundesregierung abwenden wollen."

Der also Angesprochene reagierte nicht. Im Gegenteil. Nachdem er in mehreren Predigten in der Ostberliner Marienkirche gegen die sowjetischen Berlin- und Deutschlandvorschläge Stellung genommen hatte, veröffentlichte er nun seinen Geburtstagsbrief an Bischof L i l j e. Diese Schrift ist wiederum nur vor dem Hintergrund der inneren Übereinstimmung des Bischofs mit der bundesdeutschen Regierungspolitik recht zu verstehen.

Auf alle Fälle geht es Dibelius nicht um ein theologisches Problem. Die von ihm aufgeworfene Frage nach der rechten Übersetzung von Römer 13 beantwortet er im Verfolg seiner Ausführungen recht ausführlich selbst. Darüber hinaus interpretiert er seinen Übersetzungsvorschlag, und auf diese Interpretation scheint es ihm entscheidend anzukommen. Dabei hat der Theologe Dibelius geflissentlich vergessen, daß L u t h e r — worauf Professor D. Ernst W o l f hinweist — schon in seiner Zeit ähnliche Änderungs- und Interpretationsvorschläge der Römerbriefstelle als Verfälschung des Textes zurückgewiesen hat. Auch Professor D. Iwand stellt dazu fest, die Schrift von Dibelius gehe „souverän an der ernsten und differenzierten theologischen Debatte vorüber, die wir nun schon seit mehr als zwanzig Jahren um das rechte Verständnis von Römer 13 führen."

Es geht dem Berliner Bischof im Grunde auch nicht um einen Geburtstagsgruß an Hanns Lilje. Als er im Frühjahr zu einem Beitrag für eine Lilje-Festschrift aufgefordert worden war, hatte er nur einen kurzen Aufsatz anzubieten. Erst Monate

später machte er sich an die Ausarbeitung jener „Obrigkeit?" betitelten Broschüre, von der er 500 Exemplare im Selbstverlag drucken ließ, von denen 200 verschickt wurden, während der Rest im Evangelischen Konstistorium in Westberlin zur Verteilung ausgelegt wurde.

Was mag den Ratsvorsitzenden der EKD zu diesem mehr als ungewöhnlichen Schritt bewogen haben? Die „Politisch-Soziale Korrespondenz", das „Organ der Gemeinschaft für christlich-soziale Schulung und öffentliche Meinungsbildung e. V." weiß in ihrer Ausgabe vom 1. November 1959 eine Antwort auf diese Frage. Da sie von Kreisen der Bonner Regierungspartei redigiert wird, bietet sie zumindest die Gewähr, die Mentalität der CDU/CSU — und natürlich auch ihres Mitglieds Dibelius — gut zum Ausdruck zu bringen. In einem „Mitzenheims Obrigkeitsstaat" überschriebenen Beitrag schildert sie die für die Bundesregierung „gefährliche kirchliche Entwicklung in der Sowjetzone". Sie versteht darunter jene Entwicklung, die mit dem gemeinsamen Kommuniqué vom 21. Juli 1958 über die Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und den evangelischen Kirchen in der DDR begann und die im Sommer dieses Jahres in einer Unzahl freiwilliger Arbeitseinsätze von Theologen, Geistlichen und ganzen Kirchengemeinden im Rahmen des sogenannten Nationalen Aufbauwerkes und anderen Formen praktizierter Loyalitätsbekundung von Christen einen gewissen Höhepunkt fand. Die „Sorge um diese in Westdeutschland leider unzureichend erkannte gefährliche Entwicklung" habe den „unerschrockenen und wachsamen Bischof von Berlin-Brandenburg" mit seiner Obrigkeitsschrift auf den Plan gerufen.

Genau dieser Zusammenhang jedoch tritt für jeden Nachdenklichen auch ohne Nachhilfe von seiten der „Politisch-Sozialen Korrespondenz" deutlich zutage. Die Zeiger der Weltpolitik stehen auf Entspannung. Jede Entspannung aber, jedes Arrangement der beiden großen Weltmächte bedeutet für die Politik der Bundesregierung ein Fiasko. Wenn Bonn schon außenpolitisch in dieser Situation nicht allzu viel ändern kann, so bemüht es sich um so nachhaltiger, innenpolitisch den psychologischen Krieg zu verschärfen und die Front des Kalten Krieges gegen den Osten zu verstärken. Es ist bekannt, die Bonner Politik lebt vom Kalten Krieg. Womit sollte die CDU/CSU 1961 ihren Wahlkampf gewinnen, wenn nicht mit den Parolen vom Kampf gegen den die „Menschenwürde mit Füßen tretenden" Kommunismus.

Freilich, den kalten Kriegern schwimmen nach und nach alle Felle davon. Vor Jahren sprachen sie vom materiellen Elend der „Zonenbevölkerung". Der gänzliche wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR stand nach ihren Prophezeiungen unmittelbar bevor. Inzwischen können auch sie nicht mehr leugnen, daß der materielle Wohlstand in der DDR in den letzten Jahren enorm angewachsen ist. Die von ihnen so bezeichnete „Sowjetzone" ist ein gewichtiger Handelspartner nicht nur für die Staaten des „Ostblocks" geworden.

Ebenso können die CDU-CSU-Politiker ihre Propagandathese von der staatlichen Nichtexistenz der DDR nur noch mühsam aufrecht erhalten. Die Genfer Konferenz hat das Bestehen des ostdeutschen Staates nachdrücklich ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit gerückt. In vielen neutralen Staaten hält man seine de jure-Anerkennung nur noch für eine Frage der Zeit.

In dieser Situation bleibt den Propagandisten nur noch das Feld der Kirchenpolitik, auf dem sie meinen, ihre Angriffe vortragen zu können, bleibt allein die These vom „atheistischen Weltanschauungsstaat", der den Christen unter seinen Staatsbürgern ein „Martyrium" nicht ersparen könne. Diese These strapazieren sie in allen Variationen. Da indessen die DDR selbst wenig Anstalten machte, die Christen um ihres Glaubens willen zu verfolgen — der Satz von „der gefährlichen

kirchlichen Entwicklung in der Sowjetzone" gesteht das im Grunde ein — muß man dieses Martyrium provozieren. Bischof Dibelius jedenfalls zögerte in dieser Situation nicht, einen geheiligten Grundsatz lutherischer Theologie („Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet") umzustoßen und die Christen in der DDR mit dem Hinweis, daß Gesetze eines „atheistischen Staates" für sich nicht verbindlich seien, gegen ihre Regierung aufzuwiegeln.

Und die Regierung der DDR? — Sie reagierte ebenso entschieden wie gelassen, so, wie ein von seiner Sache Überzeugter auf Provokationen reagiert. Man kann ihr nicht genug Dank sagen dafür, daß sie nicht ein einziges Mal versucht hat, aus dem „Fall Dibelius" einen „Fall Kirche" zu machen. Sie lehnte es ab, die Stimme des Bischofs aus Westberlin als die Stimme der evangelischen Kirchen zu akzeptieren. Sie erkannte klarer als viele Christen den rein politischen Charakter seines Angriffs. Diese ihre Reaktion jedenfalls ist die schlagendste Widerlegung der These vom „atheistischen Weltanschauungsstaat".

Bleibt zuletzt die Frage: Hat Bischof Dibelius das alles b e w u ß t getan? War er sich über die Zusammenhänge im klaren, in denen seine Aktion Konturen gewinnt? Diese Frage beantwortet sich von selbst, wenn man bedenkt, daß es hier um den Ratsvorsitzenden der EKD geht. Superintendent Albrecht S c h ö n h e r r aus Brandenburg hat in der „Potsdamer Kirche" vom 15. November unter deutlichem Hinweis auf diese Zusammenhänge zum Ausdruck gebracht, daß ein Mann in solchen Ämtern niemals nur als Privatperson spricht, daß jedes Wort von ihm eine kaum abzumessende Wirkung hat. „Das weiß er — oder muß es wenigstens wissen."

Das aber ist die Hauptsorge, die die meisten evangelischen Christen nicht nur in der Berlin-Brandenburgischen Kirche bedrückt: W i e l a n g e w i l l m a n B i s c h o f D i b e l i u s n o c h g e s t a t t e n , d e n c h r i s t l i c h e n G l a u b e n p o l i t i s c h z u m i ß b r a u c h e n u n d i h n s o m i t e i n e r s c h w e r e n H y p o t h e k z u b e l a s t e n ? Man tröste sich nicht damit, daß Dibelius nur einen notwendigen Klärungsprozeß fördere. Sein Reden und Handeln verwirrt und beschwert nicht die, die sich aus politischem Ressentiment zur Kirche halten — sie bestärkt es in ihrer falschen und verfälschenden Frontstellung — es verwirrt und beschwert die Christen, denen es ernst ist mit ihrem Glauben.

Prof. Dr. R e n a t e R i e m e c k

Der Friede wird nicht geschenkt

Eine historische Betrachtung

Diesem Beitrag liegt ein vor der theologischen Fakultät der Universität Leipzig gehaltener Vortrag zugrunde. D. Red.

Wir leben in einer Zeit großartiger Verwandlungen, aber auch in einer Welt ungeheurer Gegensätze. Mitten durch Europa, mitten durch Deutschland zieht sich eine Linie, die zwei hochgerüstete Militärblöcke, zwei riesige Machträume und zwei gänzlich verschiedene politisch-gesellschaftliche Systeme voneinander scheidet. Von der Gefahr der Vernichtung allen Lebens bedroht, ist die Menschheit seit dem Ende des 2. Weltkrieges in eine Reihe großer Krisen gestürzt

worden, die sie jedesmal bis hart an den Abgrund einer Katastrophe riß. Die Furcht vor der Entladung der ideologischen und machtpolitischen Gegensätze hat sich zeitweise zu einer Psychose gesteigert, aber sie hat auch die Friedenssehnsucht der Massen größer und stärker werden lassen.

Die Völker wollen den Frieden. Aber ist ein Friede möglich angesichts der unaufhebbar erscheinenden Spannungen zwischen den beiden großen Lagern, die nach dem 2. Weltkrieg entstanden sind? Strebt nicht jedes der Lager nach Verwirklichung der Welteinheit im Zeichen seiner Ordnung? Hält nicht jede der beiden Weltmächte, die sich heute Auge in Auge gegenüberstehen, ihre Ordnung für die bessere, die einzig richtige? Sind nicht beide entschlossen, ihre Ziele durchzusetzen, selbst wenn sie auf die Anwendung von Waffengewalt verzichten? Kann es unter solchen Umständen Frieden geben?

So viel Fragen, so viel Zweifel. Die Bedenken sind, soweit sie ehrlich und nicht mit einer destruktiven Absicht vorgetragen werden, keineswegs von der Hand zu weisen. Aber vielleicht hilft uns eine abstandnehmende geschichtliche Besinnung weiter. Sie kann zur Klärung beitragen, wenn einem Gegenwartsprobleme unlösbar scheinen, und es wäre wahrscheinlich besser um uns alle bestellt, wenn wir etwas mehr mit und aus der Geschichte leben würden. Freilich nicht in der Weise, daß wir uns als rückwärts gewandte Propheten betätigen und aus der Gegenwart in die Vergangenheit fliehen. Wohl aber, indem wir unsere eigenen Sorgen, Nöte und Bedrängnisse an der Geschichte messen und dabei lernen, daß wir nicht Unmögliches möglich machen können, aber auch nichts Mögliches als undurchführbar abtun dürfen. Der Historiker weiß, daß sich nichts in der Geschichte wiederholt und historische Parallelen leicht eine mißliche Sache sind. Er weiß auch, daß die wenigsten Menschen bereit sind, aus der Geschichte zu lernen. Er wird deshalb nur mit Zögern und Vorbehalten auf geschichtliche Beispiele verweisen, die sich ihm in der gegenwärtigen Situation aufdrängen und die zeigen können, daß Friede trotz größter Gegensätze möglich war und das Nebeneinanderleben, die Koexistenz durchaus verschiedener Richtungen keine unerfüllbare Forderung ist.

Es ist Hermann Rauschning zu danken, daß er sehr nachdrücklich darauf verwiesen hat, welche Bedeutung der Westfälische Friede von 1648 für unsere gegenwärtige Problematik gewinnen kann. Aber auch die Vorgeschichte des Dreißigjährigen Krieges ist sehr aufschlußreich, weil Europa, insbesondere aber das deutsche Volk auch damals von scheinbar unversöhnlichen Gegensätzen zerrissen wurde. Das Zeitalter der Gegenreformation und des Dreißigjährigen Krieges hat sowohl für ganze Völker als auch für den einzelnen Menschen Situationen bereitgehalten, die sich im äußeren Schwierigkeitsgrad und im menschlichen Kern kaum von den unsrigen unterscheiden. Es bedarf keiner Begründung dafür, was uns veranlaßt, das erbitterte Ringen der Konfessionen, deren jede mit einem Totalitätsanspruch auftrat, näher zu untersuchen.

Glaubenskämpfe — ideologische Fronten — Machtfragen

Es begann 1559 mit der Wahl Pius IV. zum Papst und dem Entschluß der durch das Tridentiner Konzil reorganisierten katholischen Kirche, zur Rückeroberung der verlorenen Positionen zu schreiten. Das System der Gegenreformation wurde erst möglich, weil sich die politischen Interessen einer Großmacht weitgehend mit den Interessen des Vatikans deckten: Das Bündnis Rom—Madrid kennzeichnet die Verquickung politischer und konfessioneller Fragen in einzigartiger Weise. Philipp II., der kapitalkräftigste und mächtigste Monarch der damaligen Welt, befahl 1578 den überwiegend protestantischen Niederländern die Anerkennung der katholischen Kirche und der

königlichen Autorität, als sei beides dasselbe. Und in seiner Instruktion für die Durchführung des Befehls ließ er die Niederländer wissen, er wolle im Falle der Weigerung ihr Land so verwüsten, daß „weder die Einheimischen darin wohnen könnten, noch sonst jemand Verlangen danach trage". Philipp, der lieber über eine Wüste als über Ketzer herrschen wollte, ging es in tiefer Überzeugung um die Wiederherstellung der kirchlichen Einheit, nicht nur in den Ländern seiner Krone, sondern in Gesamteuropa. Er wollte aber zugleich auch Spanien zur Vormacht des rekatholisierten Abendlandes machen. So hat er bekanntlich auch den Versuch unternommen, das vom Papst mit dem Bannfluch belegte England zu erobern. Die Idee Gregors XIII., einen Kreuzzug gegen England auszurufen, kam zwar nicht zur Durchführung, weil sich das katholische Frankreich nicht zum Werkzeug spanischer Weltherrschaftsgelüste machen lassen wollte. Aber Philipp wagte es auch allein. Wie sehr sich hier politische und religiöse Interessen überschnitten, geht unter anderem aus den Worten hervor, die auf dem Königsbanner des Flaggschiffs der Armada zu lesen waren: „Essurge Domini". Es waren die Anfangsworte der Bannbulle, die mehr als sechzig Jahre vorher der Papst gegen den Wittenberger Mönch Martin Luther geschleudert hatte. Wahrlich, der Bezug war deutlich. Es ging Madrid um Rom, um die Liquidierung der Reformation. Das Flaggschiff der Armada war zugleich der Propagandaträger der Restauration. Aber England konnte 1588 die spanische Flotte besiegen, seine staatliche Unabhängigkeit bewahren und damit gleichzeitig die drohende Gefahr eines Übergewichts der Gegenreformation in Europa mit allen universalhistorischen Folgen abwenden. Politik und Religion sind also auch auf protestantischer Seite nicht voneinander zu trennen gewesen.

Die Heftigkeit der konfessionellen Auseinandersetzung war bedingt durch den Angriff der alten Kirche auf die Zentren der Reformation bei gleichzeitiger Aufbietung politischer und militärischer Mittel. Die Alleinherrschaft des Systems der römischen Kirche wieder herzustellen, war das erklärte Ziel der gegenreformatorischen Päpste und ihrer diszipliniertesten Kampftruppe, des Jesuitenordens. Ergebung auf Gnade oder Ungnade war die Parole, mit der der Gegenstoß Roms gegen Wittenberg und Genf geführt wurde. Vielleicht hätte das kompromißbereite und in sich zersplitterte Luthertum jener Tage den Stoß nicht ausgehalten, wenn nicht der militanten Papstkirche im Calvinismus ein harter Gegner erwachsen wäre. Der Calvinismus, in dem der Gegensatz zur katholischen Kirche nach einem Worte des Kirchenhistorikers Heussi „am prinzipiellsten und reinsten zum Ausdruck kam", war zum Kampf auf Leben und Tod entschlossen.

Verketzerung der Andersdenkenden

Beiden Kontrahenten in diesem Ringen um die Durchsetzung des rechten Glaubens lag der Gedanke an Duldung gleich fern. Im calvinistischen Schottland stand nach der Flucht der katholischen Königin Maria Stuart die Todesstrafe auf der Feier des Meßopfers. In den Niederlanden errichtete der Herzog Alba ein Tribunal, den sog. „Rat der Unruhen", der zwischen 1567 und 1573 etwa 18 000 Protestanten verschiedenster Gruppen hingerichtet haben soll. Furchtbare Verfolgungen hatten die kleinen Gruppen der evangelisch Gesinnten in Italien und Spanien zu erdulden. Die Schicksale der böhmischen Brüder-Unität im Zeitalter der Gegenreformation sind allgemein bekannt, und das entsetzliche Blutbad an den französischen Hugenotten in der berühmten Bartholomäusnacht ist fast schon als ein Symbol für die Härte der Auseinandersetzung zu betrachten. Der damals — am 23./24. Oktober 1572 — verübte Massenmord an Tausenden von politischen Gegnern des französischen Königtums, zuerst in Paris, dann aber im ganzen Land, wäre nicht möglich gewesen ohne

die Mitwirkung der fanatisierten Volksmassen, die die Kirche in ihren Dienst genommen hatte.

Die spannungsgeladene Atmosphäre jener Epoche fand auch in den heftigen Kämpfen innerhalb des Protestantismus ihren Ausdruck. Die Verbrennung Michael Servets im reformierten Genf ist nicht das einzige Beispiel für den Unbedingtheitsanspruch des Glaubens. Elisabeth von England ließ die Puritaner und andere Gruppen als „non-conformists" und „dissidenters" bestrafen und verfolgen. Im lutherischen Sachsen wurde Kaspar Peucer, der Schwiegersohn Melanchthons, als Cryptocalvinist verdächtigt und mußte 12 Jahre im Kerker schmachten. In der reformierten Pfalz ließen die Urheber des Heidelberger Katechismus den Prediger Sylvan wegen abweichender Lehrmeinungen enthaupten. Und das Schwert, mit dem der Scharfrichter dem sächsischen Kanzler Nikolaus Krell 1601 vor den Augen der frommen Kurfürstinwitwe den Kopf abschlug, trug die Inschrift „Cave Calviniane" (hüte dich, Calvinist). Die Vernichtung des Gegners — das mögen diese wenigen Beispiele zeigen — war ein selbstverständliches Gebot. Der Ketzer, der Andersdenkende, der Andersgläubige mußte beseitigt werden. Dabei lieferten die konfessionellen Gegensätze häufig nur die notwendigen Argumente zur Liquidierung unbequemer Untertanen und politischer Gegner. Der Meuchelmörder, der Wilhelm von Oranien erschoß, rühmte sich, gleich David habe er Goliath erschlagen, und er konnte das auch sagen, denn Philipp II. hatte seinen niederländischen Gegenspieler in bewußter Entstellung der Tatsachen als den „alleinigen Leiter, Urheber und Anstifter der Unruhen" bezeichnet und ihn feierlich zum „Feind des Menschengeschlechts" erklärt. Wilhelm von Oranien — sozusagen der Weltfeind Nr. 1! Es ist alles schon dagewesen. Auch Luther war ja die Ehre widerfahren, aus allerhöchstem Munde, von Kaiser Karl V., mit Mohammed verglichen zu werden — das Schlimmste, was man damals als Schimpf aussprechen konnte — und der Kaiser hatte die lutherische Lehre als „unmenschlich" gebrandmarkt (Sendschreiben vom 24. 7. 1524).

Das Alte grundsätzlich für menschlich und das Neue grundsätzlich für unmenschlich zu erklären, ist also eine alte Gepflogenheit.

Haßpropaganda

Das gegenseitige Mißtrauen und der abgrundtiefe Argwohn zwischen den rivalisierenden Gruppen und Mächten wurde durch eine Flut von Flugblättern und Schmähschriften geschürt. Es gab nichts, was man sich nicht gegenseitig vorwarf. Mit allen Mitteln der Propaganda wurde der Haß gesteigert. Und es hat wohl niemanden gegeben, der es für möglich gehalten hätte, daß diese zum Kampf auf Leben und Tod angetretenen gegensätzlichen Lager es einmal lernen würden, miteinander zu existieren. In den Jahrzehnten vor dem Dreißigjährigen Krieg existierte man, in Deutschland jedenfalls, nur in der wechselseitigen Furcht vor einem papistischen oder protestantistischen Ausrottungsbündnis.

Im Collegium Germanicum, das auf Veranlassung von Ignatius von Loyola in Rom gegründet worden war, bildete die katholische Kirche die Avantgarde der Gegenreformation heran: junge Priester, die als Beichtväter und Sekretäre an die deutschen Fürstenhöfe und als Prediger unter das Volk gingen und denen der Zweck jedes Mittel heiligte. Dieser entschlossenen Kampftruppe des Vatikans war es wohl wesentlich zu danken, daß sich das Bild der konfessionellen Zusammensetzung Deutschlands in wenigen Jahrzehnten sehr zugunsten des Katholizismus geändert hat.

Bis 1570 war die evangelische Sache im steten Vordringen begriffen. Die sehr zuverlässigen Berichte, die die venezianischen Gesandten damals an den Dogen schickten, sprechen davon, daß sieben Zehntel der Bevölkerung protestantisch waren. In Norddeutschland gab es kein katholisches Fürstenhaus mehr. Die vielen Reichsstädte waren fast alle evangelisch. Drei Kurfürsten und die Mehrzahl der weltlichen Fürsten bekannten sich zum neuen Glauben. Und da im Augsburger Religionsfrieden der Grundsatz aufgestellt worden war, cuius regio eius religio, dürfte die Schätzung der Venezianer nicht unzutreffend sein. Selbst in den katholisch gebliebenen geistlichen Gebieten, den Erzbistümern und Bistümern, hatte die evangelische Sache in den Städten Eingang gefunden. Aber das Eingreifen des Collegium Germanicum und der neuerrichteten päpstlichen Nuntiaturen in Deutschland machte sich bald bemerkbar.

Den Auftakt für die Gegenreformation bildete die Ausrottung des Protestantismus in Bayern durch Albrecht V., wie Bayern überhaupt zum entschiedensten Vorkämpfer der Papstkirche in den nun folgenden Auseinandersetzungen wurde. Dabei hat es aus seinem religiösen Sendungsbewußtsein stets auch politische Vorteile zu schlagen gewußt, so bei der rechtswidrigen Einverleibung der evangelischen Reichsstadt Donauwörth oder bei der Übernahme der Kurwürde, die dem pfälzischen Kurfürsten und Böhmenkönig im Beginn des Dreißigjährigen Krieges abgesprochen wurde.

„Verteidigungsbündnisse" und Kriegsvorbereitung

Waren 1570 noch sieben Zehntel der deutschen Bevölkerung evangelisch, so hatte die Gegenreformation bis zum Ende des Jahrhunderts, vor allem in den österreichischen Erbländern, aber auch im Fuldaischen, in Westfalen, im Bambergischen und Salzburgischen, im Eichsfeld und am Rhein das gottwohlgefällige Werk der Protestantenverfolgungen erfolgreich durchgeführt. In der Stadt Aachen rückten 1598 gar spanische Exekutionstruppen ein, um den katholischen Gottesdienst wieder herzustellen. Und jede dieser gegenreformatorischen Maßnahmen war mit Drangsalierungen, Vertreibungen, Verhaftungen, Gewissenszwang und Nötigungen verbunden. Schon 1586 war in München ein jesuitischer Traktat erschienen mit dem Titel „De autonomia — das ist von Freistellung mehrlei Religion und Glauben", der die gegenreformatorischen Ziele klarstellte. In geradezu zynischer Weise wird in diesem Traktat auseinandergesetzt, daß der Augsburger Religionsfrieden nichts wert und die Vernichtung der Ketzer nur eine Frage der Zeit sei.

Der ganz Europa erschütternde Kampf der Konfessionen erfuhr in Deutschland eine Zuspitzung, die im Gegensatz zu England, Holland und den skandinavischen Staaten einerseits oder Spanien, Italien, Frankreich andererseits nicht mit einer Klärung zugunsten einer Konfession endete, sondern zu einer klaren Spaltung in zwei konfessionelle Lager führte. Als eine Anzahl reformierter Fürsten 1601 unter Protest den Reichstag verließen, war die äußerlich noch immer erhaltene Reichseinheit faktisch zerbrochen. Fortan zerfiel das Reich in zwei einander entgegengesetzte Blöcke. Es entstand die „Union" der evangelischen und die „Liga" der katholischen Fürsten — bezeichnenderweise als Verteidigungsbündnisse. Die Unversöhnlichkeit der Gegensätze war zu einer Machtfrage geworden, die Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes in Deutschland stand drohend bevor. Aber die Union erklärte, sie habe sich nur zum gegenseitigen Schutz und zur Verteidigung ihrer Rechte zusammengeschlossen. Die Liga behauptete, ihr Zweck sei die Abwehr von Angriffen und der Schutz des katholischen Glaubens. Im Sommer 1618 brach an einem lokalen Konflikt, an dem böhmischen Aufstand, der Dreißigjährige Krieg aus. In seinem

Verlauf greifen die großen Mächte Europas in die innerdeutschen Verhältnisse ein: Spanien, Dänemark, Schweden und Frankreich. Der konfessionelle Gesichtspunkt tritt dabei immer mehr hinter den machtpolitischen Problemen zurück. Schließlich stand das Verhältnis der deutschen Einzelstaaten zu Kaiser und Reich und die Gestaltung des europäischen Staatensystems weitaus stärker im Vordergrund als der religiöse Gegensatz. In den drei Jahrzehnten des Unfriedens, der Kämpfe und Schlachten hatte sich eine Wirklichkeitsänderung vollzogen, der man Rechnung tragen mußte, wenn man dem unseligen Ringen ein Ende setzen wollte. Die totale Unterwerfung des Gegners hatte sich als unmöglich erwiesen. 1629 schien die Niederwerfung des Protestantismus greifbar nahe, drei Jahre später zitterten die Katholiken vor dem evangelischen Endsieg. Aber über beide Möglichkeiten ging die Zeit hinweg, und als das Elend in Deutschland groß genug war und die ständigen Kriegszüge, die Plünderungen und Brandschatzungen, die Kontributionen und die zunehmende Geldentwertung die Wirtschaft fast völlig ruiniert hatten, als durch Hunger und Seuchen ganze Landstriche entvölkert waren, machte man Frieden.

Konfessionelle Koexistenz

Er kam nicht schnell zustande, der Frieden von Münster und Osnabrück. Man brauchte fast fünf Jahre, um sich zu einigen; denn es gab immer schon Kräfte, die die letzte Entscheidung doch noch von den Waffen erhofften und deshalb friedliche Regelungen so lange wie möglich verschleppten. Der mehrfach hinausgezögerte Friedenskongreß begann im Dezember 1644. Es war die erste große europäische Friedenskonferenz der Geschichte. Was interessiert uns heute noch daran? Doch wohl dieses: Zwei außerdeutsche Mächte, Frankreich und Schweden, suchten so viel wie möglich für sich herauszuholen und erschwerten damit den Friedensschluß. Spanien arbeitete überhaupt gegen den Frieden.

Die Konferenz tagte an zwei verschiedenen Orten: in Münster und Osnabrück. Auch das erschwerte die Verhandlungen. Lange konnte man sich über die Verfahrensfragen nicht einigen. Und doch, zwischen den Großmächten eingekeilt, verständigten sich allmählich die innerdeutschen Gegner. Man einigte sich auf die friedliche Koexistenz der Konfessionen. Der Augsburger Religionsfriede sollte jetzt unter Einschluß der Reformierten, die 1555 nicht einbezogen waren, wieder Gültigkeit haben. Für den Besitzstand wurde das Jahr 1624 festgelegt: Jeder sollte behalten, was er damals besaß, d. h. bevor der Krieg auf das Reich ausgedehnt worden war. Es wurde also der status quo ante wieder hergestellt und rechtlich anerkannt. Aber diese Regelung ist für uns heute nur noch von historischem Interesse.

Es ist etwas anderes, was den Westfälischen Frieden heute — in unserer besonderen Situation der Spaltung Deutschlands in zwei Staaten und der Spaltung Europas in zwei große Lager — so überaus bedeutsam erscheinen lassen muß.

In ihm wurde ja nicht ein machtpolitischer Konflikt beigelegt. Er beendete auch den Kampf von zwei grundverschiedenen Ordnungsprinzipien, die beide für sich unbedingte Geltung beanspruchten und von diesem Anspruch auch in dem Friedensschluß nicht abrückten*). Bis heute hat z. B. die katholische Kirche das Ziel, ihre Macht über den ganzen Erdkreis auszudehnen, nicht auf-

*) Vgl. hierzu Hermann Rauschning: Mut zu einer neuen Politik, Käte Vogt-Verlag, Berlin.

gegeben. Und bis heute halten die evangelischen Kirchen an dem Auftrag des Herrn fest, aller Welt das Evangelium zu verkünden. Aber obwohl keiner der beiden großen Gegner der Glaubenskampfepoche seine Ziele preisgegeben hat, gibt es nach dem Dreißigjährigen Krieg in Europa keine Konfessionskriege mehr. Der Westfälische Friede hat die Ära der Konfessionskriege endgültig abgeschlossen. Wie war das möglich?

Die weitverbreitete Meinung, daß die Menschen einfach müde geworden waren und deshalb toleranter wurden, ist ebenso irrig wie die Auffassung, daß das Interesse an den Glaubensfragen nachgelassen habe. Es gibt viele Beispiele aus dem späteren 17. Jahrhundert, ja sogar aus dem 18. Jahrhundert, die das Gegenteil beweisen. Man braucht ja nur an die Unterdrückung der Protestanten in Schlesien, Ungarn und Polen zu erinnern, an die Verfolgungen der Pfälzer, an die Vertreibung der Salzburger. Aber trotz dieser Vorkommnisse gab es keine militärischen Konflikte konfessionellen Ursprungs mehr.

Daß nach den Erschütterungen des Rechtsbewußtseins und den großen politischen Umgestaltungen während des Dreißigjährigen Krieges ein bleibender Friede zwischen den Konfessionen hergestellt werden konnte, lag an der Art des Friedensschlusses. In den jahrelangen Verhandlungen war man nämlich übereingekommen, einige alle Vertragspartner bindende Grundsätze festzulegen, die in dem Vertragswerk aufgenommen wurden. Der wichtigste dieser Grundsätze, sozusagen die entscheidende Friedensformel steht im Artikel V § 1 des Osnabrücker Friedensvertrages. Dort heißt es: „... quod uni parti iustum est, alteri quoque iustum." (Was für eine Partei gerecht ist, sei auch für die andere gerecht.)

Man gestand sich also gegenseitig die Gleichberechtigung zu, nachdem es sich erwiesen hatte, daß keine der Konfessionen über die andere den Sieg davontragen konnte. Diese Gleichberechtigungsformel entschärfte und entwirrte den großen religiösen und machtpolitischen Konflikt.

Doch das Entscheidende war, daß man sich nicht mit der feierlichen Erklärung eines Grundsatzes begnügte, sondern auf der Grundlage dieses Prinzips der Gleichberechtigung machtpolitische Regelungen traf, die es überhaupt erst funktionsfähig machten. Man konnte die territorialen Probleme endlich auch regeln, weil man die konfessionelle Entspannung herbeigeführt hatte.

Die Friedensformel „Was der einen Partei gerecht ist, sei auch für die andere gerecht" besiegelte die konfessionelle Koexistenz. Dadurch wurden die machtpolitischen Konflikte von ihren religionspolitischen Überlagerungen getrennt. Neben die Anerkennung der konfessionellen Koexistenz trat die Verpflichtung aller am Friedensschluß beteiligten Staaten zur Aufrechterhaltung der 1648 neu geordneten Machtverhältnisse. Es bekommt hier zum ersten Male in der Geschichte Europas der Gedanke eines Systems von Staaten völkerrechtliche Geltung, „die darüber zu wachen haben, daß sich die Machtgrundlagen nicht verschieben" (Hartung). Dieses 1648 begründete internationale System bestimmte bis 1945 die europäischen Geschicke. Es durchlief einen mehrfachen Gestaltwandel in den 300 Jahren. Es blieb nicht, wie es war. Aber in der ganzen dreihundertjährigen Geschichte ist jedesmal, wenn eine Macht über die andern Staaten ihre Vorherrschaft errichten wollte, das System in Funktion getreten. Es kam dann immer zu Koalitionen, die das Hegemonialstreben bändigten. Ludwig XIV., Napoleon und zuletzt Hitler haben es erfahren.

Wir haben in der Vergangenheit für den Westfälischen Frieden immer nur eine negative Beurteilung gehabt. Man hat stets nur die Zersplitterung des Reiches beklagt, die durch diesen Frieden besiegelt worden sei. Bekanntlich hat damals

jeder deutsche Territorialfürst 1648 das Recht bekommen, mit fremden Mächten Bündnisse einzugehen. Und es gab über 300 solcher Territorien. Äußerlich blieb zwar das deutsche Reich erhalten, aber es war zu einem Staat geworden, der selbst wieder aus Staaten bestand. Aber das war nicht das Ergebnis des Westfälischen Friedens. Das war längst schon vor dem Dreißigjährigen Krieg Wirklichkeit. Schon vor 1618 hatte die fürstliche „Libertät" über die Idee eines zentralisierten Nationalstaates gesiegt. Im Zeitalter der bürgerlich-nationalistischen Geschichtsschreibung hat man das immer nur beklagenswert gefunden. Man zitierte oft und gern die Bemerkung Pufendorfs, des bekannten Staatsrechtslehrers aus dem 17. Jahrhundert, daß das Reich seit 1648 weder Monarchie noch Aristokratie, sondern „irregulare aliquod corpus et monstro simile" sei (ein unregelmäßiges Gebilde, einem Monstrum vergleichbar). Es war sicherlich eine Art Monstrum.

Aber wie hätte denn die Alternative zu der Lösung ausgesehen, die man 1648 fand? Es hätte ja nur die Schaffung einer zentralen Reichsgewalt unter den habsburgischen Kaisern sein können. Dadurch wäre die katholische Vorherrschaft in Deutschland besiegelt worden. Letztlich also wären die Glaubenskämpfe mit dem Sieg der Papstkirche entschieden worden. Das war nach Lage der Dinge unmöglich, und wer die gegenreformatorische Tätigkeit in den österreichischen Landen nach 1648 kennt, weiß auch, was die Schaffung einer zentralen Reichsgewalt mit katholischen Vorzeichen auf die Dauer für die Protestanten in Deutschland bedeutet hätte.

Es gab 1648 nur die Möglichkeit eines Verzichts auf die Zentralgewalt, wenn man zum Frieden kommen und Deutschland nicht in neue schwere Konfessionskämpfe stürzen wollte, ganz abgesehen davon, daß die großen Mächte des Auslands, Frankreich und Schweden, mit einer Machterweiterung des Hauses Habsburg niemals einverstanden gewesen wären. Man sollte also zu einer neuen und realistischeren Einschätzung des Westfälischen Friedens kommen.

Er kann uns in vieler Weise eine Lehre sein, nicht zuletzt auch darin, daß man damals trotz aller Eigenstaatlichkeit der verschiedenen Territorien im Reichstag doch zu einer Gemeinsamkeit kam, die bei allen Unterschieden der Ordnungsprinzipien und Konfessionen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen bewahrte. Allerdings hatte sich im Reichstag nach den Bestimmungen von 1648 der Gedanke der Konfessionsparität durchgesetzt: Es war den vielen kleinen katholischen Territorien (Reichsstände) nicht möglich, die evangelischen zu majorisieren. Man verzichtete auf Mehrheitsbeschlüsse. Sie galten nicht. Vielmehr mußte sich der Reichstag „in Religions- und anderen Sachen" (wie es damals hieß) schiedlich - friedlich „amicabilis compositio" einigen. Die drei auf dem Reichstag vertretenen Stände — Adel, Geistlichkeit und Reichsstädte — waren auf die Parität festgelegt. Dem Corpus Catholicum stand das Corpus Evangelicorum gegenüber, die Zweigliederung blieb erhalten. Die beiden Konfessionen mußten miteinander auskommen. Sie haben sich freilich weiterhin bekämpft. Aber sie konnten nicht mehr zu den Waffen greifen.

Papst Innozenz X. schickte in der Bulle „Zelo domus Dei" vom 20. November 1648 einen flammenden Protest gegen den Westfälischen Frieden in die Welt. Er hätte es gerne gesehen, wenn der Kampf für den katholischen Glauben fortgeführt worden wäre. Sicher war es auch ihm nicht verborgen, was damals jeder wußte: daß nämlich die Fortsetzung des Krieges zur völligen Vernichtung alles dessen geführt hätte, was wir mit dem Namen Mitteleuropa bezeichnen.

Die Bulle Innozenz' X. möge uns daran mahnen, daß nicht alles gut und recht ist, was im christlichen Namen politisch gesagt und getan wird. Mit dem Westfälischen Frieden wurde eine Epoche abgeschlossen, die zu den schrecklichsten der europäi-

schen Vergangenheit gehört. Und heute wissen wir, daß nichts so bleibt, wie es ist, daß also die Gegensätze von heute nicht unbedingt auch die Gegensätze von morgen sein müssen.

Ausblick

Geschichtliche Betrachtungen haben nur Sinn, wenn sie dazu beitragen, das eigene Dasein zu erhellen. Gibt es für uns auch die Möglichkeit, zu einem echten Frieden zu gelangen — über alle ideologisch verhärteten Fronten hinweg?

Die Menschheit steht zum ersten Mal in ihrer Geschichte vor der ungeheuren Entscheidung, ob sie sich selbstmörderisch austilgen oder trotz aller politischen und ökonomischen Gegensätze weiterleben will. Diese Entscheidung über Sein oder Nichtsein zwingt uns zu einer Revision aller unserer bisherigen Vorstellungen über die Beziehungen zwischen Völkern und Staaten, über die Rivalitätskämpfe zwischen Mächtegruppen und gegensätzlichen gesellschaftlichen Systemen. Das Vorhandensein einer tödlichen Bedrohung für die ganze Menschheit kann nur durch die Solidarität der ganzen Menschheit in der Abwehr dieser Gefahr beseitigt werden.

In dieser unserer Situation helfen uns keine gelehrten Betrachtungen darüber, daß wir es eben lernen müßten, „mit der Bombe zu leben". Hier hilft nur der gemeinsame Wille der Völker, auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten und die gemeinsame Furcht vor dem Krieg gemeinsam abzubauen. Das kann nur geschehen, indem erstens Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen gefordert und verwirklicht werden und zweitens die Beseitigung oder wenigstens Eingrenzung von Konfliktstoffen vorgenommen wird, damit es zu einer allmähligen Befriedung unserer zerrütteten und zerrissenen Welt kommen kann. Es geht also konkret gesprochen um die Schaffung militärisch verdünnter Zonen, die Lösung des Berlinproblems und eine Friedensregelung für Deutschland. Das sind die unmittelbaren politischen Aufgaben, die es jetzt zu lösen gilt. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß der Weg zum Frieden über die Ordnung der politischen Beziehungen vor allem in Mitteleuropa führt. Aber es ist ebenso unbestreitbar, daß Teilvereinbarungen über eine militärisch verdünnte Zone oder über die Ausräumung von Konfliktmöglichkeiten nur dann Aussicht auf bleibenden Erfolg haben, wenn West und Ost sich über alle ideologischen und ökonomischen Gegensätze hinweg zur Koexistenz entschließen. Amerika und die Sowjetunion können eben nur noch miteinander sterben oder miteinander (bzw. nebeneinander) leben, wie das Vizepräsident Nixon in Moskau ausdrückte. Es gibt keine Alternative zur Koexistenz. Auch für die Bundesrepublik nicht. Koexistenz ist heute wie 1648 ein Leben in Gegensätzen, die aber nicht mittels militärischer Gewalt ausgetragen werden dürfen. Koexistenz beinhaltet einen Verzicht auf Gewaltanwendung. Für uns Deutsche, die wir sowohl in dem einen als auch in dem andern großen Lager des Weltgegensatzes leben, kann es keinen Zweifel darüber geben, welche gewaltigen Aufgaben sich uns für die nächste Zukunft ergeben werden. Wir wissen, wie groß die Unterschiede der ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnungen sind, weil sie hier in unserm deutschen Geschichtsraum so hart aufeinanderprallen. Es wäre töricht und unlauter, die Schwierigkeiten der Koexistenz zu bagatellisieren. Aber wir haben keine Wahl.

Dieter Grossherr

Das „Hinterhofkind" der Außenpolitik

Eine Bilanz der westdeutschen Kulturpolitik nach Ost und West

Mit dem Konzert, das am 10. Oktober dieses Jahres das Stuttgarter Kammerorchester unter Karl Münchinger in Moskau gab, begann der planmäßige deutsch-sowjetische Kulturaustausch auf der Grundlage des am 30. Mai 1959 in Bonn zwischen beiden Ländern abgeschlossenen Kulturabkommens. Dieser Vertrag enthält ein für die Jahre 1959 und 1960 gültiges detailliertes Austauschprogramm auf kulturellem und technisch-wirtschaftlichem Gebiet, das auf dem Grundsatz strikter Gegenseitigkeit beruht. Für seine praktische Ausführung ist auf deutscher Seite die zentrale Austauschstelle in Bonn zuständig, die dem Auswärtigen Amt untersteht und von dem Vortragenden Legationsrat Dr. Scholl geleitet wird. Die Gastspiel- und Austauschreisen werden von dieser Stelle im einzelnen mit der Bonner Sowjetbotschaft oder mit dem Moskauer Kultusministerium direkt vereinbart.

Das westdeutsche Programm in der Sowjetunion ist von erheblichem Umfang und erfreulicher Qualität. Dem Stuttgarter Kammerorchester, das zwischen dem 10. und 25. Oktober in Moskau, Leningrad, Kiew und Tiflis insgesamt zehn Konzerte mit Werken von Bach, Händel, Mozart und Vivaldi gab, folgt im November das Ensemble des Staatlichen Schauspielhauses Hamburg unter der Leitung von Gustaf Gründgens. Vorgesehen sind zwanzig, allerdings ausschließlich klassische Aufführungen in Moskau und Leningrad. Goethes „Faust I" und „Der zerbrochene Krug" von Kleist stehen auf dem Programm. Ebenfalls im November reist der Kölner Gürzenich-Kapellmeister Günter Wand als Gastdirigent in die Sowjetunion, wo er mit den philharmonischen Orchestern von Moskau, Leningrad und Kiew Konzerte geben wird. Ferner sind für dieses Jahr noch Gastspiele eines Streichquartetts und einer Cembalistin vorgesehen. Die Verhandlungen über das Programm für 1960 sollen demnächst beginnen. Unter anderem werden eine deutsche Ausstellung moderner Architektur in der Sowjetunion und eine sowjetische Volkskunstausstellung in der Bundesrepublik vorbereitet.

Während die deutschen Vorschläge für 1959 bereits konkrete Gestalt angenommen haben, sind die Sowjets mit ihrem Programm noch etwas im Rückstand. Fest vereinbart ist bisher ein Gastspiel des ukrainischen Volkstanz- und Gesangsensembles, dessen Tournee im Oktober in München begonnen hat; vorgesehen sind Gastspiele des Pianisten Baschkirow, eines Puppentheaters und eines Cellisten.

Westdeutsche studieren in der Sowjetunion

Auch das im einzelnen vereinbarte Programm für den Austausch von Studenten und Professoren, für Informationsreisen verschiedener Art sowie für den Austausch von Tonbändern der Rundfunkanstalten beider Länder ist angelaufen.

Am 20. September trafen eine Jura-Studentin aus West-Berlin, ein Zoologie-Student von der Universität München und ein Student der Slawistik aus Hamburg in Moskau ein. Alle drei sprechen fließend russisch und erhalten für die Dauer ihres halbjährigen Studiums an der Lomonossow-Universität Stipendien in Höhe von monatlich 900 Rubel. Sie folgten einer Einladung des Komitees der Jugendorganisation der UdSSR, die im November 1958 anläßlich eines Besuches von sowjetischen Studenten in der Bundesrepublik an den Verband Deutscher

Studentenschaften (VDS) ergangen war. Im Rahmen des zwischen den Auswärtigen Ämtern in Moskau und Bonn geschlossenen Kulturabkommens sollen in Kürze weitere zehn deutsche Studenten ihr Studium an sowjetischen Hochschulen aufnehmen. Zu Beginn des Wintersemesters im November erwartet der Verband Deutscher Studentenschaften dieselbe Zahl sowjetischer Austauschstudenten in der Bundesrepublik. Und bis zum nächsten Jahr sollen insgesamt 46 Professoren, Assistenten und Studenten beider Länder herüber und hinüber gefahren sein.

Die deutschen Studenten aus der Bundesrepublik wohnen in einem sowjetischen Studentenheim, sie essen mit ihren Kollegen aus Moskau, Wladiwostok oder Tiflis an einem Tisch in der Mensa. Sie werden sich nicht nur hinter Büchern und in Seminaren vergraben, sondern mit ihren sowjetischen Kollegen diskutieren und feiern, Freunde gewinnen und wohl auch manche Meinungsverschiedenheit austragen. Sie werden mit einem lebhaften und recht genauen Eindruck vom Alltag in Moskau zurückkehren. Nicht zuletzt werden sie sachlich und nüchtern, ohne politisch gezielten Missionsdrang ihre Gastgeber über die deutsche Bundesrepublik informieren müssen — trotz oder gerade wegen der im Grundsatz so unterschiedlichen politischen Ansichten, der bitteren Ereignisse aus der Kriegszeit und mancher falscher Vorstellungen aus der Gegenwart.

Ebensowenig werden die sowjetischen Studenten an den westdeutschen Hochschulen in akademischer Klausur verharren. Auf beiden Seiten gilt es Vorurteile und Vorbehalte zu überwinden. Jeder einzelne Student kann ein „Botschafter des guten Willens" sein. In den nächsten Monaten wird es sich herausstellen, ob sich die Erwartungen hinsichtlich eines fairen Professoren- und Studentenaustauschs mit der Sowjetunion — allen Unkenrufen zum Trotz — erfüllen.

Im Schnittpunkt kultureller und politischer Interessen

Wie viele internationale Beziehungen, so steht auch der Studenten- und Kulturaustausch mit der Sowjetunion im Schnittpunkt der Kraftfelder des wissenschaftlichen oder kulturellen Interesses und der auswärtigen Politik. Zweifellos erfolgt der Studentenaustausch nicht nur, wohl nicht einmal in erster Linie aus Gründen fachlicher Forschung. Aber gerade weil die Entwicklung der Wissenschaft, Kunst und Kultur heute nicht mehr in nationaler Beschränkung denkbar ist, sondern nur noch in internationaler Verflechtung, hat sich der Verband Deutscher Studentenschaften, zusammen mit der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau, seit Monaten für einen Kulturaustausch mit der Sowjetunion eingesetzt. Und wenn er sich heute auch noch recht bescheiden ausnimmt, so sollten die fruchtbaren Auswirkungen der nun verwirklichten ersten Verbindungen doch nicht unterschätzt werden. Mindestens weckt das Kulturabkommen mit der Sowjetunion neue Hoffnungen auf einen regelmäßigen, möglichst breiten und von öffentlicher Hand geförderten kulturellen Verkehr zwischen Westdeutschland und den Ländern des Ostblocks, der bisher auf einige private Initiativen beschränkt war.

Bei den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen vom 30. Mai 1959 handelt es sich um das erste Kulturabkommen der Bundesrepublik mit einem kommunistisch regierten Staat, mit dem einzigen, zu dem Bonn diplomatische Beziehungen unterhält.

Seit 1953 hat die Bundesregierung mit folgenden Staaten bilaterale Kulturabkommen getroffen, wobei die Initiative in jedem Falle von dem betreffenden Partnerstaat ausging: USA, Frankreich, Spanien, Belgien, Griechenland, Norwegen, Italien, Japan, Türkei, Großbritannien, Chile. Abkommen mit Afghanistan, Ägypten, Brasilien, Columbien, Mexiko, den Niederlanden, Pakistan, Paraguay und der Südafrikanischen Union werden vorbereitet.

Allerdings wirkt es nach wie vor grotesk, wenn es heute westdeutschen Studenten eher möglich ist, in Moskau oder Leningrad zu studieren als in Jena oder Leipzig, für mitteldeutsche Studenten eher als in München oder Köln. Nicht zu übersehen ist auch der auffallend geringe Anteil von Studenten aus Osteuropa an der Zahl der ausländischen Studierenden in der Bundesrepublik.

2 Russen — 1691 Nordamerikaner

Wie aus der soeben zum fünften Male von der Auslandsstelle des Deutschen Bundesstudentenrings mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes herausgegebenen Statistik über das Studium von Ausländern in der Bundesrepublik hervorgeht, war der Anteil der Ausländer an der Gesamtstudentenzahl Westdeutschlands noch nie so hoch wie heute: Im Wintersemester 1958/59 studierten 18 953 Ausländer — gegenüber 3500 im Jahre 1953/54 — an den westdeutschen und West-Berliner Hochschulen, das sind mehr als zehn Prozent von insgesamt 186 000 immatrikulierten Studierenden. Damit studieren in der kleinen Bundesrepublik fast ebensoviele Ausländer wie in der großen Sowjetunion. Mehr als ein Drittel von ihnen kommt aus den afrikanisch-asiatischen Entwicklungsländern. Die umfangreichste Gruppe bilden die 2678 Perser, gefolgt von 2432 Griechen, 1691 Nordamerikanern und 1331 Studenten aus der Vereinigten Arabischen Republik. Die Zahl der Letztgenannten hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre verzehnfacht, versechsfacht hat sich die Zahl der griechischen, vervierfacht die der persischen Studenten in Westdeutschland. 1958 erhielten 1500 ausländische Studenten aus dem Kulturfonds des Auswärtigen Amtes über den Deutschen Akademischen Austauschdienst Stipendien im Gesamtwert von 3 314 000 Mark. Hinzu kommen 140 Stipendiaten des Bundesinnenministeriums (600 000 DM) und 160 Stipendiaten der einzelnen Bundesländer (760 000 DM).

Lächerlich schwach sind nach wie vor die Studenten aus den Ostblockländern in der Bundesrepublik vertreten: 32 kommen aus Polen, acht aus Rumänien, sechs aus der Tschechoslowakei, zwei aus der Sowjetunion, einer aus Albanien.

Inzwischen hat sich aber der Verband Deutscher Studentenschaften erneut um eine Änderung dieses Mißverhältnisses bemüht. Am 7. Oktober dieses Jahres kehrten seine beiden Vorsitzenden Lennings und Pangritz von einer einwöchigen Informationsreise aus Prag und Warschau zurück. In Prag besprachen sie mit dem Hochschulrat beim Komitee der Jugendorganisationen die Möglichkeiten einer zukünftigen kulturellen Zusammenarbeit zwischen den Studentenschaften beider Länder. Eine fünfköpfige Delegation des Hochschulrates wurde zu einer Reise durch die Bundesrepublik eingeladen. Mit den Vorsitzenden des polnischen Studentenverbandes ZSP wurden kurzfristige Studentenaustauschprogramme und ein Austausch von je fünf Stipendiaten vereinbart. Die deutschen Stipendiaten werden im Februar kommenden Jahres nach Polen fahren, während die polnischen Studenten im Sommersemester 1960 mit ihrem Studium in Deutschland beginnen werden. Schließlich sollen im nächsten Jahr mehrere Studentengruppen aus Polen und aus der Bundesrepublik Rundreisen durch die Partnerländer durchführen. In diesem Zusammenhang sei noch die Teilnahme des Verbandes Deutscher Studentenschaften an dem Internationalen Studenten-Seminar erwähnt, das vom 10. bis 16. September 1959 77 Studenten aus Ost und West in Moskau vereinigte, sowie die Fahrt von Delegationen des Liberalen Studentenbundes Deutschlands zu den Weltjugendfestspielen 1957 in Moskau und 1959 in Wien.

Von der Siedlerschule zum Spracheninstitut

Einen noch breiteren Raum als die Förderung des Ausländerstudiums nimmt in der Kulturpolitik der Auswärtigen Ämter fast aller Länder die Pflege der betref-

fenden Heimatsprache im Ausland ein. Von dem Kulturfonds des Auswärtigen Amtes in Bonn, der im laufenden Haushaltsjahr eine Höhe von 61,6 Millionen Mark erreicht hat (Haushalt-Titel 302 und 303), entfallen 33,6 Millionen Mark auf die Betreuung von 400 deutschen Schulen im Ausland (170 in Lateinamerika, sechzig in West-Europa, dreißig in Afrika), von denen die Hälfte laufend unterstützt wird. Es handelt sich durchweg um Privatschulen, die von kirchlichen Orden, Missionen oder Schulvereinen getragen werden. Im Laufe der Zeit haben sich unzählige Mischformen herausgebildet. Im allgemeinen hat sich der Charakter der deutschen Schulen im Ausland von der Siedlerschule für die Erhaltung der deutschen Volkszugehörigkeit zur Schule mit deutscher Unterrichtssprache für vorwiegend nichtdeutsche Kinder und Erwachsene gewandelt. Und „Deutsche Schule", das heißt heute manchmal nur noch, daß einige deutsche Lehrer in einigen Fächern in deutscher Sprache unterrichten.

Vor dem zweiten Weltkrieg gab es 2500 deutsche Auslandsschulen. Aber nur die 400jährige St.-Petri-Schule in Kopenhagen, die älteste der heute noch bestehenden Auslandsschulen, die von der deutsch-evangelischen Gemeinde getragen wird, die Schule der katholischen Schwestern Unserer Lieben Frau in Mailand, sowie rund fünfzig Ordens- und Gemeindeschulen in Südamerika und der Südafrikanischen Union blieben von der Enteignung während des zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach verschont.

Die älteste deutsche Auslandsschule überhaupt war die Domschule zu Reval. Sie entstand zusammen mit der Domkirche um 1240. 1765 wurde sie in eine Ritterakademie umgewandelt, unter Zar Alexander III. 1893 geschlossen. Dann folgten Öffnungen und Schließungen, jeweils unter deutscher oder russischer Herrschaft, in stetem Wechsel, bis die von Hitler befohlene Aussiedlung der Deutschen im zweiten Weltkrieg der 700jährigen Schulgeschichte ein Ende setzte. Ebenso erging es den noch aus dem 15. Jahrhundert stammenden deutschen Volks- und Lateinschulen in Siebenbürgen neben allen anderen derartigen Einrichtungen in Ost-Europa.

Bonn schafft in Spanien Musterbeispiel

Auf Beschluß der Ständigen Konferenz der Kultusminister, der die Prüfung und Auswahl der Lehrer an den Auslandsschulen obliegt, wurden sämtliche Auslandslehrer der Kriegs- und Vorkriegszeit nach Deutschland zurück beordert. Rund zwanzig von Hundert allerdings folgten diesem Rufe nicht und versagten sich der Notwendigkeit, mit der Wirklichkeit im Nachkriegs-Deutschland unmittelbar Kontakt aufzunehmen.

In mancher deutschen Gemeinde des Auslandes prallen noch heute die Meinungen bedrohlich hart aufeinander: da gibt es Anhänger des früheren Kaiserreichs, der Traditionen von 1848, der Weimarer Republik; Emigranten, die den Verfolgungen des Nazismus entronnen waren; geflüchtete Nazis, denen nach 1945 der Boden in Deutschland zu heiß geworden war; und schließlich brandete die Welle der Nachkriegsauswanderer an die fernen Küsten, unter ihnen viele aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Man denke in diesem Zusammenhang auch an die Flucht des antisemitischen Studienrates Ludwig Zind nach Kairo und an ähnliche „Repräsentanten deutscher Kultur" im Ausland.

Um das deutsch-mexikanische Kulturinstitut in Mexico City zum Beispiel, das vom Auswärtigen Amt in Bonn einen jährlichen Zuschuß von 50 000 DM erhält, ist es zu einem regelrechten Kampf zwischen alt-konservativen, nationalistischen und faschistischen Emigranten auf der einen Seite, demokratischen auf der anderen um die Vorstandschaft gekommen. Und offenbar sind die Kontakte des Botschafters von Walther und seines Kulturattachés Dr. Bauer zur erstge-

nannten Gruppe inniger als zu so republikanisch gesinnten Leuten wie dem Leiter der deutschen Schule in Mexico City, dem Leiter der dortigen deutschen Theatergruppe, dem Professor für Germanistik an der Universität, dem Inhaber der größten deutschen Buchhandlung in der mexikanischen Hauptstadt und anderen, deren Einfluß auf das deutschsprachige Kulturleben jedenfalls geringer ist, als es zu wünschen wäre. Daraus wiederum entstehen dann so peinliche Vorfälle wie die Niederlegung eines Kranzes mit schwarzweißroter Schleife und der Aufschrift „Treue um Treue — Den Helden und Märtyrern von Nürnberg" bei einer öffentlichen Totenfeier auf dem deutschen Friedhof von Mexico City in Anwesenheit des Bonner Botschafters.

Ein anderes Beispiel: Während die kulturellen Beziehungen zu den Ländern Ost-Europas bis vor kurzem gleich null waren, galt eines der ersten Kulturabkommen der Bundesregierung ausgerechnet dem faschistischen Spanien. Im Frühjahr dieses Jahres wurde in Madrid durch den stellvertretenden Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Botschafter Knappstein, der Grundstein zu einer neuen deutschen Schule gelegt, die als Musterbau für die zukünftig zu errichtenden Auslandsschulen gelten soll und zugleich die größte Kapazität aufweist. Sie wird eine Grundschule für 550, eine Oberschule für 450 und einen Hort für 280 Kinder umfassen. Hoffentlich entspricht der Geist, der in diese Schule einziehen wird, nicht dem Geist der meisten deutschsprachigen Bücher, die im Deutschen Kulturinstitut von Madrid und — mehr noch — in den dortigen Buchhandlungen zu finden sind: Titel von Agnes Miegel über Jünger, Salomon, Sedlmayer, Guardini und Thorwald bis zu Guderian, Dietrich, Schellenberg, Ribbentrop, Fritsche und von Papen. Denn in Wirklichkeit kommt es auch in Spanien bei der deutschen Kulturarbeit nicht darauf an, Vergangenheit zu verwalten, sondern Zukunft zu gestalten: Wie der Madrid-Berichterstatter einer großen deutschen Tageszeitung schrieb, habe als Ergebnis des deutschen Kulturlebens der letzten Jahre die Erklärung der achtzehn Göttinger Professoren gegen die Atomrüstung den nachhaltigsten Eindruck im Lande hinterlassen. Und das wohl kaum unter Mitwirkung der offiziellen Kultur-Diplomatie.

Man mißtraut uns

Heute sind wieder 500 Lehrer an deutschen Auslandsschulen in Übersee und 300 in Europa tätig. 600 Lehrkräfte wurden seit 1950 aus dem innerdeutschen Schulbetrieb ins Ausland vermittelt, 250 allein im Vorjahr. Der Besuch der deutschen Schulen in Madrid, Barcelona, Rom, Mailand, Bilbao, St. Gallen, Vlotrop, Watersleyde, Zuoz, Istanbul und Kairo berechtigt zur Ablegung der Reifeprüfung. Vor einer solchen Anerkennung stehen die Schulen in Den Haag, Dublin, Stockholm, Helsinki, Porto, San Sebastian, Santa Cruz de Teneriffa, Las Palmas de Gran Canaria, Lissabon, Genua, Athen, Saloniki, Ankara, Addis Abeba, Bogotá, Tokio und Teheran.

Neben den Schulen gibt es zur Zeit wieder elf deutsche Kulturinstitute und dreißig Bibliotheken im Ausland, deren größte sich in Madrid, Brüssel, Barcelona, Rom, Mailand, Lissabon, London, Stockholm, Ankara und Kairo befinden. 23 weitere Kulturinstitute und Bibliotheken sollen unter anderem in Glasgow, Turin, Casablanca und Neu Delhi gegründet werden. Von den 75 deutsch-ausländischen Kulturgesellschaften, die meisten davon in Südamerika, werden vor allem Einzelveranstaltungen durchgeführt.

Die zentrale Organisation zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland ist das 1932 im Rahmen der Deutschen Akademie gegründete Goethe-Institut mit Sitz in München, das 1952 neu eröffnet wurde. Es veranstaltete im Vorjahr in den deut-

schen Schulen, Kulturinstituten, Bibliotheken und Leseräumen sowie mit Hilfe der „Deutschen Stunde" bei 24 ausländischen Rundfunkstationen — so in den USA, in Rangun, Saigon, Bangkok, Buenos Aires, Asuncion und Haiti — 220 Sprachkurse für Ausländer, die bis zu 800 Teilnehmer verzeichnen konnten. Den größten Zuspruch mit insgesamt 2500 Teilnehmern fanden die Sprachkurse in Athen, gefolgt von denen in Bangkok und Kairo mit je 2400 Teilnehmern. Dennoch kann das Goethe-Institut aus Mangel an finanziellen Mitteln nur ein Zehntel der Nachfrage nach deutschen Sprachkursen befriedigen. Zum Vergleich: der British Council unterrichtet gegenwärtig in allen Teilen der Welt 100 000 Menschen in englischer Sprache.

Das Auswärtige Amt unterstützt die Sprachkurse des Goethe-Instituts und seine 58 Dozenten ebenso wie die 77 deutschen Lektoren an den Universitäten des Auslandes und die 49 ausländischen Gastdozenten in der Bundesrepublik. 45 Dozentstellen müßte das Goethe-Institut aber noch besetzen. Insgesamt trägt das Auswärtige Amt mit einem Zuschuß von derzeit 6,3 Millionen Mark pro Jahr 68 Prozent der Dozentengehälter, Mieten und Verwaltungskosten des Instituts. Dafür üben die Auslandsvertretungen die Kontrolle über die Dozenturen aus.

Die vom Goethe-Institut herausgegebene „Deutsche Sprachlehre für Ausländer" erreichte inzwischen eine Auflage von mehr als 120 000 Exemplaren. In der Bundesrepublik verfügt das Institut über zwölf Unterrichtsstätten mit achtzig Lehrern, an denen regelmäßig achtwöchige Sprachkurse für Ausländer durchgeführt werden. 1958 nahmen rund 5000 Personen daran teil. Die Kosten eines solchen Kurses belaufen sich einschließlich Unterkunft und Verpflegung auf 900 DM.

Die Erfolge dürfen jedoch nicht über Mißerfolge und Schwierigkeiten hinwegtäuschen. Diese Schwierigkeiten liegen vor allem in einem Umstand begründet, den Außenminister Heinrich von Brentano (in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" vom 15. November 1958) so erklärte: „Fast überall sind in den letzten Kriegsjahren oder im Jahre 1945 die deutschen Schulen und kulturellen Institute (im Ausland) geschlossen und zu einem großen Teil enteignet worden. Noch ist die Achtung vor dem Fundus älterer deutscher Kultur vorhanden, aber die Methoden des Dritten Reiches haben vielerorts ein Mißtrauen und eine Abneigung gegen deutsche kulturelle Außenpolitik geweckt, das wir erst mühselig wieder beseitigen müssen." Hierfür ein Beispiel: Am 9. Mai 1945 fand in Amsterdam auf dem historischen Platz der Stadt, dem Dam, eine Befreiungsfeier statt, bei der der neue Bürgermeister verkündete, von nun an werde in den holländischen Schulen und Universitäten kein deutscher Sprachunterricht mehr erteilt werden. Diese Mitteilung löste bei den Holländern großen Jubel aus. Konnte man es ihnen verübeln? Ihnen, die, wenn deutsch gesprochen wurde, weniger an Goethe und Stifter als an Seyss-Inquardt und Himmler denken mußten. Ein Jahr später war der erste deutsche Abend, der nach dem Kriege in Amsterdam veranstaltet wurde, Heinrich Mann gewidmet, der an jenem Tage — es war der 27. März 1946 — 75 Jahre alt wurde. Die Holländer ehrten in ihm den Schriftsteller der deutschen Demokratie.

Verständigungs- statt Volkstumspolitik

Wie tief liegen die Wurzeln des Mißtrauens gegenüber deutscher Kulturpolitik im Ausland? Sie liegen am tiefsten in Ost- und Südosteuropa, denn dort war die Bereitschaft zur Aufnahme und sorgfältigen Würdigung fremder Leistungen am geringsten, dort feierte der dummdreist-überhebliche Satz „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen" seine verwerflichsten Triumphe.

Im Jahre 1938 schrieb ein mutiger deutscher Fachmann den damals unbeachtet gebliebenen Satz, daß die Deutschen die Terminologie, die Franzosen die Wirk-

lichkeit der „Volkstumsarbeit" geschaffen hätten. Die Franzosen haben, im Gegensatz zu den Deutschen, ihre Kulturarbeit im Ausland nie zum Gegenstand einer aufdringlichen Volkstumsideologie gemacht. Sie haben nie darüber gestritten, ob die Sprachfranzosen in Neuengland, Quebec oder Buenos Aires Amerikaner, Kanadier, Argentinier seien oder immer noch Franzosen. Die Idee eines die Staaten und Kontinente umspannenden „Volkstums" ließ sie kalt. Da sie als Kriterium dafür, ob irgendwo kultureller Unterstützung bedürfende Menschen lebten, lediglich den Gebrauch der französischen Sprache betrachteten, konnten sie sich ganz unbefangen der Organisation bedienen, die in erster Linie für die Ausbreitung des Französischen arbeitete: der Alliance Francaise. Die sogenannte „deutsche Volkstumsarbeit" dagegen ist nicht erst durch die von den Nationalsozialisten vorgenommene radikale Politisierung suspekt geworden. Schon bevor die Deutschen im Ausland nicht mehr nur als Volksgruppe, sondern als Vertreter einer expansiven politischen Idee betrachtet wurden, begann jene Entwicklung, die schließlich im Dritten Reich ihren Höhepunkt fand. Bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die Einrichtungen des späteren „Vereins für das Deutschtum im Ausland" (VDA) eigentlich geschaffen, um die Erziehung deutscher Kinder „in deutscher Sprache und deutschem Geist" sicherzustellen, in den Volkstumsinseln, aber auch in zahlreichen Großstädten Ost- und Südost-Europas zu Zentren der „Auseinandersetzung mit dem Osten", die am Vorabend des ersten Weltkriegs, den sie geistig mit veranlaßte, in vollem Gange war. Von da an galt der VDA nicht mehr als Träger deutscher Schul- und Kulturarbeit im Ausland, sondern in den Augen der Gastländer in zunehmendem Maße als Fünfte Kolonne nationalistischen Weltmachtstrebens. Da es sich die Habsburger Monarchie mit Rücksicht auf die mehrsprachige Zusammensetzung ihrer Gebiete oft weniger leisten konnte, eine deutschsprachige Kulturpolitik besonders zu forcieren, kamen aus dem politisch und wirtschaftlich rasch erstarkenden Deutschen Reich erhebliche Mittel für die „Volkstumsarbeit" in die Donauländer, die — mit deutscher Gründlichkeit betrieben — fast immer von nationalistischen Mißklängen begleitet war. Und als sich 1919 auf den Trümmern der österreichisch-ungarischen Monarchie junge Nationalstaaten etablierten, richtete sich diese „Volkstumsarbeit" mit ihren starken politischen Akzenten meistens gegen die jeweiligen Regierungen: in der Tschechoslowakei, in Polen, Rumänien, Jugoslawien, zeitweilig auch in Ungarn, Italien und in Österreich selbst.

In der Nürnberger Anklageschrift gegen die Hauptkriegsverbrecher ging die deutsche „Volkstumsarbeit" als Fünfte Kolonne Hitlers in die Vorstellungen der Sieger des zweiten Weltkriegs ein, und auch in den Begründungen zur Ausweisung der Deutschen aus Ost- und Südost-Europa spielte sie eine bedeutende Rolle. Leider scheint es, als seien sich die regierungsamtlichen Repräsentanten deutscher Kulturarbeit im Ausland dieser drückenden Hypothek besonders gegenüber den östlichen Nachbarn heute noch immer nicht voll bewußt. Und schließlich wird auch der gegenüber den osteuropäischen Staaten — mit Ausnahme der Sowjetunion — bisher geübte völlige Verzicht auf offizielle Kulturbeziehungen das noch vorhandene oder erneut aufkeimende Mißtrauen nicht beseitigen.

Wem nicht zu raten ist...

Wieviel Porzellan mag zerschlagen worden sein, als man 1956 von München aus versuchte, den suspekten VDA mit Unterstützung der Regierungen des Bundes und des Landes Bayern neu zu begründen. Alle Warnungen und Vorschläge für einen zweckentsprechenderen Aufbau des VDA als in der Vergangenheit wurden in den Wind geschlagen: die Empfehlung, den VDA dem Goethe-Institut anzuschließen; der Rat, den VDA zumindest in „Verein für deutsches Auslands-

sprachtum" umzubenennen; und auch der zwar weitgehende, aber auf eine sehr umfassende Verständigung hinzielende Vorschlag, demzufolge sich die vier deutschsprachigen Staaten Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Österreich und Schweiz, ungeachtet ihrer staatspolitischen Struktur, ein gemeinsames Kulturinstitut zur Pflege der deutschen Sprache hätten schaffen sollen. Ein Institut, in dem sich die beiden neutralen Länder verbürgen, daß nur Sprachpflege, keine Großraumpolitik betrieben wird, und dem sich deutschsprachige Gebiete anderer Staaten — etwa Elsaß-Lothringen oder Südtirol — hätten anschließen können. Nationalistische Kreise, zum Teil gestützt von der Industrie und der Bonner Ministerialbürokratie, verstanden es, den Verein zu unterwandern, bis es vor einigen Monaten zwischen ihnen und Gründungsmitgliedern wie Reichskanzler a. D. Hans Luther oder Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner zum offenen Bruch kam.

Natürlich dienen solche Fehlleistungen der gegenseitigen Verständigung ebensowenig wie etwa jene widerspruchsvollen Ausführungen von Bundestagspräsident D. Eugen Gerstenmaier in einer Rede anläßlich der Jahrestagung des Stuttgarter Instituts für Auslandsbeziehungen ein halbes Jahr vor Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Kulturabkommens. Einmal verlangte Gerstenmaier entschieden, „daß im eigenen Volk die Kenntnis und Schätzung des Fremden geweckt und positiv und kritisch zugleich gefördert wird", zum anderen erklärte er: „Ich weigere mich anzuerkennen, daß die Kulturpolitik sich auf derselben Ebene entfalten dürfte wie etwa die Auslandspropaganda der Sowjets. Die zuweilen in der Tarnung objektiver Wissenschaftlichkeit auftretende russische Auslandspropaganda — wie zum Beispiel der Schriftstellerkongreß in Taschkent — muß von uns vielleicht nicht einmal ihrer Methodik, wohl aber ihrer inneren Ebene nach abgelehnt werden."

Wie kann die Kenntnis des Fremden aber geweckt werden, wenn man dessen „innere Ebene" a priori ablehnt? Eine solche Einstellung erklärt vielleicht, warum das im Verkehr mit anderen Ländern übliche, freie Spiel kultureller Kräfte beim deutsch-sowjetischen Kulturabkommen zugunsten eines schmalen, zementierten Kanals verbannt worden ist. Während alle anderen derartigen Verträge mit Bonn nur den Rahmen des Austauschs umschreiben, dessen Ausfüllung jedoch mehr oder minder freizügig den Partnern und ihren kulturellen Organisationen überlassen, wurde im Vertrag mit Moskau das Austauschprogramm in allen Einzelheiten festgelegt: aus Furcht vor dem Einfluß, den ein im wesentlichen unkontrollierter Import von „fremder" Kultur — sei es in Gestalt von Gaststudenten, sei es in Form von Kunstausstellungen oder Literatur — auf das politische Klima der Partnerstaaten ausüben könnte.

Selbst Bruno E. Werner, seit 1952 deutscher Kulturattaché in Washington, der erst kürzlich wieder bei einem Vortrag in München darauf hinwies, wie falsch es sei, Kulturpolitik im Ausland mit Volkstumspolitik zu verwechseln und anstatt sich in erster Linie an die Menschen im anderen Land an die eigenen Landsleute im Ausland zu wenden — Grundtendenz der expansiven nationalsozialistischen Kulturpolitik —, warnte das Auswärtige Amt davor, administratives Denken vor aktives Handeln, fiskalisches Zögern vor produktives Wirken zu stellen.

Die Rivalität der beiden deutschen Staaten

Allzu oft scheint es, als verwechsle die Bundesregierung die ihr aufgegebene Kulturarbeit im Ausland entweder mit Propaganda zugunsten der Nato respektive der momentanen internationalen Machtpolitik oder — was ebenso extrem und ungeeignet erscheint — sie läßt durch ihre Auslandsvertretungen kulturelle

Kaffeekränzchen-Atmosphäre mit Kammermusik und zeitfremder Schöngeistigkeit verbreiten. Erst kürzlich wieder erhielt eine deutsche Kulturwoche im Ausland die Pressezensur „edel, aber verstaubt".

Während das Auswärtige Amt in Bonn jahrelang Sportlern und Artisten aus den Ostblockstaaten die Einreise verweigerte und damit den Eindruck hinterließ, als könnten die Akrobaten des Moskauer Zirkus etwa die Sicherheit der Bundesrepublik untergraben, verzichtete es auf mancherlei Kontakt- und Verständigungsmöglichkeiten mit den betreffenden Ländern in einer Zeit, in der auch im Osten Europas ein wachsendes Interesse an deutscher Kultur, unabhängig von den beiden Staatsformen des geteilten Landes, festzustellen ist. Seit 1950 hat sich zum Beispiel die Zahl der Germanistik-Studenten an der Universität Zagreb verzehnfacht; an der Universität Belgrad gibt es heute mehr Germanistik-Studenten als an irgendeiner anderen Hochschule der Welt; in den Oberklassen der Schulen Kroatiens nehmen achtzig Prozent aller Schüler am Deutschunterricht teil, in Rumänien ein Drittel, in Ungarn neunzig Prozent in den Oberklassen der Elementarschulen und sechzig Prozent an den höheren Schulen. Ähnlich groß ist das Interesse an deutscher Sprache und Literatur in Polen. Natürlich betreibt die DDR in allen diesen Ländern eine sehr aktive Kulturpolitik — und die Bundesrepublik nimmt offiziell nicht einmal an den Moskauer Filmfestspielen teil.

Bis zum Vorjahr hatte die DDR elf zweiseitige Kulturabkommen geschlossen, das sind ebensoviele wie die Bundesrepublik. Die DDR verwendet aus allen ihren Handelsabkommen — und sie unterhält vor allem zu den sogenannten Entwicklungsländern gute wirtschaftliche Beziehungen — im allgemeinen die Hälfte des erzielten Umsatzes für ihre dortige Kulturarbeit.

In Kairo etwa, wo ein einziger Bonner Pressereferent mit einer einzigen Hilfskraft arbeitet, ist der Ost-Berliner Handelsvertretung und dem Generalkonsulat ein zwanzig Mann starker Informationsstützpunkt angegliedert. Der Kairoer Rundfunk sendet regelmäßig deutschsprachige Nachrichten aus der DDR. Zehn Ost-Berliner Spezialisten für Öffentlichkeitsarbeit sind in Bagdad stationiert, 35 in den indischen Städten Neu Delhi, Bombay, Kalkutta und Madras, acht in Rangun, fünf in Colombo. Die Bundesregierung hat ihnen kaum etwas entgegenzusetzen. Sogar Spezialkurse für Eingeborenensprachen werden in der DDR veranstaltet, deren Absolventen bis in die entlegensten Dörfer Asiens und Afrikas gehen. Trotz der Propaganda der Bundesregierung gegen den anderen Teil Deutschlands und den Ostblock setzt sich im Nahen und Mittleren Osten allmählich die Ansicht durch, die DDR sei das „richtige" Deutschland. Oder, was schlimmer ist: die Rivalität zwischen den Kulturmissionen der Bundesrepublik und der DDR im Ausland schadet dem Ansehen Deutschlands überhaupt.

Während an der Nedjat-Oberrealschule in Kabul die Oberklassen Deutsch aus „Des Knaben Wunderhorn" lernen — eine wohl doch recht unzulängliche Unterrichtsgrundlage —, verwenden japanische Schulen im Deutschunterricht Lehrbücher aus der DDR mit dem Text der Nationalhymne von Johannes R. Becher, der dort neben Alexander Abusch, Anna Seghers, Arnold Zweig, Stefan Andres, Ernst Jünger, Erich Kästner, Hermann Kasack und Carl Zuckmayer zu den bekanntesten zeitgenössischen deutschen Autoren zählt. Günther Weisenborn — das Bonner Außenministerium hält den Dichter für „nicht repräsentativ" genug, um die deutsche Kultur im Ausland zu vertreten — wurde 1955 mit dem Preis des japanischen Unterrichtsministerium ausgezeichnet.

An mehreren Orten Finnlands veranstaltete Ost-Berlin eine Theaterausstellung und eine Ausstellung mit graphischen Arbeiten von Käthe Kollwitz. In Rom hat die DDR ein „Centro Thomas Mann" eröffnet, dessen stark besuchte Vor-

tragsfolgen die Anziehungskraft zeitgenössischer Themen bekunden. In London mußte die UFA zugunsten einer Filmwoche der DEFA verzichten, und bei den diesjährigen Londoner Filmfestspielen wird ebenfalls nur die DDR vertreten sein, nachdem der westdeutsche Film „Hunde, wollt ihr ewig leben" von den Veranstaltern nicht zugelassen worden ist: so rächt sich indirekt der Einspruch des Bonner Außenministeriums gegen die Aufführung des französischen Konzentrationslager-Films „Nacht und Nebel" bei den Filmfestspielen von Cannes 1957, gegen den sozialkritischen Erich Kuby-Film „Das Mädchen Rosemarie" bei den Filmfestspielen von Venedig 1958 und gegen die Aufführung der DEFA-Dokumentarfilme „Unternehmen Teutonenschwert", „Urlaub auf Sylt" und „Ein Tagebuch für Anne Frank" im Ausland.

Der Geist westdeutscher Kulturarbeit im Ausland

„Kulturelle Leistungen können das Ansehen eines Staates erhöhen, auch wenn — und das ist gerade für uns heute wichtig — seine politische Bedeutung zurückgegangen ist. Kulturelle Außenpolitik soll nicht der Macht die Wege ebnen, sie soll nicht auf Kosten des Gastlandes, des Partners gehen, sondern sie soll Fehl- und Vorurteile beseitigen, Verständnis wecken und Vertrauen schaffen. Verständnis und Vertrauen sind Voraussetzungen für eine freundschaftliche Zusammenarbeit auch auf anderen Gebieten. Geistiges und kulturelles Leben, das nicht verkümmern will, kann nicht in Autarkie, in Selbstabkapselung und Introvertiertheit wachsen. Es bedarf des gegenseitigen Sich-kennen-lernens, des Austauschs, der Kommunikation. Aus Geben und Nehmen entstanden höchste Kulturleistungen. In der Zeit der nationalsozialistischen Autarkie und des Rassedünkels verödete und verdarb die deutsche Kultur. Kulturelle Außenpolitik muß nach internationalem Austausch im kulturellen Bereich streben."

Trotz solcher Beteuerungen des Bundesaußenministers Heinrich von Brentano erweckt die offizielle westdeutsche Kulturarbeit im Ausland häufig den Verdacht, daß sie weniger in den Dienst der Selbstdarstellung unseres Volkes in allen seinen kulturellen Erscheinungsformen gegenüber dem Gastland gestellt, denn als Propagandainstrument für die Regierungspolitik mißbraucht wird.

Die Frage „Was ist gültiger Ausdruck deutscher Kultur?" beantwortete der Bonner Außenminister vor dem „Kulturkreis christlich-sozialer Akademiker" in München einmal so: „Es wirkt unglaubwürdig, wenn der Staat in einer falsch verstandenen Objektivität diejenigen fördert und unterstützt, die die Berufung auf sittliche Grundsätze im öffentlichen Leben belächeln und bekämpfen. Von einer verantwortungsbewußten Staatsstelle, der Gelder des Steuerzahlers anvertraut sind, kann nicht erwartet werden, daß sie Werke fördert, deren offensichtliche Tendenz dahin geht, die Grundlagen unserer Kultur — zu denen die Achtung vor der Würde des Menschen gehört — zu zerstören. Ich weiß, daß der Aufschrei der Verzweiflung, die Anklage, der Blick in den Abgrund durchaus echter und gültiger Ausdruck unseres Daseins sein und daß sie im Letzten oft eine viel positivere Wirkung haben können als ein gewisses Streben zur Mitte und zur Mittelmäßigkeit. Es ist schwer, die Grenzen zu erkennen und richtig zu urteilen. In dem weiten Bereich aber, der zwischen der Qualitätsarmut einerseits und der Destruktionstendenz andererseits liegt, soll alles gefördert werden, was dieser Förderung bedarf."

Das kann richtig und falsch verstanden werden. Richtig verstanden sähe das, nach einem Wort von Hellmut Becker, so aus, daß der Staat die kulturelle Freiheit finanziert, aber seine eigene Existenz gefährdet, wenn er die Finanzierung zu einer Einschränkung der Freiheit mißbrauchen würde. Und das ist in der Praxis Bonner Kulturpolitik leider allzu oft der Fall. Es ist der Fall, wenn Bonn

es ablehnt, Gastspiele renommierter deutscher Sprech- und Opernbühnen zu fördern, weil auf deren Spielplänen Stücke von Brecht und Wedekind, von Weill und Henze stehen. So geschehen gegenüber einer Einladung des „Theaters der Nationen" in Paris, die 1957 und 1958 an die Städtischen Bühnen Wuppertal und an die Städtische Oper Berlin ergangen war. Die Brecht- und Wedekind-Aufführungen in Paris fanden trotzdem statt — und wurden zu einem überragenden Erfolg für die deutsche Kultur im Ausland. Überhaupt haben die Werke von Bertolt Brecht — laut Brentano ein Dichter „ohne Aussagewert" — in fast allen Ländern der Erde stärkere und dauerhaftere Eindrücke hinterlassen als die Barockausstellungen und Kammermusikabende der offiziellen westdeutschen Kulturdiplomatie. „Die Dreigroschenoper" zum Beispiel war zwei Jahre lang der größte amerikanische Theatererfolg außerhalb des Broadway — und dennoch klagt der deutsche Kulturattaché in den USA, Bruno E. Werner:

„Neue kulturelle Vorstellungsbilder von Deutschland sind in Amerika nicht sichtbar geworden. Hinzu kommt, daß die erste deutsche Republik zwar ein blühendes kulturelles Leben auf allen Gebieten besaß, um das wir sie heute beneiden können, daß sie jedoch nur über sehr bescheidene Fähigkeiten verfügte, die kulturellen Leistungen für die Welt sichtbar, repräsentativ oder gar angenehm zu machen. So ist das Vorstellungsbild des Durchschnittsamerikaners vom 19. Jahrhundert und den Nachklängen der Romantik bestimmt. Die Lorelei, Alt-Heidelberg, derbe Trinkkrüge, kräftiges Essen und das Wort ‚Gemütlichkeit' rükken in den Vordergrund. Wir aber leben im 20. Jahrhundert, und nur unsere jetzige geistige und künstlerische Existenz zeugt, soweit sie lebendig ist, von unserem Schicksal in dieser Zeit."

Das gilt nicht allein für Amerika. Aus Südafrika wird berichtet, daß dort große Mengen von Schallplatten aus Deutschland eingeführt werden, mit besonderer Vorliebe Volkslieder, Studentenlieder, Moritaten, Seemannslieder, Schunkelwalzer, Trinklieder, Schlager und Schnulzen. Der südafrikanische Rundfunk sendet diese leichte Ware mehrmals täglich, und häufig sind ganze Programme damit gefüllt. Gerade diese Sentimentalitäten sind es, die Deutschland überall bis in die einsamste Farm hinein „repräsentieren". Viele Studenten, die eine primitive Freude daran haben, nordische Forschheit nachzuahmen, lernen nichts so schnell wie das Absingen alter deutscher Kommerslieder. Gewisse Rückwirkungen auf die ohnehin deklassierten Farbigen Südafrikas kann man sich ausmalen.

Der Fesselballon-Etat im Zeitalter der Düsenjäger

Fehlender Mut zum Wagnis, Ausweichen in unverbindliche, problemfreie, zeitfremde Projekte, möglichst aus dem „Erbe vergangener Jahrhunderte", die zufällige Art, irgendwen mit irgendwas irgendwohin zu schicken, immer unter dem Bonner Wappenspruch „Keine Experimente" — das sind die Hauptmerkmale der westdeutschen „Kulturpolitik in der Postkutsche". Wann wird man im Auswärtigen Amt erkennen, daß die Adresse, an die sich die Kulturarbeit im Ausland richten muß, nicht mehr die gleiche ist wie zu Beginn des Jahrhunderts? In unserem Massenzeitalter ist die Begegnung mit den überkommenen gesellschaftlichen Eliten längst nicht mehr so wichtig wie die mit den für die Formung des Bewußtseins der Massen entscheidenden Kräften der Intelligenz: Lehrer, Journalisten, Professoren, Politiker.

Als am 1. Juli dieses Jahres Dr. Dieter Sattler, von Hause aus Architekt, 1947 bis 1950 bayerischer Staatssekretär für die Schönen Künste, nach siebenjähriger Tätigkeit als Kulturreferent der deutschen Botschaft in Rom die Nachfolge von Trützschlers in der Leitung der Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes antrat, wies er auf folgende Mängel und Schwierigkeiten der offiziellen Kulturarbeit im Ausland hin:

1. Der Bundesrepublik fehlt die echte Hauptstadt, die kulturell auf das Ausland ausstrahlen könnte;

2. Die deutsche Kulturarbeit im Ausland hat, stärker als etwa die angelsächsische oder die französische, unter dem sprachlichen handicap zu leiden, denn das Deutsche nimmt unter den Kultursprachen der Welt erst den fünften Platz ein;

3. Mehr und mehr macht sich im Ausland, vor allem in den afrikanisch-asiatischen Entwicklungsländern, auch kulturell die Konkurrenz der DDR bemerkbar;

4. Der gegenwärtige Kulturetat des Auswärtigen Amtes ist völlig unzureichend. Er entspricht in seiner Höhe von 61,6 Millionen Mark etwa der Summe, die im Grünen Plan der Landwirtschaft für das Deutsche Edel-Ei bereitgestellt wird, beträgt nicht viel mehr als der Kulturetat einer Stadt wie Frankfurt am Main und macht nur etwa die Hälfte dessen aus, was Frankreich aus seinem niedrigeren Gesamthaushalt zur Unterstützung seiner 700 Kulturinstitute und 800 Schulen der Alliance Francaise im Ausland aufwendet, nur einen Bruchteil von jenen 320 Millionen DM, die Großbritannien über die Mühlen des British Council mit seinen 120 Bibliotheken zugunsten kultureller Außenpolitik leiten kann. Neben den weiter oben schon genannten größeren Beträgen stehen dem Außenamt in Bonn pro Jahr lediglich folgende Summen zur Verfügung: 1,5 Millionen Mark für Auslandsreisen von Wissenschaftlern; 4,5 Millionen für die vorwiegend sozialpflegerische Arbeit der Kirchen; 1,9 Millionen für den Buchversand ins Ausland; 1,75 Millionen für die Herstellung und Verbreitung von Kulturfilmen, für Rundfunksendungen und Ausstellungen; 1,5 Millionen für Theater- und Konzertgastspiele.

Bruno E. Werner hat mehrfach auf die Verständnislosigkeit der Volksvertreter im Bundestag gegenüber der Notwendigkeit einer verstärkten Kulturarbeit im Ausland hingewiesen: „Die deutsche Kulturpolitik im Ausland ist ein unterernährtes, skrofulöses Hinterhofkind, dem man beim Sonntagsspaziergang in die bleichen Backen kneift, damit es etwas gesünder aussieht. Im Zeitalter der Düsenjäger arbeiten wir in der Auslands-Kulturpolitik mit dem Fesselballon-Etat."

Dr. Sattler strebt mindestens eine Verdoppelung seines Etats an, womit immer noch erst ein Prozent des Zehn-Milliarden-Wehretats erreicht wäre. Neben den monumentalen Brocken im Militärhaushalt wirken die finanziellen Mittel im Kulturhaushalt der Bundesrepublik wie Brosamen.

Während die Zahl der Kulturreferenten im Ausland seit 1956 von 23 auf 30 erhöht wurde, waren schon 1958 wieder 17 Militärattaché-Stäbe vorhanden, zu denen in diesem Jahr weitere sechs gekommen sind, darunter an militärisch so untergeordneten Plätzen wie Bagdad und Santiago de Chile. Die 23 Militärattaché-Stäbe bestehen aus achtzig militärischen Chargen vom Brigadegeneral bis zum Unteroffizier und aus 73 Zivilangestellten. Diesen 153 Personen der Militärdiplomatie stehen nur dreißig für die Kulturdiplomatie gegenüber. In ganz Asien und Afrika hat Westdeutschland nur sieben Kultur- und Hilfsreferenten.

„Für uns gibt es keinen Eisernen Vorhang"

Die Koordination der deutschen Kulturarbeit im Ausland ist zweifellos eine der dringlichsten Aufgaben, die dem Kulturreferat des Außenamtes gestellt ist. Neben dieser Behörde befassen sich nämlich auch das Bundesinnenministerium (es betreut das Deutsche Archäologische Institut mit seinen Auslandsabteilungen in Madrid, Rom, Athen, Istanbul, Kairo und Bagdad; das Deutsche Historische Institut in Rom; die Deutsche Historische Forschungsstelle in Paris sowie die Auslandsinstitute der Görresgesellschaft in Madrid, Rom und Jerusalem; für internationale kulturelle Veranstaltungen und für ausländische Besucher stehen ihm 850 000 Mark pro Jahr zur Verfügung), das Familienministerium, das Ge-

samtdeutsche Ministerium, das Verkehrsministerium (in bezug auf den Fremdenverkehr), das Bundespresseamt, die Ständige Konferenz der Kultusminister, ferner mehr als sechzig private oder offiziöse Organisationen mit kultureller Auslandsarbeit.

Auf diese Weise wird viel Geld verzettelt — bei den bescheidenen Mitteln, die zur Verfügung stehen. Wieviel Wichtigtuerei mag dabei im Spiele sein, wieviel Tagungsmacherei mit tönendem Gerede. Steuergroschen aber sollten zu schade sein, um irgendwelche Büros am Leben zu erhalten und Geschäftsführer zu bezahlen, die auf Tagungen und Kongressen krampfhaft ihre Untentbehrlichkeit zu beweisen versuchen.

Bisher gab es in Westdeutschland kein Gremium, das unabhängig von Bürokratien und Kompetenzen eine Art Entwicklungsprogramm für die ausländische Kulturpolitik hätte entwerfen können. Die im Herbst 1958 gegründete Arbeitsgemeinschaft für internationalen Kulturaustausch soll nun allmählich wenigstens die gröbsten Auswüchse der vielfach sinnlosen, meistens nur irgendwelchen Selbstzwecken dienenden Zersplitterung eindämmen. Die Arbeitsgemeinschaft umfaßt folgende sechs großen Organisationen:

1. Das Goethe-Institut in München;

2. Die Carl-Duisberg-Gesellschaft für Nachwuchsförderung in Köln, die sich — getragen von Privatfirmen, unterstützt von den Unternehmerverbänden, den Gewerkschaften und dem Auswärtigen Amt — der Förderung ausländischer Praktikanten, Facharbeiter, Kaufleute, Landwirte und Handwerker widmet, welche durch Firmenverbindungen, Regierungshilfen oder auch auf eigene Faust in die Bundesrepublik gekommen sind. Zur Zeit gibt es rund 6000 ausländische Praktikanten in Westdeutschland. Überreichte man früher bei Auslandsreisen dem Gastgeber ein Service aus Meissner Porzellan, so sind heute Ausbildungsplätze für Praktikanten ein zeitgemäßeres Gastgeschenk. Auch der Aufenthalt junger Deutscher im Ausland wird von der Carl-Duisberg-Gesellschaft gefördert;

3. Der Arbeitsring Ausland für kulturelle Aufgaben in Köln;

4. Die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Förderung demokratischer Volkserziehung in Bonn;

5. Der Internationale Arbeitskreis Sonnenberg in Braunschweig;

6. Das Institut für Auslandsbeziehungen in Stuttgart, neben dem Goethe-Institut wohl die wichtigste Einrichtung auf dem Gebiet kultureller Auslandsarbeit. 1917 als Deutsches Auslands-Institut gegründet, wurde es unmittelbar nach Kriegsende 1945 vielfach als Propagandazentrum und Nahtstelle nazistischer Expansionspolitik angesehen, doch blieb ihm die Auflösung erspart, so daß es 1951 unter neuem Namen an alter Stelle die Arbeit wieder aufnehmen konnte. Finanziert wird das Institut von der Stadt Stuttgart, dem Land Baden-Württemberg, dem Auswärtigen Amt in Bonn und durch Mieteinnahmen. Hier wurde aus der früheren Zentrale für die Auslandsdeutschen eine Stätte zur Pflege der kulturellen Beziehungen zwischen den Völkern. Der neue Geist zeigte sich, als der Plan einer Wiederbelebung des VDA hier keinerlei Beifall, sondern heftige Kritik fand: die Zeit der „nationalen Schutzverbände", so hieß es, sei ein für allemal vorbei. Eine Reihe von kulturellen Einrichtungen des Auslandes hat sich im weiten Geviert des Alten Waisenhauses angesiedelt, um in Symbiose mit dem Institut arbeiten zu können. Die nach Ländern geordnete Bibliothek enthält heute, nach Rückgabe von einigen zehntausend durch die Besatzungsmächte beschlagnahmt gewesenen Büchern, wieder etwa 200 000 Bände. Die 1400 aufliegenden Zeitungen und Zeitschriften kommen im Austausch mit dem Mitteilungsblatt des Instituts herein. Die Bibliothek wird auch vom östlichen Ausland stark in Anspruch genommen. „Für uns gibt es keinen Eisernen Vorhang", erklärt Prof. Dr.

Franz Thierfelder, der Generalsekretär des Instituts. Umgekehrt ermöglicht auch die Fülle von Neuerscheinungen aus östlichen Ländern hier wertvolle, obschon theoretische Studien.

Noch überwiegen die Besucher aus den USA

Es wäre wohl zu begrüßen, wenn sich neben den genannten sechs Organisationen weitere der Arbeitsgemeinschaft für internationalen Kulturaustausch anschließen würden, so wichtige Einrichtungen etwa wie der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Alexander-von-Humboldt-Stiftung oder auch das vom Bundespresseamt betreute „Büro Inter Nationes e. V.", eine Vereinigung zur Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen. Hier werden seit Juli 1958 „Deutsche Kulturnachrichten" für das Ausland herausgegeben, die zur Information ausländischer Zeitungs- und Rundfunkredaktionen sowie deutscher und ausländischer Kultur- und Presseattachés bestimmt sind. Die Hefte erscheinen in deutscher, französischer, englischer, italienischer, spanischer und portugiesischer Sprache.

Abschließend wäre zu fragen: Wo liegen — unabhängig von allen Einzelproblemen — die wichtigsten Aufgaben der zukünftigen westdeutschen Kulturarbeit im Ausland?

Vor allem muß die Gefahr überwunden werden, daß Kulturarbeit und Kulturabkommen der Bundesrepublik zum Bestandteil der Nato-Politik, zum Instrument des Kalten Krieges herabgewürdigt werden, daß sie die letzten Machtpositionen der Kolonialmächte stützen helfen — sei es durch ungerechtfertigte Schwerpunktbildungen im Westen, sei es durch Versäumnisse im Osten.

Leider erhöht das Gästeprogramm der Bundesregierung für 1959, das im Bundeshaushalt unter „Kosten der Einladung von Persönlichkeiten des öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Lebens fremder Staaten als Gäste der Bundesregierung" ausgewiesen ist, diese Gefahr: ihm zufolge kamen in diesem Jahr 111 ausländische Gäste nach Westdeutschland, davon allein 47 aus den USA, aus allen anderen außereuropäischen Ländern aber nur 34. Und auch hinsichtlich der Verbindungen zu Ost-Europa wird erst die Zukunft zeigen, ob sich das Versprechen erfüllt, das Dr. Sattler, der Kulturreferent des Auswärtigen Amtes in Bonn, abgegeben hat: Die Bundesrepublik ist bereit, den Austausch mit der Sowjetunion so weit zu fördern, wie die Russen nur wollen.

Hinweis

Der redaktionelle Vorspann zum Artikel „‚Der Tag' brachte es nicht an den Tag" in Heft 10/59 könnte zu der Mißdeutung Anlaß geben, als ob Herr Pfarrer Weckerling der Zeitung „Der Tag" Vertragsbrüchigkeit vorwirft. Dies aber lag und liegt nicht in der Absicht von Herrn Pfarrer Weckerling. D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wortlaut der Rede „Wettstreit der Völker in Frieden" des amerikanischen Außenministers vor dem Amerikanischen Außenhandelsrat

‚Konkurrenzkampf ist die Seele des Handels'; diese Devise hat sich zu allen Zeiten bewährt. Heute stehen wir vor einer Bewährungsprobe, wie sie keine Gemeinschaft jemals zuvor in einem solchen Umfang zu bestehen hatte: Es geht darum, Vorsorge zu treffen, daß dieser Konkurrenzkampf für die Völker das Leben und nicht den Tod bedeutet.

Daß dieses Problem heute dringender denn je ist, zeigen zwei Tatsachen. Da ist einmal eine revolutionäre Bewegung von großer und wachsender Stärke, die den gesamten internationalen Wettstreit auf die Frage des sozialen Fortbestehens auszurichten sucht. Und zum anderen stehen im Hintergrunde dieser Auseinandersetzung Mittel von ungeheurer Vernichtungskraft.

Wie können wir einen solchen Konkurrenzkampf bestehen und gleichzeitig sicherstellen, daß er nicht in den Abgrund eines weltweiten Ruins gleitet? Ich möchte den zweiten Punkt zuerst behandeln.

Grundregeln für den gemeinsamen Fortbestand

Unsere Welt sieht sich heute vor eine Frage gestellt, die an Bedeutung alles andere überragt, wie nämlich die mächtige Rivalität zwischen den politischen Systemen im Verlauf der Geschichte ihre Lösung finden kann, ohne daß es zu der Explosion eines thermonuklearen Krieges kommt.

Mehr als einmal ist in den vergangenen Jahren eine solche Explosion ganz unangenehm nahe gerückt — so in allerjüngster Zeit wegen der Berlinfrage. Im vergangenen Sommer wurde es klar, daß die Sowjetunion trotz ihrer Beteuerungen des Gegenteils immer noch auf Druckmittel zurückgriff, um Westberlin unter ihren Einfluß zu bringen.

Damals entschloß sich Präsident Eisenhower aus der Erkenntnis, daß sich die Aussicht auf den Frieden verdüsterte, den Kurs der Geschichte vom Krieg hinweg auf einen beständigen Frieden hinzulenken. Zuerst einmal lud er Ministerpräsident Chrustschow zu einem Besuch unseres Landes ein. Sie wissen, welche weiteren Zusammentreffen folgen sollen. Worin liegt nun ihre Bedeutung?

Vorerst einmal ist das Element des Drucks in bezug auf Berlin von der Bildfläche verschwunden; aber sonst gab es nur wenige greifbare Resultate des Chrustschow-Besuches und man konnte solche auch nicht erwarten. Ja, es ist sogar vielleicht besser so, denn rasche Erfolge verleiten leicht zu einer selbsttrügerischen Euphorie.

Die wahre Bedeutung der Serie von Konferenzen auf hoher Ebene liegt darin, daß sich vielleicht ein neues Verfahren des Miteinander-ins-Gespräch-Kommens dadurch entwickelt. Ich sage ‚vielleicht', weil nur die Zeit erweisen kann, ob wir gelernt haben, etwas weniger aneinander vorbeizureden als in der Vergangenheit und stattdessen mit einem größeren Verständnis für die gegensätzlichen Gesichtspunkte miteinander zu sprechen.

Herr Chrustschow hat erklärt, daß es nötig sei, eine gemeinsame Sprache zu entwickeln trotz des ideologischen Konfliktes, an dem er hartnäckig festhält. Viele werden dies nach all den Jahren der verwirrenden Doppelzüngigkeit kaum glauben können. Ich bin jedoch der Meinung, daß wir über bestimmte Lebensgrundlagen eine gemeinsame Sprache finden können, weil wir ein gemeinsames Interesse haben.

Dieses Interesse ist ganz einfach der alles beherrschende Wille, zu überleben, der bei freien Menschen und Kommunisten in gleicher Weise vorhanden ist. Ich glaube, daß die sowjetische Führerschaft jetzt zu einem ähnlichen Schluß kommt wie wir selbst — nämlich, daß beide Seiten, wenn nicht in den Lauf der Ereignisse eingegriffen wird und zwar bald eingegriffen wird, vor dem untragbaren Risiko eines allgemeinen Atomkrieges stehen, der einem beiderseitigen Selbstmord gleichkäme.

Damit dürfte das eine Gebiet, auf dem eine gemeinsame Sprache am besten gedeihen kann, das der Grundregeln des großen Konkurrenzkampfes sein, der unsere Zeit bestimmt

— einiger ‚Spielregeln' — um diesen Konkurrenzkampf innerhalb der Grenzen zu halten, die durch die Erfordernisse für ein gemeinsames Fortbestehen gesetzt werden.

Es müssen solche Regeln gefunden werden, um die akuten politischen Fragen abzukühlen, die sich zur Zeit nicht völlig lösen lassen, und den sich hochschraubenden Rüstungswettlauf unter Kontrolle zu bringen, der durch diese Probleme angetrieben wird. Darin liegt die Hauptaufgabe der Verhandlungen in den kommenden Monaten und vielleicht auch Jahren.

Es gibt andere Gebiete, auf denen eine gemeinsame Sprache Wurzel schlagen und dadurch den zugrundeliegenden Konflikt bis zu einem gewissen Grade mildern kann. Gemeinsame Interessen auf dem Gebiete der Kunst und der Wissenschaften, gemeinsame Interessen an den Grundvoraussetzungen des menschlichen Wohlergehens und des alltäglichen menschlichen Lebens werden zur Zeit durch viele verschiedene Austauschprojekte gefördert und wir sind bereit, diese Projekte in dem Maße zu erweitern, wie die Russen ein gleiches tun. Auf diesen Gebieten finden wir sogar Wege, um den Wettstreit in eine Zusammenarbeit zu verwandeln, zum Beispiel durch solche gemeinsame Unternehmen wie das internationale Geophysikalische Jahr. Wir sollten keine echte Chance auslassen, um das Gebiet der Zusammenarbeit zu erweitern.

Der Wettstreit wird weiterhin hart und rauh bleiben, trotz aller Grundregeln und Austauschprojekte. Herr Chrustschow läßt keinen Zweifel an diesen letztlichen Zielen, und wir können mit Sicherheit erwarten, daß viele verschiedene Formen von Lockmitteln und Druckmitteln in allen Teilen der freien Welt zur Anwendung kommen werden — von wachsender industrieller Macht gestützt und zur Anstiftung von Verwirrung, Subversion und zur Ergreifung der Macht bestimmt. Die Notwendigkeit, beide Fakten fest in den Griff zu bekommen — die Notwendigkeit zu gemeinsamen Grundregeln und der aggressive Wettstreit — werden unsere politische Reife als Nation auf eine harte Probe stellen.

Es war viel einfacher, als wir noch in dem Schwarz-Weiß-Schema der glatten Konfrontation mit einem hundert Prozent feindlich eingestellten Kommunismus denken konnten. Selbst heute noch — obwohl der derzeitige Rüstungswettlauf unbeschreiblich gefährlich ist — scheint es viel einfacher zu sein, auf dem gewohnten Weg weiter fortzuschreiten, als zu versuchen, Neuland zu betreten.

So wird es denn noch auf lange Zeit hinaus großen Mutes und starker Nerven bedürfen, um eine neue Beziehung zwischen den antagonistischen Systemen aufzubauen. Dies muß jedoch geschehen, wenn die Zivilisation fortbestehen soll. Es geht um nichts geringeres als um dieses gewaltige und langfristige Projekt, an dem wir jetzt arbeiten.

Wie den Konkurrenzkampf bestehen?

Ich wende mich nun dem anderen Teil meiner anfangs gestellten Frage zu: Wie können wir, während wir uns gemeinsam des Krieges enthalten, den rücksichtslosesten Konkurrenzkampf bestehen, den die Welt je gesehen hat?

Er wird unsere rastlosesten, hingebungsvollsten und hartnäckigsten Anstrengungen erfordern. Nichts könnte verhängnisvoller sein, als ein Nachlassen der Spannungen mit einem Nachlassen der eigenen Anspannungen zu verwechseln, und eine der ernsthaftesten vor uns liegenden Gefahren besteht darin, daß man versucht sein wird, genau das zu tun.

Aufmerksame Besucher der Sowjetunion haben den Eifer bemerkt, mit den Vereinigten Staaten ‚gleichzuziehen'. Wir werden in dem Konkurrenzkampf mit den Sowjets nicht gut fahren, wenn wir es ihrem mitreißenden Erfolgsstreben nicht gleichtun.

Die gemeinsame Anstrengung wird auch weiterhin und möglicherweise immer größere Anforderungen an unsere Finanzen, unser Wissen und unsere Geduld stellen. Vor allem wird sie eine weit größere Beteiligung und Unterstützung durch die große Mehrheit aller Amerikaner erfordern. Es genügt nicht, daß wir unsere Steuern bezahlen und alles übrige ‚den Männern in Washington' überlassen. Die Sache des Friedens und der Freiheit ist zu wichtig, als daß sie einigen wenigen überlassen werden kann.

Wir haben uns in jüngster Zeit, so glaube ich, viel zu sehr dem Genuß eines Wohllebens hinter unserem Verteidigungsschirm der nuklearen Waffen hingegeben. Wir müssen uns stattdessen darüber im klaren sein, daß der schicksalhafte Konkurrenzkampf mit dem Kommunismus die Kraft und das Interesse von uns allen in allererster Linie in Anspruch nehmen muß. Dies bedeutet die Unterordnung unserer privaten Interessen unter

das überragende öffentliche Interesse, es bedeutet ferner, daß wir unsere Wirtschaft weniger für Dinge einsetzen, die nicht so wichtig sind, und mehr für die Dinge, die wirklich zählen — für die Dinge, die unseren Geist schulen und bilden, die die Gesundheit unseres Gemeinwesens fördern und die unser Land frei halten.

Unser größter Vorteil in der weltweiten Auseinandersetzung ist, daß wir nicht allein sind. Zahlreiche Länder stehen mit ganzem Herzen und voller Zuversicht an unserer Seite. Zahlreiche weitere fühlen sich im Geiste mit uns verbunden, auch wenn sie es nicht zum Ausdruck bringen dürfen.

Eines der erfreulichsten Zeichen der letzten Jahre war das Wiedererstehen der wirtschaftlichen Stärke unserer Partner der freien Welt in Westeuropa und Japan. Sie sind jetzt in der Lage, ihren Völkern die Aussicht auf ein kontinuierliches wirtschaftliches Wachstum und auf einen anhaltend hohen Stand der wirtschaftlichen Aktivität zu bieten. Damit beweisen sie die fortdauernde Lebenskraft freier Gesellschaften.

Unser gegenwärtiges Problem des Zahlungsausgleichs ist zum Teil auf die zunehmende Wiedergesundung der freien Welt zurückzuführen. Wir möchten diesem Problem durch Maßnahmen begegnen, die den Welthandel fördern statt ihn zu beschränken. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir dies in dem Maße erreichen können, wie andere freie Industrieländer die volle Rolle übernehmen, die ihre Wiedergesundung gestattet. Diese Länder haben es nicht mehr nötig, für die alltäglichen wirtschaftlichen Projekte in erster Linie auf unsere Unterstützung zu rechnen. Sie sind vielmehr in der Lage — und ich glaube auch dazu bereit — in immer stärkerem Maße an der gemeinsamen Sache der Liberalisierung und Ausweitung des Handels teilzunehmen und den Entwicklungsländern dabei zu helfen, den Weg zu Gesundheit, Wachstum und Stabilität zu finden.

Im vergangenen Jahr hatten die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer wirtschaftlichen Transaktionen mit anderen Ländern ein Defizit in ihrer Zahlungsbilanz, das sich — gemessen an dem Transfer von Gold und liquiden Dollarguthaben nach anderen Ländern — auf etwa 3,4 Milliarden Dollar belief. Dieses Jahr können wir mit einem Defizit von etwa vier Milliarden Dollar rechnen. Defizite von solcher Größenordnung liegen — wie dieser Zuhörerkreis weiß — wesentlich über denen in früheren Jahren. Sie erfordern ganz eindeutig unsere Aufmerksamkeit und dürfen natürlich nicht auf unbegrenzte Zeit andauern.

Der Grund für das derzeitige Defizit ist ganz einfach darin zu sehen: Während die Vereinigten Staaten zur Zeit zwar bei der Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen einen Überschuß von etwa 3,5 Milliarden Dollar aufzuweisen haben, ist dieser Überschuß doch nicht groß genug, um die Zahlungen der Vereinigten Staaten an die übrige Welt zur Erhaltung einer starken Verteidigung im Ausland auszugleichen, den privaten Investitionen einen Anreiz zu geben und die Entwicklung der weniger entwickelten Gebiete zu fördern. Die militärischen Ausgaben der Vereinigten Staaten im Ausland — das heißt, die durch die Stationierung amerikanischer Truppen in anderen Ländern entstehenden Ausgaben — betragen rund drei Milliarden Dollar pro Jahr; die nichtrückzahlbaren Zuwendungen, Kredite und anderweitige Kapitalbereitstellungen der Regierung, die zu einem großen Teil zu einer Ausweitung des amerikanischen Exports beitragen, belaufen sich auf etwa 2,5 Milliarden Dollar pro Jahr; und der Abfluß privaten Kapitals für Investitionen beträgt rund zwei Milliarden Dollar pro Jahr.

Das Problem besteht darin, dafür zu sorgen, daß das Defizit durch Mittel verringert wird, die den Welthandel ausweiten und nicht beschränken — durch Mittel und Wege also, die den wirtschaftlichen Wettstreit und den Fluß des Entwicklungskapitals fördern, statt ihn zu behindern.

Wenn diese Methode Erfolg haben soll, dann müssen die anderen Länder, insbesondere Westeuropa und Japan, Maßnahmen ergreifen, um ihre Tür den amerikanischen Exporten zu öffnen und den entwicklungshungrigen Nationen in Asien, Afrika, dem nahen Osten und Lateinamerika zusätzliches Kapital zur Verfügung zu stellen.

Auf den kürzlichen Konferenzen des internationalen Währungsfonds und des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) haben die Vereinigten Staaten die Abschaffung der diskriminierenden Bestimmungen gefordert, die viele Länder in früheren Jahren gegenüber amerikanischen Exporten aufrechtzuerhalten gezwungen waren, die jetzt aber nicht mehr länger notwendig sind. Unsere Forderung fand auf allen Seiten zufriedenstellende Unterstützung. Sowohl die Institution des Währungsfonds als auch des GATT konnten sich der Ansicht nicht verschließen, daß die diskriminierenden Bestimmun-

gen aus Gründen des Zahlungsausgleichs nicht mehr länger allgemein zu rechtfertigen sind, und zahlreiche Länder haben Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierungen ergriffen.

Erst vor einigen Tagen haben Großbritannien und Frankreich weitere wichtige Schritte zur Beseitigung diskriminierender Restriktionen bekannt gegeben, die zahlreiche amerikanische Exportgüter betreffen. Wir erwarten weitere schnelle Fortschritte, so daß alle bedeutenden diskriminierenden Restriktionen, die sich gegen amerikanische Güter richten, schon in sehr naher Zukunft ein Ende haben werden.

Die übrigen Industrieländer haben immer mehr die Möglichkeit, die Entwicklung der freien Welt zu fördern — nicht nur durch den Export von Gütern, sondern auch dadurch, daß sie in stärkerem Maße diese Güter finanzieren und zwar zu Bedingungen, die den Forderungen der weniger entwickelten Gebiete mehr entsprechen. Ein Weg, über den dieses Ziel erreicht werden kann, ist die internationale Entwicklungsgesellschaft.

Die Vereinigten Staaten haben im vergangenen September auf der Jahrestagung der Weltbank eine Resolution vorgeschlagen, in der die Formulierung von Satzungen für diese Gesellschaft gefordert wird. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Absicht ist, bei den Mitgliedern der Weltbank Mittel zu mobilisieren und diese Mittel dann den weniger entwickelten Gebieten zu Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die ihre Zahlungsbilanz wesentlich weniger belasten als Kredite der Weltbank.

In der internationalen Entwicklungsgesellschaft würden die von den Vereinigten Staaten gezeichneten Beträge von den gesamten Zeichnungen der anderen Industrieländer mehr als aufgewogen werden. Auf Grund ihrer engen Bindungen zu der Weltbank wird die Entwicklungsgesellschaft von der befähigten und erfahrenen Leitung dieser Bank verwaltet werden und wird so arbeiten, daß sie gesunde Finanzpraktiken unterstützt und das private Unternehmertum fördert. Wir sind der Ansicht, daß — wie der Präsident es im September sagte — keine andere Institution dem Bedürfnis der freien Welt nach einer multilateralen Behandlung des Problems der Beschleunigung der Entwicklung in so wirksamer Weise gerecht werden kann wie die internationale Entwicklungsgesellschaft.

Wie viele von Ihnen wissen, hat man seitens unseres Entwicklungsanleihefonds kürzlich die Absicht bekanntgegeben, in Zukunft den Hauptnachdruck auf die Gewährung von Anleihen an die Entwicklungsländer zum Ankauf von Waren und Dienstleistungen zu legen, die sie bei den Vereinigten Staaten bestellen. Diese Entscheidung wurde aus dem Wissen heraus getroffen, daß die anderen Industrieländer, die den aufstrebenden Ländern Kapitalgüter zur Verfügung stellen, jetzt in der Lage sind, ihrerseits auch für die notwendige Finanzierung dieser Exporte aufzukommen. Diese neue Politik des Entwicklungsanleihefonds wird natürlich mit Vorsicht und unter Berücksichtigung aller Bedürfnisse der Entwicklungsländer angewandt werden.

Die weltweite Beschaffungspolitik des US-Amtes für Internationale Zusammenarbeit wie auch die Finanzpolitik der übrigen Dienststellen der amerikanischen Regierung unterliegen einer ständigen Überprüfung. Eine solche Überprüfung ist soeben erst beendet worden.

Man muß erkennen, daß beträchtliche Unterschiede zwischen der vom US-Amt für Internationale Zusammenarbeit (ICA) und der vom Entwicklungsanleihefonds (DLF) gewährten Hilfe bestehen. Über die ICA suchen wir in erster Linie die Volkswirtschaften, die schwere militärische Lasten für die Verteidigung der freien Welt zu tragen haben, wirtschaftlich zu stärken und stellen wir vor allem Verbrauchsgüter wie Lebensmittel, Düngemittel, Brennstoffe und ähnliches zur Verfügung. Die Finanzierung eines großen Teiles dieser Güter erfolgt auf der Basis nichtrückzahlbarer Zuwendungen. Manche dieser Güter werden aus weniger entwickelten Ländern beschafft, und durch solche Beschaffungskäufe erfährt die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder die notwendige Förderung.

Kurz gesagt, die Bedingungen, unter denen die ICA arbeitet, unterscheiden sich ganz allgemein von denen, die für den DLF gelten. Daher beabsichtigen wir auch im Augenblick nicht, in der Beschaffungspolitik der ICA grundlegende Änderungen vorzunehmen. Wir sind uns jedoch darüber im klaren, daß es erwünscht ist, weitmöglichst von der ICA die Unterstützung auf den DLF zu übertragen, die die ICA in Form von Beiträgen zu bestimmten Entwicklungsprojekten gewährt. Wir beabsichtigen, in dieser Richtung weiter zu gehen. Die so überstellten Projekte würden dann nach den neuen Verfahren des DLF finanziert werden.

Ein weiterer wichtiger Grund, der für die Beibehaltung der derzeitigen Beschaffungspolitik der ICA spricht, ist die Tatsache, daß die ICA auf die Förderung der privaten Unternehmen in den Empfängerländern hinarbeitet und dies bisher erfolgreich getan hat. Die betreffenden Güter werden von Geschäftsleuten auf einer Wettbewerbsbasis angekauft und weiterverkauft. Dies wäre nicht möglich, wenn sie gehalten wären, zu höheren als Weltmarktpreisen zu kaufen. Eine Änderung in der Handhabung der Beschaffungskäufe seitens der ICA würde auf der anderen Seite bedingen, daß die Verteilung unserer Hilfe von privaten Unternehmen auf Regierungsstellen übergehen und damit unserem Bemühen direkt entgegenlaufen würde, die Gründung freier privater Unternehmen in den Entwicklungsländern zu fördern.

Die letzten Monate brachten Anzeichen einer Besserung des amerikanischen Exports. Wir hoffen, daß diese Tendenz anhalten und daß sie zu einer Besserung unserer gesamten Zahlungsbilanz im kommenden Jahr führen wird. Wir werden natürlich unsere wirtschaftlichen Programme auch weiterhin im Hinblick auf die Zahlungsbilanz überprüfen; aber ich kann Ihnen versichern, daß keine Absicht besteht, von der grundlegenden liberalen Handelspolitik Amerikas abzugehen oder Lösungen vorzuschlagen, durch die die Verteidigungsstärke oder die wirtschaftliche Stärke der freien Welt insgesamt geschwächt werden würde. Wir müssen Lösungen für unsere Probleme durch eine Expansion und nicht durch Einschränkungen finden. Durch Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Verbündeten werden wir bei diesen Bemühungen Erfolg haben; und im weiteren Verlauf werden wir dann eine stärkere, besser ausgewogene und blühendere freie Welt für alle aufbauen.

Ministerpräsident Chrustschow sieht die Zukunft als den Wettstreit zwischen rivalisierenden Gesellschaftssystemen durch andere Mittel als die des Krieges. Wir Amerikaner begrüßen den Wettstreit und wir sind bereit, gemeinsam mit ihm nach Wegen zu suchen, um ihn mit Sicherheit friedlich zu gestalten.

Aber vielleicht wird Herr Chrustschow dem zustimmen, daß jeder von uns das Recht hat, die Zukunft nach seiner eigenen Weise zu sehen. Wir in den Vereinigten Staaten glauben, daß wir gemeinsam mit Millionen unserer Mitmenschen in Ost und West ein Bild der Zukunft haben, das sich von dem seinen unterscheidet. Wie verschiedenartig wir auch in bezug auf unseren Glauben, unsere Rasse und Kultur sein mögen, so sind wir doch darin einig, daß wir gerade diese Verschiedenheit begrüßen. Wir glauben an die von Gott geschaffene Vielfalt des Menschen und seiner Zukunft.

Von unserem Gesichtspunkt aus handelt es sich daher nicht um einen Wettkampf zweier uniformer, wenn auch entgegengesetzter Gesellschaftssysteme. Es geht vielmehr um die Entscheidung, ob die großen Probleme unseres Zeitalters besser in einer freien Vielfalt zusammenwirkender Methoden oder durch die eine und völlig in sich geschlossene — monolithische — Methode des Kommunismus gelöst werden können.

Daher würde ich die zu lösende Aufgabe anders sehen als Herr Chrustschow. Aber ich möchte ihm darin zustimmen, daß sie überaus dringend ist. Sie erfordert all die Opferbereitschaft und all die Hingabe, die Sie und ich und alle gleichgesinnten Männer und Frauen in den vor uns liegenden Jahren aufbringen können.

Wenn wir also jetzt in eine Ära eintreten, die vielleicht einmal eine Ära des Wettstreites in Frieden wird, dann liegt die Hauptquelle unserer Stärke nicht in materiellen Dingen, sondern in unserem Glauben an die Freiheit. Die Kommunisten bringen immer wieder ihr Bekenntnis zu dem Glauben an ihr System und seinen schließlichen Sieg zum Ausdruck. Wir müssen ihrem Bekenntnis mit dem Glauben an und der Treue zu unseren eigenen Grundsätzen gegenübertreten — einem Glauben und einer Treue, die aus dem Jahrtausende alten Streben der Menschheit nach Freiheit herrühren.

Gegenüber dem marxistischen Materialismus treten wir für einen universellen Humanismus ein, der den Nachdruck auf die geistige Natur des Menschen legt, ohne seine physischen Bedürfnisse außer acht zu lassen. Wir lehnen den Materialismus als Hauptgestaltungskraft des menschlichen Seins ab, ob er nun im wirtschaftlichen Determinismus, in der Staatsvollmacht oder in irgendeinem anderen, dem Individuum von außen aufgezwungenen System zum Ausdruck kommt. Wir glauben, daß die wahre dynamische Kraft des menschlichen Lebens die innere geistige Kraft ist, die in einem Kosmos sich entfaltet, der von göttlicher Macht, Gesetz und Zweck bestimmt wird.

Unsere Hauptsorge ist nicht, daß die Sowjets versuchen, uns in der Schweine-, Milch- oder auch Stahlproduktion auszustechen. Wir freuen uns an ihrem Fortschritt, insoweit er zur Verbesserung des menschlichen Lebens und zum Frieden beiträgt.

Was wir dagegen am meisten fürchten, ist der Verlust unseres eigenen Zukunftsbildes und des Bewußtseins unserer Bestimmung — unseres Glaubens an die schließliche Ausbreitung der demokratischen Freiheit auf alle Völker unseres Planeten. Wir sollten hieran einen so tiefen und starken Glauben haben, wie ihn der gläubigste Jünger des Kommunismus besitzt. Wir sollten vor allem aber diesen Glauben durch die Tat unter Beweis stellen.

Die Freiheit gedeiht im Wettstreit, wir brauchen daher nicht etwa mit Schrecken an die vor uns liegende Zeit zu denken. Wir haben kein vollkommenes und einer weiteren Entwicklung nicht fähiges System. Amerika ist noch im Werden. Die verheißungsvollste Aufgabe liegt noch vor uns. An diese Aufgabe mit Mut — ja mit einer nicht zu erschütternden Hoffnung — heranzugehen, heißt den Traditionen sich treu erweisen, die Amerika groß gemacht haben.

Bonn über Herters Rede besorgt

Ernste Gesichter hat die Rede des amerikanischen Außenministers Herter über die neue außenpolitische Doktrin Washingtons bei den verantwortlichen Politikern in Bonn hinterlassen.

Sie werten seine Äußerungen als einen deutlichen Wink, daß die Verständigung mit der Sowjetunion in der stillschweigenden Anerkennung des Status quo gesucht werden wird.

Die Welt vom 20. 11. 1959.

Wende

Die bedeutende Rede Außenminister Herters in New York hat zum erstenmal eine offizielle Neuformulierung der außenpolitischen Doktrin Washingtons in der Nach-Dulles-Ära gebracht. Diese Rede bedeutet einen Einschnitt. Mit ihr ist die Politik der Eindämmung, des „Containment", und auch der „massiven Vergeltung" zu Grabe getragen worden.

An ihre Stelle ist die im einzelnen noch nicht klar definierte Vorstellung von einem „Wettbewerbsfrieden" getreten, für den die großen Mächte Spielregeln ausarbeiten müßten. Dies wird die Hauptaufgabe der künftigen Ost-West-Konferenzen sein.

Natürlich bleibt die strategische Abschreckung durch die Atomwaffen, die im übrigen gegenseitig ist, als Tatsache bestehen. Aber die Drohung mit diesen Waffen im Sinne der nach 1953 entwickelten Vergeltungsdoktrin hat aufgehört, ein lebendiger Teil der Außenpolitik zu sein.

Ebenso ist nicht mehr die Eindämmung des kommunistischen Machtblocks das Ziel, sondern die Kontakte mit ihm, der Austausch auf allen Gebieten, das Streben nach einer „gemeinsamen Sprache" mit den Sowjets und die Aufstellung von Spielregeln, die verhindern sollen, daß das Wettwirtschaften, das an die Stelle des Wettrüstens getreten ist, zu einem Atomkonflikt ausartet.

Die Aufgabe der Spielregeln ist es nach Herter, „akute politische Fragen, die nicht voll gelöst werden können, zu dämpfen". Dies mag in gewissem Sinn als eine Hinnahme des Status quo gewertet werden, wenigstens insofern, als seine Änderung die Gefahr des Nuklearkrieges heraufbeschwören würde.

Jetzt kann es niemand mehr bezweifeln: Wir stehen an einem Wendepunkt der Weltpolitik.

Die Welt vom 18./19. 11. 1959

Wortlaut der Erklärung von 37 Professoren an die deutsche Öffentlichkeit

Aus Gründen der politischen Vernunft und im Interesse des deutschen Volkes erachten wir es für notwendig, folgendes zu erklären:

Wir stehen am Beginn einer neuen Ära der internationalen Beziehungen. Seit der Genfer Außenministerkonferenz und dem Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten

in den USA vollzieht sich eine grundlegende Änderung in der Weltpolitik. In einer Reihe von Konferenzen wird man in naher Zukunft nach Vereinbarungen suchen, die die gefährlichen Spannungen im Schatten des allgemeinen Wettrüstens beseitigen oder wenigstens eindämmen sollen.

Die mächtigsten Verbündeten der Bundesrepublik, die Vereinigten Staaten und Großbritannien, haben sich entschlossen, gegenüber der Sowjetunion eine elastischere, verhandlungsbereite Politik einzuleiten.

Durch diese Entwicklung sind die Grundlagen der bisherigen Außenpolitik unseres Landes vollends erschüttert worden. Es ist deshalb nicht nur falsch, sondern gefährlich, davon auszugehen, daß sich im Grundsätzlichen nichts zu ändern brauche und alles beim alten bleiben könne. Eine Neuorientierung der deutschen Politik ist dringend geboten. Aber die mannigfachen Vorschläge und Anregungen, die im Laufe dieses Jahres aus allen politischen Parteien und aus Kreisen der deutschen Öffentlichkeit gemacht wurden, um Wege zu einer neuen positiven Außenpolitik aufzuweisen, sind unbeachtet geblieben.

Dieses und der Tatbestand, daß seit anderthalb Jahren, nämlich seit dem verhängnisvollen Atomrüstungsbeschluß vom 25. März 1958, keine außenpolitische Grundsatzdebatte mehr stattfand, muß jeden mit Besorgnis erfüllen, der nach dem Zusammenbruch von 1945 auf die Verwirklichung freiheitlich demokratischer Grundsätze gehofft hatte.

Das deutsche Volk muß heute einen entscheidenden Schritt zur Befriedung Europas und der Welt tun. Statt dessen beobachten wir, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verweigert, gleichzeitig aber die Aufrüstung der Bundeswehr verstärkt fortgesetzt wird. In unseren westlichen und östlichen Nachbarländern vermerkt man mit zunehmendem Mißtrauen das Auftreten einiger Vertriebenen-Politiker, die ihre Gebietsforderungen mit gefährlichen Maximen verbinden.

Wir dürfen an unserem Verzicht auf Gewaltanwendung und an unserem Willen zur friedlichen Verständigung mit allen Völkern keinen Zweifel lassen. Worte genügen nicht. Taten zählen. Unsere Außenpolitik muß dem Rechnung tragen. Sie muß folgerichtig, klar und vertrauenerweckend sein. Insbesondere muß die Lösung der deutschen Frage neu durchdacht werden. Die Politik, die einzuschlagen wäre, muß daher die Bemühungen um eine allgemeine kontrollierte Abrüstung wirksam unterstützen, indem die atomare Bewaffnung der Bundeswehr eingestellt wird und Verhandlungen über eine militärische Entspannungszone in Europa geführt werden.

Sie muß unseren Friedenswillen durch die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zu den östlichen Nachbarländern bekunden und die sogenannte „Hallstein-Doktrin" endlich aufgeben.

Eine Fortsetzung des bisherigen Regierungskurses bringt unser Land in eine unheilvolle Lage und macht eine friedliche Lösung des deutschen Problems unmöglich. Ein deutscher Beitrag zur Entspannung und Abrüstung ist unentbehrlich. Er kann für unser Volk nur von Nutzen sein.

Die Unterzeichner:

Prof. Dr. Otto Bauernfeind, Tübingen — Prof. Wilhelm Brockhaus, Wuppertal — Prof. Dr.-Ing. Hermann Craemer, Fischerhude/Bremen — Prof. Georg Dehn, München — Prof. D. Hermann Diem, Tübingen — Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. e. h. Richard Döcker, Stuttgart — Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Frankfurt — Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart — Prof. Dr. Kurt Groebe, Hamburg — Prof. Johannes Harder, Wuppertal — Prof. D. Adolf Hertlein, München — Prof. Dr. Karl Höfer, Schlüchtern — Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Hohmann, München — Prof. D. Renatus Hupfeld, Heidelberg — Prof. Dr. Ing. K. Kammüller, Karlsruhe — Prof. Dr. Ing. Adolf Koenig, Karlsruhe — Prof. Wilhelm Kraus, Karlsruhe — Prof. Lic. Dr. Wilhelm Löw, Mainz — Prof. Ewald Mataré, Neuß — Prof. Hans Meyboden, Freiburg — Prof. Dr. A. Pickhan, Berlin-Charlottenburg — Prof. Dr. Hans Rheinfelder, München — Prof. Dr. Renate Riemeck, Wuppertal — Prof. Ernst Röttger, Kassel — Prof. Dr. Fr. Schuh, Erlangen — Prof. Adolf Schwenk, Wuppertal — Prof. Dr. H. F. Secker, Füssen — Prof. Dr. Michael Seidlmayer, Würzburg — Prof. Aloys Stockmann, Bamberg — Prof. D. Dr. Stoevesandt, Bremen — Prof. Dr. Ludwig Stoß, Aschaffenburg — Prof. D. Hermann Strathmann, Erlangen — Prof. Otto Walger, Karlsruhe — Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen — Prof. Dr. Karl Wörle, Ansbach — Prof. Dr. Konrat Ziegler, Göttingen.

Aschermittwoch

Die Aschermittwochstimmung, die in der Bundesrepublik um sich greift, scheint uns nicht weniger wirklichkeitsfremd als der Stolz von gestern darauf, daß man wieder vorn zu sein wähnte in der Weltpolitik. Nicht nur Wünsche und Glauben, sondern auch die kälteste Beobachtung sieht noch unverschüttete Möglichkeiten. Es gibt nicht nur die Ausländer, die uns wohlwollend auf die Schulter klopfen: „Ihr seid nette Leute; aber die Welt hat noch andere Sorgen als eure Einheit." Es gibt eine amerikanische Diplomatie, die darauf beharrt, Berlin und die Wiedervereinigung auf die Tagesordnung der Gipfelkonferenz zu setzen. Nicht einmal durch die Ablehnung dieses Planes durch den Kanzler läßt sie sich davon abbringen.

Und immer noch steht die Anregung im weltpolitischen Feld, über den Friedensvertrag und damit über die Wiedervereinigung international zu sprechen. Noch immer hüten wir das Erbe, möglicherweise das einzig fruchtbare Erbe der letzten Genfer Konferenz: die Einigung des Westens mit dem Osten über den Grundsatz, wenn auch nicht über die Zusammensetzung des gesamtdeutschen Ausschusses, der den Friedensvertrag und damit die Wiedervereinigung vorbereiten sollte.

Hoffentlich schreiben uns nicht morgen besorgte Freunde, der Weg, an den wir dächten, sei ernst, beschwerlich und nicht ohne Wagnis. Freunde, wir wissen es. Es wird Gefahren dabei geben, und wir denken nicht daran, sie zu leugnen. Aber wir Westdeutschen haben lange gesäumt, ein Programm für die Wiedervereinigung auszuarbeiten, als der Begriff der Konföderation nur in staatsrechtlichen Seminaren abgehandelt wurde und als der Staat Ulbrichts noch klein und häßlich war und nicht an eine Staatsflagge dachte. Es gehört zu den ältesten politischen Lehren, daß man gut daran tut, auf einer Strömung zu reiten, wenn sie übermächtig wird; sonst kann man leicht von ihr verschlungen werden. Wären die Vorschläge zur Entspannung nicht nur aus Moskau und Warschau, aus London und Washington gekommen, hätte man sie öfter auch aus Bonn gehört, hätten wir mit ihnen gekoppelt, was eigentlich zu ihnen gehört: ein schöpferisches Programm für die Wiedervereinigung — wir brauchten wohl jetzt nicht zu fürchten, daß die unwiderstehlich anschwellende Woge der Entspannung über alles hinwegflutete, daß sie auch das schmale Schifflein unserer Wiedervereinigungspolitik davonführte.

So aber kommt die Göttin der Geschichte, diese strenge Dame, in deren Antlitz nur sehr junge Menschen den Widerschein poetischen Schwunges sehen und das in Wirklichkeit die grämlichen Züge eines königlich preußischen Oberrechnungsrates zeigt, nun präsentiert sie uns die Rechnung für unsere Versäumnisse und fordert Begleichung mit Zins und Zinseszinz — ganz so, wie der Bundeskanzler es gesagt hat, wenn er sich auch wohl etwas anderes dabei gedacht hat.

Gewiß, wir können die Bezahlung verweigern, aber dann wird uns eines Tages eine neue und schlimmere Rechnung vorgelegt werden, dann werden uns wohl die Haare zu Berge stehen, und dann werden wir wirklich keinen Ausweg sehen.

Paul Sethe in der Welt vom 31. 10. 1959

Adenauer verzichtet auf Behandlung des Deutschlandproblems

Der außenpolitische Teil der Rede von Bundeskanzler Adenauer auf dem Landesparteitag der CDU in Baden-Baden hat in amtlichen Kreisen von Washington und London Sorge und Bestürzung hervorgerufen. Besonders die Forderung Adenauers, auf einem Gipfeltreffen nur über die kontrollierte Abrüstung, also nicht über Berlin zu verhandeln, steht in direktem Gegensatz zu den Plänen von Präsident Eisenhower und des britischen Premierministers Macmillan. Adenauer betonte ferner mit unverkennbarem Blick auf die von britischer Seite angestrebte Schaffung einer Zone verminderter Rüstung in Europa, die Bundesrepublik werde „keinen Beschluß annehmen, der mit den deutschen Interessen nicht vereinbar" sei ...

Diese Betonung der Gegensätze zu den britischen Auffassungen kurz vor seiner Reise nach London stellt für die politisch maßgebenden Kreise in London Sinn und Wert des vorgesehenen Besuches Adenauers in London in Frage ...

Die Ablehnung einer Diskussion der Berlin-Frage auf einer Gipfelkonferenz wird von den britischen Politikern als Zumutung bezeichnet ...

Adenauers Absicht, jetzt die Berlin-Diskussion ganz zu blockieren, stelle einen Bruch von Treu und Glauben dar, der selbst für hartgesottene britische Politiker entschieden zu weit gehe. Diese sehen in Adenauers neuester Wendung die Absicht, den kalten Krieg unter allen Umständen fortzusetzen ...

Angesichts der Tatsache, daß Staatspräsident de Gaulle offenkundig nicht das geringste an einer deutschen Wiedervereinigung liegt und angesichts seiner Bemühungen, die alte Sonderstellung Frankreichs gegenüber Osteuropa wiederzugewinnen, kann nach Auffassung britischer Politiker Adenauers profranzösische Europapolitik eines Tages zur völligen Isolierung der Bundesrepublik in Europa führen ...

Westfälische Rundschau vom 27. 10. 1959.

Furcht wird nicht durch Gerede vermindert

... Man wird den Besuch Bundeskanzler Dr. Adenauers in Großbritannien in dieser Woche sorgfältig beobachten. Der deutsche Kanzler macht kein Geheimnis aus seinen Absichten: 1. Großbritannien für den Gemeinsamen Markt zu gewinnen und 2. es zu einem sogenannten Abrüstungsplan zu überreden, der Deutschland zum militätrisch stärksten Land in Europa machen würde. Leider ist es aber für Adenauer so, daß die Tatsachen mehr Überzeugungskraft haben als höfliche Fiktionen der diplomatischen Diskussion ...

... Gerade in dem Moment, in dem sein Abrüstungsplan am plausibelsten klingt, bestellt das deutsche Verteidigungsministerium die ersten U-Boote, die seit Kriegsende in Deutschland gebaut werden ...

... Er weiß auch, daß die wohlbegründete Furcht vor einem deutschen Militarismus nicht durch bloßes Gerede über Abrüstung vermindert ...

Daily Expreß vom 17. 11. 1959.

... mit dem Elan einer Blindschleiche

Wer irgendwelche Aufschlüsse über die Haltung der Bundesregierung zu den Problemen der bevorstehenden Gipfelkonferenz und zu der diplomatischen Diskussion über die Vorbereitung dieser ostwestlichen Verhandlungen von der Regierungserklärung erwartet hatte, die Außenminister v. Brentano nüchtern-geschäftsmäßig und mit dem Elan einer Blindschleiche von seinem mehr als 40-seitigen Manuskript herunterlas, kam nicht auf seine Rechnung. — Gleichgültig, ob er sich dem Berliner Problem, der Wiedervereinigung, der Abrüstung, den Beziehungen zu den Ostblockstaaten oder den europäischen Bemühungen zuwandte — in keinem Fall machte der Minister auch nur eine Andeutung, die als aufschlußreich empfunden werden konnte. — Ollenhauer verwandte einen großen Teil seiner Redezeit darauf, den Attacken auf den SPD-Plan entgegenzutreten — wobei offenkundig wurde, daß die SPD von manchen Einzelheiten ihrer ursprünglichen Erklärungen zu dieser Konzeption bereits wieder abzurücken und die meistumstrittenen Punkte ihrer wenig populären Vorschläge ins Harmlose umzustilisieren strebt.

Die Tat vom 6. 11. 1959.

Wiedervereinigung ...

Zweifel an der Einsicht des Bundesaußenministers müssen kommen, wenn er in seiner Regierungserklärung von der Voraussetzung ausging, es habe sich seit eineinhalb Jahren in der großen Politik im Grunde nichts geändert, und man könne nach dem alten Rezept weiterwursteln. Fast sollte man meinen, die Bonner Regierung habe noch nichts von den Bemühungen um weltweite Entspannung gehört. Anstatt mit eigenen, revolutionären Vorschlägen hervorzutreten, um aus der Entspannung zwischen Ost und West Kapital für Deutschland zu schlagen, spielte die CDU wieder ihre alte Platte ab. Die Frage, was sie zur Erreichung der Wiedervereinigung Deutschlands unmittelbar zu tun gedenke, blieb ohne Antwort.

Schließlich kann doch nicht mehr ernstlich bestritten werden, daß die Bundesregierung — im Gegensatz zu früher — heute nicht mehr die volle Rückendeckung in Washington findet. Auch die Versuche Adenauers, den kleineuropäischen Rahmen als Sprungbrett

für seine traditionelle Politik zu erhalten, dürfte überholt sein. Wenn nicht alles täuscht, wird Erfolg oder Mißerfolg einer wirklichen deutschen Wiedervereinigungspolitik davon abhängen, ob Bonn bereit ist, einen Beitrag zur Abrüstung auch im regional begrenzten Raum Europas zu leisten.

Westdeutsches Tageblatt vom 6. 11. 1959.

Die müde Demokratie

Es mag richtig sein, daß ein voller Bauch nicht gern studiert, besonders wenn es sich um Politik handelt, welche, wie man hierzulande gerne sagt, ja doch den Eingeweihten vorbehalten bleibt ... Als die Deutschen am Ende der zwanziger Jahre in der Mehrzahl hungrig waren, fingen sie an, sich für Politik zu interessieren. Es ist damals, wie man weiß, sehr bald schiefgegangen. Denn als ihnen Hitler das versprochene Schnitzel gab, waren sie es zufrieden und tauschten gerne die politische Anteilnahme gegen die Verpflichtung, durch häufiges Absingen des Horst-Wessel-Liedes ihr vaterländisches Gefühl zu bekunden. Die vorübergehende Sättigung, für welche eine von niemandem auch nur geahnte Rechnung erst später vorgelegt wurde, machte sie schläfrig. So übersahen sie geflissentlich die Panzer, welche produziert wurden, ebenso wie die stacheldrahtgespickten Lager, in denen die Unerwünschten gemordet wurden.

Der Nachkriegshunger gab den reuigen Hinterbliebenen der Katastrophe die einmalige Gelegenheit zu neuem politischen Denken, wovon man zunächst eifrig Gebrauch machte ... Aber dann kamen wieder die vollen Fleischtöpfe. Man war zugunsten materieller Gewinne nur allzugerne bereit zu übersehen, daß wieder Kasernen und Kanonen gebaut wurden. Und man nahm es hin, daß der Patriarch, der das Land sichtbar mit Erfolg regierte und wieder salonfähig machte, das immer mehr hinter verschlossenen Türen tat und sich nicht mehr einem debattenfreudigen, streitbaren Parlament zur Information, Aussprache und Rechtfertigung stellte, wie es die Demokratie vorschreibt. ... Es sei doch im Grunde alles ganz fein, sagen die Gleichgültiggewordenen. Handel, Wandel und Vollbeschäftigung und neue Vorhänge. Soldaten gibt's schließlich überall. Und die Politik — ach, das werden die in Bonn schon erledigen. Mit der Deutschlandfrage ist eben nichts zu machen; und die Atomgefahr, die kennen wir schon aus dem Effeff. Hat ja keinen Sinn, immer wieder über dieselben Dinge zu reden.

Aber erklärt sich die allgemeine politische Müdigkeit wirklich allein aus der allgemeinen staatsbürgerlichen Sattheit? Gibt es nicht noch andere Gründe, welche das sinkende Interesse der Bundesbürger für die Politik im allgemeinen und die parlamentarischen Vorgänge in Bonn im besonderen mitbestimmen? Es gibt sie. Die Demokratie, wie sie im Glashaus am Rhein heute praktiziert wird, ist selbst müde geworden. Die Abgeordneten, ob zur Regierung oder zur Opposition gehörig, sitzen auf ihren Bänken wie gelangweilte Schüler, die ihr Pensum absolvieren. ... Man hat seinen Stundenplan: und was an der Reihe ist, das wird behandelt, ohne Rücksicht darauf, was die Weltgeschichte soeben bringt.

Man fordert weder den Regierungschef noch den Außenminister in die Schranken, die das Parlament kaum noch zu betreten für nötig befinden ... Die tägliche Fragestunde, vollgeladen mit Zündstoff und aktueller Politik, wie sie in London selbstverständlich ist, kennt man in Bonn nicht. Einmal im Monat werden in schläfriger Routine Fragen beantwortet, die schon Wochen vorher eingereicht werden mußten. Es ist nicht erlaubt, etwa unter Bezugnahme auf eine gestern abgegebene Erklärung in Paris zu fragen, was denn die Regierung dazu meine, daß Bundesgenosse de Gaulle die Gipfelkonferenz zu verzögern trachte. Das kann man sich allenfalls für die nächste außenpolitische Debatte vormerken ... Gibt es in dieser Volksvertretung nur noch geduckte Musterknaben — Radfahrer — wenn nicht Konrad-Fahrer?

Nach anderthalb Jahren steht tatsächlich endlich wieder eine außenpolitische Debatte auf dem Programm. Nicht, weil sie eben jetzt nötig wäre, nein — seit langem auf einen willkürlichen Termin angesetzt, zu dem dann ein paar Paradesprecher gravitätisch ans Pult treten und vom Spickzettelchen am 5. November ablesen, was vielleicht im Juni interessant gewesen wäre. Und die Hinterbänkler hören andächtig zu, statt rote Köpfe zu kriegen und den Regierungschef zu zitieren, um ihn zu fragen, warum dies und jenes

nicht längst zur Sprache gekommen sei. Da gibt es kein Aufbegehren, kein temperamentvolles Wider-den-Stachel-Löcken, da formen sich nicht aus dem Augenblick geborene Reden und Gegenreden zu einem lebendigen Parlieren, wie es dem Parlament zustünde. Da sind keine Feuerköpfe, nur beflissene Diäten-Empfänger, selbst satt und bereit, alles, aber auch alles fein und richtig zu finden, Korruptionsfälle zu übersehen, Skandale zu überhören und der Regierung das Gefühl zu geben, daß sie bar jeglicher Kontrolle tun kann, was sie will. Vergeblich sucht man in dem müden Karpfenteich nach einem Hecht ... Vielleicht ist dem Regierungschef das angenehm. Er pflegt ja Weihnachten und auch sonst gelegentlich einmal, wenn es um die Kundmachung oder Rücknahme eines einsamen Entschlusses geht, ein paar allgemeine Worte an das Volk zu richten. Wozu auch noch den Abgeordneten Rede und Antwort stehen, die längst verlernt haben, solches zu fordern? Und im übrigen — es ist doch alles in bester Ordnung. Jawohl, soweit ist alles in Ordnung. Bis auf das, was nicht in Ordnung ist — in Bonn und in der bundesdeutschen schläfrigen Demokratie nebst ihren müden Volksvertretern.

Werner Friedmann in der „Süddeutschen Zeitung" vom 3. 11. 1959

Für Frankreich „endgültige Grenze"

Zur Oder-Neiße-Linie nahm am Wochenende „Die Union für die neue Republik" Stellung, der die meisten Regierungsmitglieder und 212 Abgeordnete der Nationalversammlung angehören. In dem außenpolitischen Bericht, der den Mitgliedern des Parteikongresses in Bordeaux übergeben wurde, heißt es: „Die Erklärung de Gaulles über die polnische Grenze, die für Frankreich die endgültige Grenze Polens ist, stellt einen Akt der Freundschaft dar, der große Politik ist."

Die Welt vom 16. 11. 1959

De Gaulle hält die militärische Integration für überlebt

Der französische Staatspräsident de Gaulle hat sich in einer Rede vor Angehörigen der französischen Kriegsschulen gegen die militärische Integration, wie sie in der Nato angestrebt wird, ausgesprochen. In der jetzt veröffentlichten Rede, die bereits am 3. November gehalten wurde, heißt es, die sogenannte Integration, die eingeführt worden sei, während man die freie Welt vor einer unmittelbaren Bedrohung glaubte und als Frankreich seine „nationale Persönlichkeit" noch nicht wiedergefunden hatte, sei jetzt überlebt. „Wenn ein Land wie Frankreich Krieg führen muß, muß es sich um Frankreichs Krieg handeln ... Natürlich wäre die französische Verteidigung gegebenenfalls mit der Verteidigung anderer Länder gepaart. Das liegt in der Natur der Dinge. Aber es ist unerläßlich, daß sich Frankreich durch sich selbst, für sich selbst und in seiner Weise verteidigt."

Weiter sagte de Gaulle: „Wenn das militärische Kommando nur noch ein Bestandteil einer Hierarchie wäre, die nicht die unsere ist, dann wäre es schnell um seine Autorität, seine Würde und sein Prestige vor der Nation und infolgedessen auch vor den Armeen geschehen."

Deutsche Zeitung vom 14./15. 11. 1959

Oberländer untragbar geworden

Seit einigen Monaten steht der Bundesvertriebenenminister Oberländer im Blickfeld der deutschen und internationalen Öffentlichkeit. Die Diskussion über seinen Fall reißt nicht ab. Ausgelöst wurde sie durch die sich auf sowjetrussische Quellen stützenden Veröffentlichungen einer Wochenzeitschrift, die schwere Beschuldigungen gegen Oberländer wegen seines Verhaltens im Dritten Reich enthielt. Oberländer konnte bei einem Frankfurter Gericht die Beschlagnahme der betreffenden Zeitschrift erwirken, vor der Bundeskonferenz in Bonn hat er alle gegen ihn gerichteten Vorwürfe, besonders aus seiner Lemberger Zeit, bestritten und seinen Anklägern ein Gerichtsverfahren angeheftet. Die Bonner Staatsanwaltschaft ließ dieser Tage verlauten, bisher habe sich kein Beweis für eine Mitschuld Oberländers bei den entsetzlichen Greueltaten gefunden, die sich beim Einmarsch deutscher Truppen im Juli 1941 in Lemberg abspielten. Die Untersuchungen

gehen jedoch weiter. Der Bundesvertriebenenminister selbst hat nun die deutsche Sektion der Widerstandskämpfer für ein vereinigtes Europa, der Männer und bewährte Widerstandskämpfer vieler Nationen angehören, gebeten, die gegen ihn gerichteten Vorwürfe zu überprüfen. Eine Untersuchungskommission wird sich unabhängig von deutschen Gerichten mit dem „Fall Oberländer" befassen.

„Restlose Eindeutschung"

Wie immer die Ergebnisse dieser Kommission sein werden, und zu welchen Schlußfolgerungen auch die Bonner Staatsanwaltschaft kommen mag, eines ist jedoch sicher:

Der Politiker Oberländer ist untragbar geworden, er bildet wegen seiner ostpolitischen Vergangenheit eine schwere Hypothek für eine neue deutsche Ostpolitik.

Ihn noch länger als Vertriebenenminister zu halten, widerspricht allen Geboten der politischen Vernunft und des Taktes, auch dann, wenn sich nicht der Beweis einer Mitschuld an den Lemberger Vorgängen erbringen lassen sollte.

Oberländer gehörte in seiner nationalsozialistischen Vergangenheit zu den aktivsten Befürwortern einer „Ausbreitung und Sicherung des deutschen Lebensraumes" im Osten. Von ihm existiert ein im April 1940 in der Zeitschrift „Neues Bauerntum" erschienenes Exposé, in dem es u. a. heißt:

„Jede Halbheit ist gefährlich. Im Volkstumskampf aber wird sie zum Verbrechen am eigenen Volk. Rom und Griechenland sind an der Vergiftung der rassischen Struktur zu Grunde gegangen. England und Frankreich gehen einen ähnlichen Weg. Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Fall eine restlose sein. Solche Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen hart erscheinen ... aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf".

Blut- und Bodenpolitik

Und an anderer Stelle heißt es:

„Die Aufgabe bedingt, daß Millionen fremden Volkstums e r s e t z t werden ... deutsch sind die neuen Ostgebiete, völkisch erst dann, wenn der letzte Quadratmeter von deutschen Menschen, die in diesem Gebiet bodenständig sind, bebaut wird ... Die Eindeutschung der neuen Ostgebiete ist eine Aufgabe des gesamten deutschen Volkes, aller deutschen Stämme ..."

Das ist Blut- und Bodenpolitik (Blubo) reinsten Wassers.

Männer wie Oberländer schufen durch diese Art von „Volkstumspolitik" die Voraussetzungen für die gewaltige Tragödie des deutschen Ostens. Denn was sie den Polen zufügten und zufügen wollten, schlug als Bumerang in der Stunde zurück, als die Hitler-Armeen ins Innere Deutschlands zurückfluteten.

Von Oberländer ist kein öffentliches Reuebekenntnis bekannt, er hat sich kein Büßerhemd angelegt. Während des Krieges, als sich die Niederlage der Hitler-Armee abzuzeichnen begann, trat auch Oberländer — worauf er sich in der Nachkriegszeit wiederholt berufen hat — für eine bessere Behandlung der Polen ein. Das haben andere auch getan. Sie taten es nicht nur, um vielleicht der Ausrottung der Ostvölker Einhalt zu gebieten, sondern um durch Schonung dieser Ostvölker die Arbeitsfähigkeit der nationalsozialistischen Kriegsmaschine zu sichern. Sie kamen dabei in Konflikt mit jenen Fanatikern des Dritten Reiches, die solche Mahnungen als unzulässige Einmischung in ihr Zerstörungswerk ansahen.

Dieser Mann hat sicherlich seine Hände frei von Blut gehalten. Aber das spricht ihn nicht frei von schwerer intellektueller Mitverantwortung an dem, was im Osten geschah und woran noch manche Generation unseres Volkes zu tragen haben wird.

Oberländer könnte sich selbst und einer auf die Zukunft gerichteten deutschen Ostpolitik den besten Dienst erweisen, würde er seine Ministerherrlichkeit mit der Anonymität vertauschen. Dann gäbe es keinen „Fall Oberländer" mehr.

Bremer Bürgerzeitung vom 7. 11. 1959.

Schriftwechsel zwischen dem Bundesluftschutzverband, Ortsstelle Wuppertal, und Frau Prof. Riemeck

Bundesluftschutzverband
Ortsstelle Wuppertal

Wuppertal, den 27. 10. 1959
Friedrich-Engels-Allee 317

Sehr geehrte Frau Professor Riemeck!

Es wird Ihnen nicht unbekannt sein, daß der Bundesrat am 6. 9. 1957 das „Erste Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung" gebilligt und verabschiedet hat.

Auf Grund dieses „Ersten Gesetzes" erwachsen dem Hausbesitzer demnächst wichtige Pflichten, die im eigenen Interesse zu beachten sind.

Der Bundesluftschutzverband weist darauf hin, daß die Aufgabe für den Hauseigentümer wesentlich erleichtert werden kann, wenn er für seine Gebäude Männer und Frauen benennt, die seines Vertrauens würdig und bereit sind, etwa anfallende Luftschutz-Selbstschutz-Interessen wahrzunehmen, sofern Sie es nicht vorziehen, diese Selbstschutz-Interessen selbst wahrzunehmen.

Eine zuverlässige Person jetzt schon durch eigene Initiative vorzuschlagen, ist sicherlich angenehmer für Sie, als einen Nichtgewünschten später durch einen Hausfremden bestimmen zu lassen.

Es dürfte daher im Interesse des gesamten Hausbesitzes von Wuppertal sein, die Verbindung mit dem Bundesluftschutzverband aufzunehmen. Füllen Sie den beigefügten Vordruck aus oder lassen ihn unterschreiben und senden ihn mit dem beigefügten Freiumschlag an die Ortsstelle zurück.

Ortsstellenleiter (Name)

An den Bundesluftschutzverband
Orststelle Wuppertal

Sehr geehrter Herr Ortsstellenleiter!

Ich bestätige Ihnen hierdurch den Eingang Ihres Schreibens vom 27. ds. M. Es wird Ihnen gewiß nicht unbekannt sein, daß man nicht einmal Pazifist zu sein braucht, um den Luftschutz im Atomzeitalter als Anachronismus zu betrachten; denn wie Sie wissen werden, hat das britische Verteidigungsministerium es in ehrlichem Eingeständnis der tatsächlichen Verhältnisse abgelehnt, Luftschutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung zu treffen.

Ich unterscheide mich von dem Herrn britischen Verteidigungsminister allerdings grundsätzlich dadurch, daß ich jede Einrichtung ablehne, die den Krieg als solchen überhaupt noch in den Bereich des Möglichen einbeziehen will.

Schon der zweite Weltkrieg hat die ganze Ohnmacht des sogenannten „Luftschutzes" erwiesen. Ich habe damals mein Leben und das anderer Menschen nur retten können, weil ich bei Bombenangriffen den Anweisungen des unseligen „Reichsluftschutzbundes" und seiner Beauftragten keine Folge leistete, sondern ihnen genau entgegen handelte.

In einem Wiederaufleben des „Luftschutzes" kann ich keinen Sinn sehen. Ich muß es ablehnen, mich an seinen Bestrebungen zu beteiligen, weil ich darin die Gefahr sehe, daß sich die Bevölkerung durch das Wort „Schutz" falsche Vorstellungen über die wahre Natur eines atomaren Krieges macht und die Toten von Hiroshima und Nagasaki vergißt.

Es gibt keinen Schutz der Zivilbevölkerung mehr und erst recht keinen „Luftschutz". Es gibt nur das eine: Kriege dürfen überhaupt nicht mehr in Erwägung gezogen werden.

Übrigens bin ich kein „Hauseigentümer", und insofern haben Sie sich an die falsche Adresse gewandt. Aber selbst wenn ich ein eigenes Haus besäße, und nicht nur eine Wohnung, so würde mir an ihm nichts mehr liegen, wenn der Ernstfall für Ihren Luftschutz je eintritt.

Nehmen Sie also, bitte, zur Kenntnis, daß ich weder jetzt noch später bereit bin, irgendwelche „Luftschutzinteressen" wahrzunehmen. Meine Interessen gelten ausschließlich dem Frieden und der Abrüstung.

gez. Prof. Dr. Renate Riemeck

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.